

06 / 10 / 11 / 16

Streife

Das Magazin der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen



BY-SIDE-
TITLE

Polizei NRW
und Soziale
Medien

Neuausrichtung Direktion Verkehr
Sie wird operativer und integrativer

- > MINISTER DIREKT – INNENMINISTER JÄGER STEHT REDE UND ANTWORT
- > VIELFÄLTIG UND BÜRGERNAH – POLIZEI BEI »70 JAHRE NRW«

»Die Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei ist eine unverzichtbare Kernaufgabe. Sie steht gleichrangig neben der Einsatzbewältigung und der Kriminalitätsbekämpfung.«

Bernd Heinen
Inspekteur der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen



Liebe Leserinnen und Leser,

das vornehmste Ziel der Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei NRW ist es, Menschen vor den Gefahren des Straßenverkehrs zu schützen. Daher müssen wir weiter mit Nachdruck in allen Kreispolizeibehörden an diesem Thema arbeiten. Auf der Tagung der Leiterinnen und Leiter der Direktionen Verkehr der Polizei NRW im August in Selm-Bork wurde aber auch deutlich: Es muss sich etwas ändern. Die »Verkehrspolizei« muss sich weiterentwickeln, sie muss operativer und integrativer arbeiten.

Neue Herausforderungen kommen auf die Polizei zu. Die bereits heute in modernen Fahrzeugen gespeicherten Daten müssen für die Beweisführung genutzt werden. Die technische Innovation im Straßenverkehr ist rasant und eröffnet künftig viele Möglichkeiten, das autonome Fahren ist hier nur ein Beispiel. Hierauf und auf weitere Veränderungen muss sich die Polizei einstellen. Wir benötigen künftig immer besser fortgebildete Spezialisten, um in der Lage zu sein, qualitativ hochwertige Beweise zu sichern.

Auch die polizeiliche Präsenz und die Kontrolldichte muss weiter erhöht werden.

Eine noch engere Kooperation mit den Direktionen GE und K macht Sinn. So haben koordinierte Verkehrskontrollen in Brennpunkten eine abschreckende Wirkung auf Straftäter.

Ganz wichtig ist die Rolle der Autobahnpolizeien. Wir brauchen eine Erhöhung des Entdeckungsrisikos durch Präsenz und Kontrollen und wir brauchen eine noch bessere Verzahnung mit örtlichen Konzepten.

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten auch von uns, dass wir die illegalen Autorennen von Rasern in den Griff bekommen. Daher haben wir im Mai 2016 die Zusammenarbeit mit den Fahrerlaubnisbehörden neu geregelt und weitergehende Handlungsmöglichkeiten zum Führerscheinentzug – nicht nur bei Rasern – geschaffen.

Die polizeiliche Verkehrssicherheitsarbeit hilft Leben und Gesundheit aller Verkehrsteilnehmer zu schützen – meine Wertschätzung ist Ihnen gewiss.

Ihr Bernd Heinen

INHALT

02 __ Editorial
83 __ Impressum

TITEL

04 __ **Verkehrspolizisten der Zukunft**
Strategietagung Neuausrichtung der
Direktionen Verkehr

VERKEHR

12 __ **Schwerlastkontrolle**
Kleine Mängel und dicke Fische
16 __ **Führerscheinentzug**
Verfahren besser abstimmen

BY-SIDE-TITLE

20 __ **Polizei NRW und Soziale Medien**
Landesredaktion Online-Dienste

EINSATZ

26 __ **10.000 neue Schutzwesten**
Leicht bei größtmöglicher Sicherheit
28 __ **Neue Hubschrauberflotte**
Abheben mit modernster Technik
34 __ **Wasserrettung der Polizei Essen**
idP lädt Retter zu Gespräch ein
38 __ **Vergleichsübung »Ruhrpott 2016«**
10 Teams aus drei Nationen
44 __ **Vielfältig und bürgernah**
Polizei NRW bei »70 Jahre NRW«
52 __ **Würdige Gedenkfeier**
Polizei NRW erinnert an Verstorbene

KRIMINALITÄT

54 __ **Monatliche Zahlen zur Kriminalitätsentwicklung**
Mehr Transparenz durch
»Sicherheit im Fokus«
56 __ **Augen auf und Tasche zu**
Aktionswoche Taschendiebstahl
60 __ **Cybercrime-Ansprechpartner**
CEO-Fraud, Darknet & Co.

PERSONAL

64 __ **Minister Direkt**
Ralf Jäger steht Rede und Antwort

AUS- UND FORTBILDUNG

70 __ **Bachelorstudiengang reformiert**
Mehr Praxis, mehr Wissen

PRISMA

74 __ **LGBT-Konferenz** Austausch zu
hassmotivierter Kriminalität

SPORT

76 __ **PLM im Tennis** Julia Niemeyer und
Bastian Beckmann siegen
78 __ **Quali für Ironman** Rike Westermann
und Sven Abbing fahren nach Hawaii
80 __ **DPM Frauenfußball** Bronze für NRW

PERSONALIEN

81 __ **Jürgen Kayser** Neuer Leiter des
Referats 423 »Polizeilicher Staats-
schutz«, MIK NRW
81 __ **Ingo Rautenberg** Neuer Leiter der
Abteilung 4 beim LZPD
81 __ **Petra Fahrwinkel-Istel** Neue
Leiterin des Referats 404 »Aus- und
Fortbildung der Polizei NRW«, MIK NRW

PREISRÄTSEL

82 __ **»ABBAmnia - The Show«**
Die »Streifen« verlor 3x2 Freikarten



28 POLIZEI NRW BEKOMMT NEUE HUBSCHRAUBER-FLOTTE –
ABHEBEN MIT MODERNER UND LEISTUNGSFÄHIGER TECHNIK

W

Wie müssen sich die Direktionen Verkehr neu aufstellen, um den Herausforderungen der Zukunft gerecht zu werden? Diese Frage wurde Mitte August bei der Fachtagung »Strategische Ausrichtung der Direktionen Verkehr« im Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei NRW (LAFP NRW) in Selm-Bork erörtert. Wolfgang Düren, Leiter der Polizeiabteilung im Ministerium für Inneres und Kommunales (MIK NRW) und der Leiter des Verkehrsreferats Rüdiger Wollgramm stellten die Grundsätze dieser Neuausrichtung vor. Vorträge von Verkehrsexperten zu den Herausforderungen der Zukunft rundeten den fachlichen Input ab. >

VERKEHRSPOLIZISTEN DER ZUKUNFT SIND SPEZIALISTEN STRATEGIETAGUNG ZUR NEUAUSRICHTUNG DER DIREKTIONEN VERKEHR IN DER POLIZEI NRW





Foto: Gordon Wenzek



Wir wollen die Direktionen Verkehr weiter erhalten. Sie stehen für mich nicht zur Disposition.« Mit dieser klaren Ansage eröffnete Wolfgang Düren die Fachtagung. »Die Bedeutung der Direktion Verkehr ist viel größer als die Polizei selber glaubt«, fuhr Düren fort. »Sie ist für den Bürger und auch für die Politik sehr wichtig und sie wird auch im Innenausschuss des

»Die Polizei NRW leistet mit ihrer Verkehrssicherheitsarbeit einen unverzichtbaren Beitrag zur Inneren Sicherheit.«

Wolfgang Düren

Landtags als wichtig wahrgenommen.« Die Polizei NRW leistet mit ihrer Verkehrssicherheitsarbeit einen unverzichtbaren Beitrag zur Inneren Sicherheit. Die Direktion Verkehr hat sich bewährt. »Deswegen sage ich klar und deutlich: Die 47 Direktionen Verkehr werden in allen Kreispolizeidirektionen erhalten bleiben.« Man müsse die Arbeit jedoch neu ausrichten. Dazu kann auch die Einrichtung von Verkehrshauptstellen gehören. Verschiedene Aufgaben, die hohen Fachverstand erfordern, sollen in diesen Hauptstellen gebündelt werden. Wolfgang Düren: »Meine Vision ist klar und deutlich: Die Verkehrspolizei der Zukunft wird eine Spezialpolizei sein, die besondere Fähigkeiten, Aufgaben, Kompetenzen hat, mit besonderer Technik ausgestattet ist und die ihre Fähigkeiten in die direktionsübergreifende Arbeit einbringt.«

MEHR PRÄSENZ AUF DER STRASSE

Heute sind die Direktionen Verkehr in den verschiedenen Behörden recht unterschiedlich aufgestellt. Bei der Motivation und der Aufgabenstellung müsse sich etwas tun – trotz der momentan schwierigen personellen Situation. »Die personelle Situation der Polizei NRW wird in den nächsten vier Jahren angespannt bleiben«, warnte Düren. Die höheren Zahlen bei den Neueinstellungen würden sich erst mittelfristig bemerkbar machen. Diese Durststrecke darf nicht auf Kosten der Verkehrssicherheit und somit zu Lasten der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger gehen.

Nach seiner Einschätzung muss mehr auf der Straße kontrolliert werden; es müssen mehr Fahrzeuge angehalten werden. Dabei hilft, dass sich die Altersstruktur in den Direktionen Verkehr verjüngen wird: »Wir brauchen dort leistungsstarke junge Menschen, die auch gerne operativ arbeiten wollen«, meinte Düren. »Und wir brauchen Leute, die technisch pffiffig sind.« Gebraucht werden aber auch Führungskräfte, die verdeutlichen, dass Verkehrssicherheitsarbeit gleichrangig neben den anderen Themen wie Kriminalitäts- und Terrorbekämpfung steht und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Wertschätzung für ihre anspruchsvolle und oft auch gefährliche Aufgabe vermitteln.



Wolfgang Düren, Leiter der Polizeiabteilung im Ministerium für Inneres und Kommunales (MIK NRW)

»Wir wollen die Direktionen Verkehr weiter erhalten. Sie stehen für mich nicht zur Disposition.«

Wolfgang Düren

HERAUSFORDERUNG DIGITALISIERUNG

Denn der Verkehr der Zukunft wird noch digitaler und automatisierter ablaufen – und die Tatortarbeit bei der Verkehrsunfallaufnahme zur digitalen Spurensicherung werden: »Die Überwachung des fließenden Verkehrs und des Schwerverkehrs wird mehr Informationstechnik erfordern. Wir werden uns neue Taktiken und Strategien überlegen müssen, wie wir mit diesen Anforderungen umgehen. Auch zum Beispiel mit dem Thema Autonomes Fahren«, erläuterte Düren. Dafür wird es auch in Nordrhein-Westfalen Teststrecken geben und die Polizei muss darauf vorbereitet sein.

HÖHERE VERKEHRSELASTUNG ERWARTET

Düren erwartet für die nächsten Jahre viele Probleme durch die erneuerungsbedürftige Infrastruktur unserer Verkehrswege. NRW sei die Verkehrsdrehscheibe Europas. Der Verkehr werde zunehmen und er müsse überwacht werden. »Wir werden Beamtinnen und Beamte brauchen, die sich mit Engagement und Kreativität diesen Herausforderungen stellen.« Allerdings stellte Düren auch fest: »Die Polizei ist nicht der Lückenbüßer für Versäumnisse anderer.«

DIREKTIONSÜBERGREIFENDE ZUSAMMENARBEIT

Die Direktion Verkehr ist laut Düren ein wichtiger Baustein in der directionsübergreifenden Zusammenarbeit. So könne man in den sozialen Brennpunkten Straftätern auch durch genaue Überprüfung ihrer Fahrzeuge und konsequentem Ahnden von Verkehrsverstößen ihre Grenzen aufzeigen – gemeinsam und in enger Abstimmung mit den Direktionen K und GE.

Das werde in einigen Behörden schon vorbildlich getan. Wo dies noch nicht der Fall sei, appelliert Düren: »Wir brauchen Ihr Spezialwissen, um es in die Behördenzusammenarbeit einzubringen. Bieten Sie Ihre Einbindung an und fordern Sie sie ein! Sie müssen teilweise um Ihre Position in der Behörde ringen.«

MEHR PRÄSENZ FÜR DIE BÜRGER

Rüdiger Wollgramm wies einleitend darauf hin, dass die Situation bei den Direktionen Verkehr bei der Polizei NRW derzeit nicht ideal sei: »Sie haben in den letzten Jahren einen enormen Aderlass hinnehmen müssen. Viele junge Kollegen sind aus den Direktionen Verkehr in die Direktionen GE gekommen.« Grund sind die Forderungen von Politik und Öffentlichkeit, mehr Präsenz auf den Straßen zu zeigen. Auch deshalb müsse sich die Polizei NRW mit der strategischen Neuausrichtung ihrer Verkehrssicherheitsarbeit auseinandersetzen. Die Polizei habe derzeit sehr viele wichtige Aufgaben, meinte Wollgramm. Das Thema Verkehrssicherheit drohe dabei ins Hintertreffen zu geraten. Das aber sei falsch. »Wir müssen dafür sorgen, dass die >



Fotos (2): Gordon Wenzek

TITEL

Verkehrssicherheitsarbeit mit den entsprechenden personellen und materiellen Mitteln ausgestattet wird. Da befinden wir uns im Wettbewerb mit anderen Themen, gerade bei Haushaltsfragen. Um gehört zu werden, müssen wir gute Konzepte und Strategien vorlegen. Die wollen wir hier erarbeiten.« Neben den Zukunftsthemen wie Digitalisierung darf nach seiner Überzeugung auch die tägliche Verkehrssicherheitsarbeit nicht zu kurz kommen. Eine enge Zusammenarbeit mit den Direktionen GE und K ist sein zentrales Anliegen. Wobei die Zusammenarbeit mit den Direktionen immer ein Geben und Nehmen sein müsse. Auch das Thema Prävention soll nicht zu kurz kommen: »Eine ganzheitliche Sicht der Verkehrssicherheitsarbeit ist wichtig«, so Wollgramm. Er versprach, dass die Ergebnisse der Arbeitsgruppen nicht in den Schreibtischen verschwinden, sondern in die weitere Detailplanung einfließen werden. Seine Anliegen fasste er so zusammen: »Wo immer es geht: Technik vor Personal. Qualität ist wichtiger als Quantität. Konzentration auf Spezialthemen – und Einsatzunterstützung für den täglichen Dienst. So erreichen wir eine hohe Präsenz für die Bürgerinnen und Bürger.«



LPD Rüdiger Wollgramm, Leiter des Verkehrsreferats im MIK

UNFALLDATEN AUS DEM AIRBAG-STEUERGERÄT

Der Sachverständige Dr. Michael Weyde aus Berlin klärte die Leiterinnen und Leiter der Direktionen Verkehr der Polizei NRW anhand vieler anschaulicher Beispiele aus der Praxis über die heutigen Möglichkeiten der Sicherung digitaler Unfallspuren auf. Seine These: Eine vernünftige Unfallrekonstruktion ist nur mit den Daten aus dem Kraftfahrzeug möglich. Diese Daten befinden sich im Airbag-Steuergerät. Die Fahrzeughersteller haben diese Daten komplett vorliegen, auch die Polizei muss auf diese Daten zugreifen können. Bei Fahrzeugen, die für den Markt in den USA, in Kanada oder Japan zugelassen seien, ist es bereits jetzt möglich, die Daten aus dem Airbagsteuergerät auszulesen und für die Ursachenforschung zu nutzen. »Hier muss die Politik in Europa handeln«, forderte Weyde. »Unsere Polizei muss wie in den USA die Daten auslesen können!«



Dr. Michael Weyde, Sachverständiger zum Thema Sicherung digitaler Unfallspuren

Aus dem Verkehrssicherheitsprogramm der Bundesregierung zitierte Polizeidirektor Heinz Albert Stumpen die Passage, nach der die Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei eine »unverzichtbare und gleichrangige Kernaufgabe wie Einsatzbewältigung und Kriminalitätsbekämpfung« sei.

VORGABEN VON EU- UND BUNDESEBENE

Polizeidirektor Heinz Albert Stumpen von der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster referierte über Fachstrategien und technische Herausforderungen. Er stellte die strategischen Überlegungen der Polizei in NRW in den größeren Zusammenhang der europa- und bundespolitischen Vorgaben. Zwischen 2000 und 2010 sei das Ziel des »4. Aktionsprogramms« der EU, die Zahl der Verkehrsunfalltoten auf die Hälfte zu reduzieren, zumindest

zu 80 Prozent erreicht worden. In der Dekade zwischen 2010 und 2020 sei zweifelhaft, ob dies erneut gelingen werde, denn derzeit steige die Zahl der Unfalltoten wieder an, auch in Deutschland. Stumpen wies auch auf die EU-Priorität hin, sich um die schwachen Verkehrsteilnehmer, also die Fußgänger und die Fahrradfahrer, beson-

ders zu kümmern: »In der Stadt stirbt man vor dem Auto, außerhalb der Stadt im Auto«, erläuterte er. Aus dem Verkehrssicherheitsprogramm der Bundesregierung zitierte er die Passage, nach der die Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei eine »unverzichtbare und gleichrangige Kernaufgabe wie Einsatzbewältigung und Kriminalitätsbekämpfung« sei. Er wies auf den Beschluss der Verkehrsministerkonferenz aus dem April 2016 hin, die Geschwindigkeitsüberwachung an Unfallschwerpunkten zu intensivieren.

ZWISCHENSPIEL BEI DER DIGITALISIERUNG

Anhand verschiedener Beispiele, etwa digitale Unfallspuren oder Detektion von Drogen und Medikamenten, führte Stumpen aus, wie sich die Polizei NRW effizient und effektiv aufstellen könne, sowohl konzeptionell als auch in Bezug auf den Ausbildungsstand. Um bei der Automatisierung Schritt zu halten, so Stumpen, müsse die Verkehrspolizei einen Zwischenspieler einlegen. Das sei unter anderem durch eine weitere Spezialisierung der Verkehrsunfallaufnahmeteams zu erreichen. // **Walter Liedtke**



Fotos (3): Gerdon Wenzek

PD Heinz Albert Stumpen, Deutsche Hochschule der Polizei Münster

»WIR SIND EINE POLIZEI« LPD RÜDIGER WOLLGRAMM ZU DEN PERSPEKTIVEN DER DIREKTIONEN VERKEHR IN DER POLIZEI NRW

Streife: Herr Wollgramm, warum ist diese Strategietagung so wichtig?

Wollgramm: Wir müssen uns weiterentwickeln. Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Wir haben in der Verkehrsunfallaufnahme einen sehr hohen Standard. Aber es ist für uns wichtig, die Kolleginnen und Kollegen fortzubilden, um sie im neuen Themenfeld der beweiskräftigen Sicherung von Daten aus Fahrzeugen handlungssicher zu machen. Wir müssen auch sie technisch entsprechend ausstatten, um mit der Zeit Schritt zu halten.

Streife: Welche Bedeutung haben die Direktionen Verkehr heute in der Polizei NRW?

Wollgramm: Die Polizei in Nordrhein-Westfalen ist zurzeit mit sehr vielen Herausforderungen konfrontiert. Wir haben Probleme im Bereich der Kriminalität, etwa bei Wohnungseinbrüchen. Wir haben Herausforderungen mit sozialen Brennpunkten und im Bereich der aktuellen terroristischen Bedrohungen entgegenzutreten. All diese Dinge sind von der Polizei zu bewältigen und wir müssen vor allen Dingen präsent sein. Das hat dazu geführt, dass die Direktionen Verkehr in der Wahrnehmung nach hinten getreten sind. Aber die Verkehrsdirektionen sind von hoher Bedeutung für die Innere Sicherheit und können an all diesen Themen sehr aktiv mitwirken: Jede Kontrolle auf der Straße ist Fahndung, das erhöht den Druck auf Täter. Was spricht dagegen, die Verkehrskontrolle an Bereiche heranzubringen, wo wir gleichzeitig bei der Kriminalitätskontrolle mitwirken können – dort, wo wir in Brennpunkten unsere Klientel über Verkehrsmaßnahmen zur Ordnung und Regeltreue rufen können?

Streife: Wie stellen Sie sich das genau vor?

Wollgramm: Ein Rocker oder eine »Milieugröße« verliert einen Teil seiner Akzeptanz in seiner Szene, wenn die »Verkehrspolizei« sich sein Motorrad oder seinen Sportwagen genau ansieht und sein Fahrzeug dann auf dem Anhänger eines Sicherstellers den Ort der Kontrolle verlässt. Damit rauben wir ihm ein Stückweit seine Reputation und machen deutlich, dass der Rechtsstaat auch bei ihm genau hinschaut. Wir müssen hin zu Intensivtäterkonzepten auch im Straßenverkehr. Ich sehe deshalb gute Perspektiven für die Zukunft der Direktionen Verkehr, denn wir sind eine Polizei. Und die Direktionen Verkehr können bei allen anderen Themen abseits ihrer Kernaufgabe, die Anzahl der Getöteten und Verletzten im Straßenverkehr zu reduzieren, sehr intensiv mitwirken. /// *Das Gespräch führte Walter Liedtke*



LPD Rüdiger Wollgramm im Interview mit Walter Liedtke



POR Dirk Hoff präsentiert Ergebnisse



LPD Martin Lotz im Workshop

Fotos (3): Gordon Wenzek

DIE WORKSHOPS AM NACHMITTAG

Nachdem die Teilnehmerinnen und Teilnehmer vormittags die Vorträge aufmerksam verfolgten, beteiligten sie sich nachmittags an dem Workshop zur strategischen Neuausrichtung der Direktionen Verkehr.

Der Workshop bestand aus fünf Arbeitsgruppen mit folgenden Themen:

- > Arbeitsgruppe 1: Verkehrsüberwachung/ Verkehrsunfallbekämpfung
- > Arbeitsgruppe 2: Verkehrsunfallaufnahme/ Verkehrsunfallsachbearbeitung
- > Arbeitsgruppe 3: Verkehrsunfallprävention/Opferschutz
- > Arbeitsgruppe 4: Autobahnpolizei
- > Arbeitsgruppe 5: Integrative Einsatzkomponente

Die 65 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Fachtagung diskutierten in diesen fünf Arbeitsgruppen folgende Fragen:

- > Welche Handlungsbedarfe einer zukünftigen strategischen Ausrichtung erkennt ihre Arbeitsgruppe zum Themenbereich?
- > Welche Handlungsbedarfe hält ihre Arbeitsgruppe für so wesentlich, dass sie dies für die Festschreibung landesweiter Standards vorschlägt?
- > Wie bewerten Sie die Handlungsbedarfe ihrer Arbeitsgruppe mit den insgesamt zur Verfügung stehenden Punkten?

Anschließend wurden die Ergebnisse durch die jeweilige Arbeitsgruppe dem gesamten Teilnehmerkreis präsentiert. Der Workshop und die gesamte Fachtagung wurden von einem erfahrenen Beraterteam der Organisationsentwicklung des Landesamts für Zentrale Polizeiliche Dienste Nordrhein-Westfalen (LZPD NRW) vorbereitet und begleitet.
/// Jasmin Epping, MIK



Schwerlastkontrolle an der A1 bei Dortmund Kleine Mängel und dicke Fische

An einem Freitagvormittag im August kontrolliert die Autobahnpolizei in einer gemeinsamen Aktion mit dem Zoll, der Bezirksregierung Arnsberg und dem Bundesamt für Güterverkehr insgesamt 49 Fahrzeuge auf dem Rasthof Lennhof an der A1 zwischen Dortmund und Hagen. Das Ergebnis: In 25 Fällen, also bei mehr als jedem zweiten Fahrzeug, werden Mängel festgestellt.

Nieselregen weht durch das Ruhr-tal. Es herrscht ein richtiges Schmuddelwetter, doch zahlreiche Einsatzkräfte haben sich in regenfester Kleidung überall auf dem Rastplatz aufgestellt. »Wir sind schließlich keine

Schönwetterpolizei«, meint Polizeihauptkommissarin Cornelia Weigandt von der Pressestelle der Polizei in Dortmund. Sie ist zuversichtlich: »Irgendwas finden wir in der Regel.« Mit dieser Einschätzung wird sie auch an diesem Tag nicht falsch liegen. Zumindest in jedem zweiten Fall.

An der ersten Kontrollbox nach der Einfahrt warten drei Polizeibeamte auf die LKW, die den erfahrenen Kradfahrern der Autobahnpolizei auf der A1 in südlicher Richtung verdächtig vorkamen und von ihnen deswegen zur detaillierten Kontrolle auf den Rastplatz geleitet werden. Die Kradfahrer schauen etwa, ob ein LKW tief durchhängt, was auf eine Überladung schließen lässt. »Noch haben wir keinen

dicke(n) Fisch dabei«, heißt es nach einer Stunde. Aber das wird sich noch ändern.

Kontrolle nach festem Ablaufplan

»Zunächst werden die Ladung und die Technik überprüft, im Anschluss geht es um die Pausen- und Lenkzeiten sowie die Fahrtauglichkeit. Zuletzt geht es dann auf die Achsenwaage«, berichtet Polizeioberkommissar Jan Buchholz von der Führungsstelle Verkehr beim Polizeipräsidium (PP) Dortmund, der den Ablauf dieser Kontrolle mit geplant hat. An der Ausfahrt des Rastplatzes steht ein Streifenwagen in Wartestellung – für den Fall, dass sich jemand der Kontrolle entziehen will. Jan Buchholz weist noch auf einen weiteren



soll diesen nun nach Belgien transportieren. Darunter befinden sich auch komplette alte Waschmaschinen. Dafür hätte der Fahrer eine Genehmigung zum Export vorweisen müssen, denn in den Maschinen könnten sich noch Schadstoffe befinden. Die Fahrt nach Belgien wird er nicht fortsetzen können, meint der zuständige Mitarbeiter der Bezirksregierung Arnsberg, denn das sei illegaler Mülltransport. Sie werden den LKW später zurück Richtung Schrottplatz geleiten.

Gerissener Fahrzeugrahmen

Bei einem mit 7,5 Tonnen beladenen weißrussischen LKW werden gravierende Schäden am Fahrzeug selbst entdeckt. Immanuel Noske vom Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP) beschreibt den Defekt: »Der LKW hat hinten rechts hinter der letzten Achse einen ganz massiven Rahmenschaden. Eine mechanische Beschädigung. Der Rahmen ist ungefähr zur Hälfte eingerissen.« Das ist richtig gefährlich. »Der Rahmen ist ein tragendes Teil des Fahrzeugs und sobald sich Ladung darin befindet, werden die

Ladungskräfte in diese Längsträger übertragen.« Die Folgen könnten gravierend sein. »Bei schwererer Ladung würde der Längsträger wahrscheinlich abreißen.« Ein Sachverständiger hat sich das Fahrzeug direkt vor Ort angesehen und ein Verbot der Weiterfahrt ausgesprochen. Doch das ist noch nicht alles: »Der Spediteur erhält eine Anzeige, er muss eine Sicherheitsleistung hinterlegen und so weiter.« Das wird richtig unangenehm. >



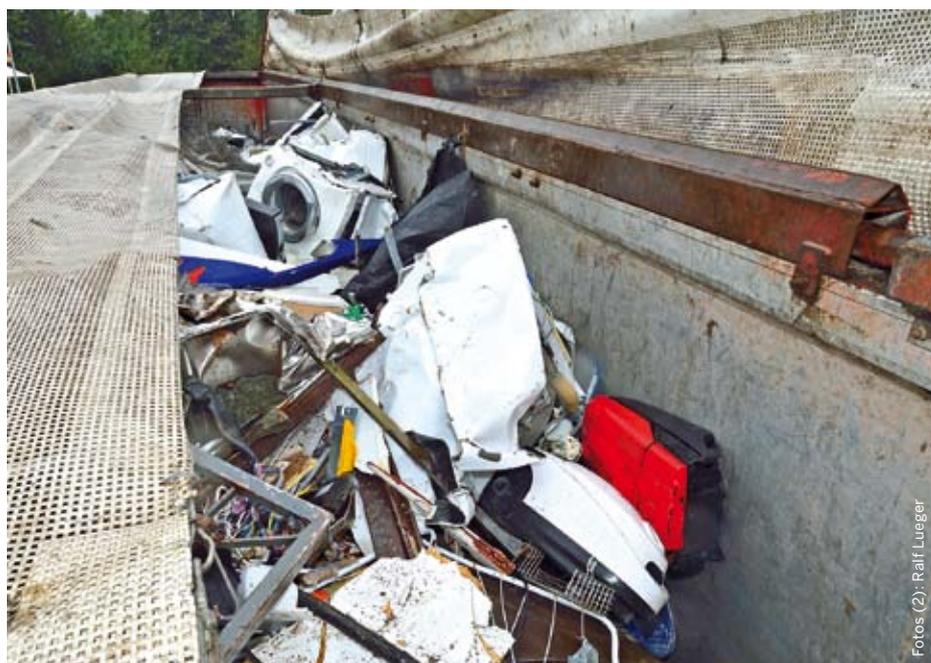
Der Rahmen ist ungefähr zur Hälfte eingerissen

Foto: Gordon Wenzek

Punkt hin: »Unsere Verkehrssicherheitsberater sind auch noch vor Ort und haben einen Bus mitgebracht und ein Info-Zelt aufgebaut. Unter anderem zeigen sie den Fahrern Schock-Fotos von Auffahrunfällen am Stauende und von LKW-Fahrern, die freihändig während der Fahrt als Gaffer Handyfotos von einem Unfall machen.«

Illegaler Mülltransport

Besonders über zwei LKW staunen die Kontrolleure an diesem Tag. Da ist einmal eine slowakische Zugmaschine mit belgischem Auflieger. Darin sieht es ziemlich wüst aus. Der Spediteur hat auf einem Dortmunder Schrottplatz Metall- und Elektroschrott in den Auflieger abgekippt und der Fahrer



Fotos (2): Ralf Lueger



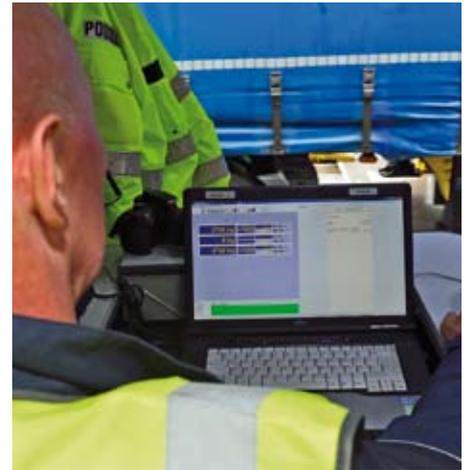
Viele Alltagsdelikte

Neben solchen »dicken Fischen« haben die Beamten an diesem Tag vor allem typische Alltagsdelikte zu beanstanden: Darunter sind »Klassiker« wie die Überschreitung der Lenk- und Ruhezeiten, die mangelnde Ladungssicherung und Abfallverstöße. Im Rahmen der Kontrolle muss jedes kontrollierte Fahrzeug auch über eine im Boden integrierte LKW-Achsenwaage fahren. Dabei stellt sich heraus, dass drei LKW überladen sind, davon zwei sogar um mehr als 30 Prozent. Positiv ist, dass es keine Verstöße wegen Alkohol und Drogen am Steuer gibt. Mit einigen Fahrern gibt es Verständigungsprobleme, weil sie kein Deutsch und kaum Englisch können. »In der Regel ist das Verhältnis zu den Fahrern bei diesen Verkehrskontrollen aber recht angenehm«, weiß Jan Buchholz, »denn sie kennen solche Kontrollen. Viele LKW sind ja auch in Ordnung. Wir haben jedoch ein spezielles Auge auf die Fahrzeuge, bei

denen wir vermuten, da könnte etwas nicht stimmen. Und die kontrollieren wir.«

Innenminister und Polizeipräsident beziehen Position

Die Autobahnpolizei in NRW führen solche Kontrollen regelmäßig in unterschiedlichem Umfang durch. Bei der Kontrolle auf dem Rastplatz Lennhof sind auch NRW-Landesinnenminister Ralf Jäger und der Dortmunder Polizeipräsident Gregor Lange dabei, um mit den Einsatzkräften vor Ort zu sprechen und einige grundsätzliche Bemerkungen zur Bedeutung des Themas zu machen. »In Zeiten wo wir vor allem über Terrorismus, Extremismus und Einbruchdiebstähle sprechen, ist es wichtig, auch die Bedeutung der Sicherheit auf unseren Autobahnen nicht zu vernachlässigen«, meint Lange. Denn die Zahl der Verkehrstoten auf den Autobahnen sei auch im Bereich des PP Dortmund deutlich angestiegen. Ralf Jäger präzisiert: »Wir



haben allein im ersten Halbjahr 94 Unfallfälle am Stauende in NRW gehabt. Das sind 18 mehr als im ersten Halbjahr 2015. Dabei starben sieben Menschen und über 100 wurden schwerverletzt. Verkehrssicherheit rettet wirklich Leben. Und deshalb gibt es diese Kontrollen.«

Mehr Experten zum Aufdecken von Manipulationen

Besonders wichtig ist Jäger das Thema technische Manipulationen. »Einige Unternehmen entwickeln eine kriminelle Energie, um in dem hart umkämpften Markt durch Manipulationen, etwa mit Magneten, Vorteile zu erlangen. Aber durch die Magnete wird nicht nur das EG-Kontrollgerät manipuliert, sondern es werden auch wichtige Fahrassistenzsysteme geschädigt.« So kommt es schneller zu Unfällen. »Solche Unternehmen sind eine Schande für den Berufsstand, der im schwierigen Wettbewerb Sicherheit gewährleisten will.« Jäger wendet sich ausdrücklich dagegen, die ganze Speditionsbranche zu kriminalisieren. Doch die Manipulationen würden technisch immer raffinierter, etwa durch den Einbau von Mikro-Schaltern in die Fahrzeugelektronik. Dafür benötige die Polizei mehr Fachleute, die solche Manipulationen aufdecken können, erklärt der Leitende Polizeidirektor Rüdiger Wollgramm, Verkehrsreferent im NRW-Ministerium für Inneres und Kommunales: »Hier geht es um das Thema IT-Forensik. Hier muss der Wachdienst durch polizeiliche Spezialisten unterstützt werden.«

/// Walter Liedtke



Fotos (5): Ralf Lueger



Mitteilung an die Fahrerlaubnisbehörden nach § 2 Abs. 12 StVG Verfahren zwischen Polizei und Fahrerlaubnisbehörden besser abstimmen



Verursacher schwerer Verkehrsunfälle, wie zum Beispiel Raser, sind oft nicht zum Führen von Kraftfahrzeugen geeignet. Mit einem Erlass aus Mai 2016 über die »Durchführung des § 2 Absatz 12 Straßenverkehrsgesetz (StVG)« gibt das Ministerium für Inneres und Kommunales (MIK) den Polizistinnen und Polizisten in NRW ein »Verursacherorientiertes Konzept zur Verhinderung schwerer Verkehrsunfälle« (VoKoVU) an die Hand. Die Grundlagen für den Erlass wurden in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe des Ministeriums für Inneres und Kommunales (MIK) und des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (MBWSV) erarbeitet. Über die Maßnahme des »Fahrerlaubnisentzug« und über die Intention und die Entstehung des Erlasses diskutierten auf Einladung der »Streife« Harry Heidemann, Abteilungsleiter der Straßenverkehrsbehörde Siegburg, Polizeiobererrat Guido Baumgardt, Dozent für Verkehrsrecht an der Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung (FHöV) NRW und Polizeihauptkommissar Rainer Fuchs, der Leiter des Projektes »Rennen« beim Polizeipräsidium Köln.

Im Kern geht es um die Frage, wie man gerichtsfeste Tatsachen für den Entzug der Fahrerlaubnis zusammentragen kann und in welchen Fällen dieses Mittel sinnvoll zum Einsatz kommt.

Streife: Herr Heidemann, Sie haben in der Arbeitsgruppe mitgewirkt, die die Grundlagen für den Erlass zusammengestellt hat. Welche Idee ist Ihnen besonders wichtig?

Heidemann: Im Erlass wird gefordert, dass ein Controlling und eine Qualitätssicherung stattfinden soll. Polizei, Staatsanwaltschaft, Gerichte und Straßenverkehrsbehörden sollen dabei mitmachen. Die genaue Ausgestaltung dieser Zusammenarbeit ist jeder KBP freigestellt, sie soll aber überall stattfinden.

Fuchs: In der Praxis hat diese Netzwerkarbeit einen hohen Stellenwert. Wir haben in Köln zum Beispiel ein beschleunigtes Verfahren für Mehrfachtäter erreicht. Wir haben einen festen Ansprechpartner bei der Staatsanwaltschaft, der sich etwa auch in die Verhandlungen zu Ordnungswidrigkeitsverfahren hereinsetzt. Das finde ich ganz toll. Der Austausch von Information ist

entscheidend. Wir konnten uns zum Beispiel mit der Stadt Köln über die von Rasern besonders bevorzugten Strecken austauschen. Nicht nur für illegale Rennen, sondern auch darüber wo generell bewusst und gewollt gerast wird. So können wir jetzt besser den Einsatz der Stadt und der Polizei koordinieren.

Streife: Herr Heidemann, was ist bei einer »2-12er-Meldung« zum Entzug einer Fahrerlaubnis am Wichtigsten für die Straßenverkehrsbehörde?

Heidemann: Der zentrale Punkt ist: Sogenannte »2-12er-Mitteilungen« müssen fundiert sein. Wir haben das Vorgehen dazu hier in Siegburg in den letzten Jahren verfeinert. Anfang des Jahres haben wir einen runden Tisch ins Leben gerufen, an dem auch die Kreispolizeibehörden Bonn und Rhein-Sieg-Kreis teilnehmen. Wir haben uns in halbjährlichem Abstand verabredet. Zwischen den Sachbearbeitern finden aber laufend weitere Treffen statt, bei denen dann aktuelle Themen und Beispielfälle behandelt werden, um Material für 2-12er-Meldungen an die Polizeibehörden weiterzuleiten. Die Polizistinnen und Polizisten vor Ort wissen, welche Informationen wir als Straßenverkehrsbehörde brauchen, um effektiv tätig zu werden. Deshalb wurde auch die Meldung im System der Polizei angepasst. Früher konzentrierte sich diese stark auf den Drogenmissbrauch, heute werden auch die wichtigsten Informationen für andere Fälle darüber, abgefragt.



Fotos (3): Christoph Göttert

Abteilungsleiter der Straßenverkehrsbehörde Siegburg
Harry Heidemann



Polizeihauptkommissar Rainer Fuchs, PP Köln

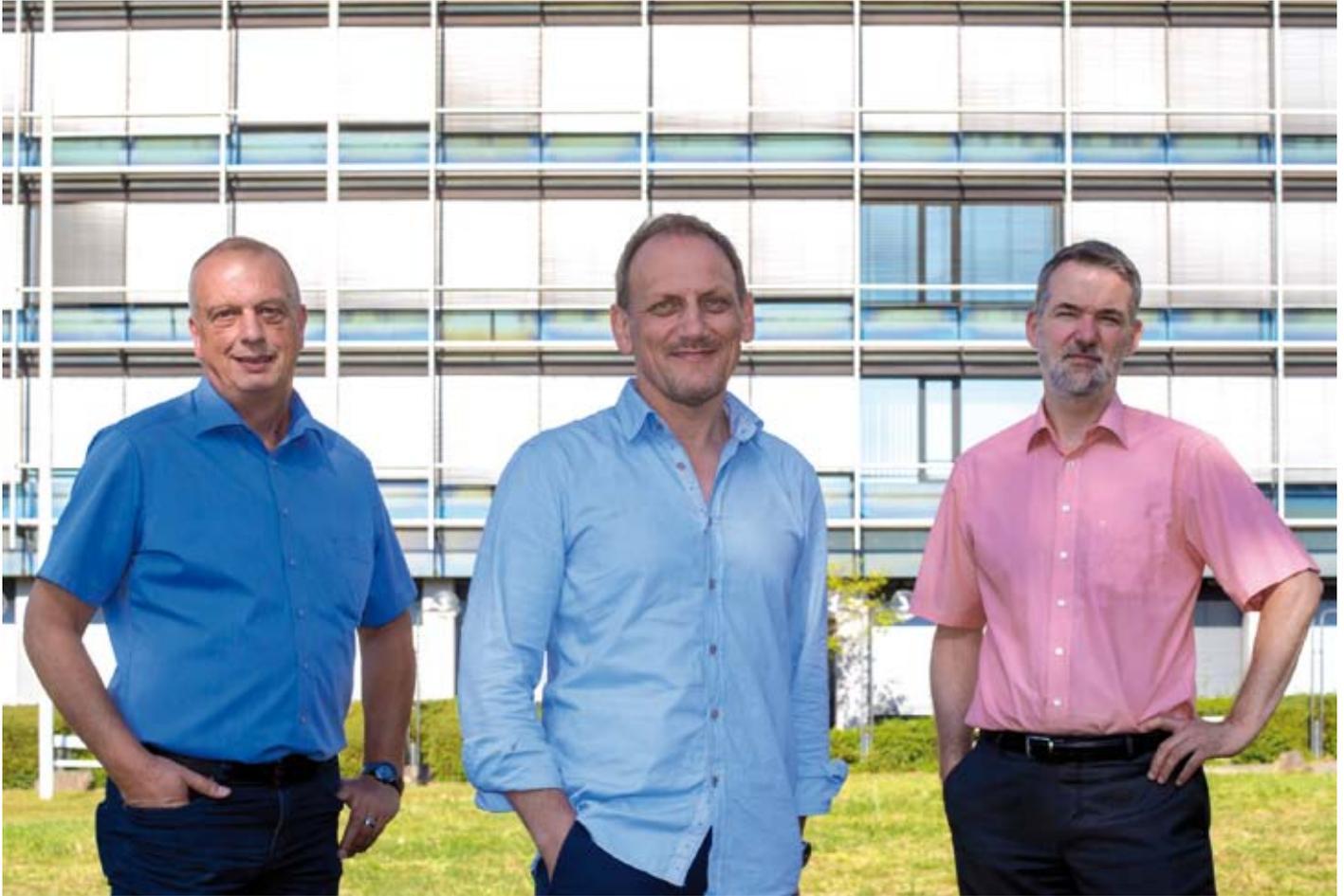
Streife: In welchen Fällen ziehen Sie denn den Entzug der Fahrerlaubnis in Betracht?

Heidemann: Wir haben etwa ältere Mitmenschen im Blick. Wenn in der 2-12er-Meldung nur steht, dass jemand »altersbedingt nicht mehr in der Lage« sei, ein Kraftfahrzeug zu führen, dann kann die Straßenverkehrsbehörde damit nicht viel anfangen. Es müssen wirklich Tatsachen vorliegen, die die Kraftfahreignung beeinträchtigen. Ich benötige eine möglichst genaue Schilderung der Beeinträchtigung, also z.B. der Seh-, Hör- oder Bewegungseinschränkungen oder auch Verwirrtheit. Das muss genau in der Meldung stehen, sonst wird ein Bescheid zum Entzug der Fahrerlaubnis vor Gericht keinen Bestand haben.

Streife: Herr Fuchs, worauf kommt es bei der Umsetzung des Erlasses aus Ihrer Sicht an?

Fuchs: Bei den 2-12er-Meldungen ist der Transport der Informationen in den Streifenwagen wichtig. Das Auge der Kollegen muss geschult werden und sie müssen Hilfestellungen bekommen. So haben wir in Köln etwa Beispiele für Ordnungswidrigkeitsanzeigen ins Netz gestellt, die für jeden Kollegen abrufbar sind. Auch die Anlagen aus dem Erlass geben hier eine klare Richtschnur für die Praxis.

Raser müssen den Kontrolldruck sofort spüren. Durch den Kontrolldruck erreicht man eine gefahrenabwehrende Wirkung. Wenn die Kollegen geschult, unterstützt und sensibilisiert werden, dann wird sich da auch etwas bewegen. Da bin ich mir sicher. >



Harry Heidemann, Abteilungsleiter der Straßenverkehrsbehörde Siegburg, PHK Rainer Fuchs (PP Köln) und POR Guido Baumgardt (v. l. n. r.)

Streife: Haben Sie denn die nötigen rechtlichen Grundlagen, um gegen die Raser vorzugehen?

Fuchs: Die Teilnahme an illegalen Rennen ist heute eine Ordnungswidrigkeit. Das steht in einem vollkommenen Missverhältnis zur Gefahr, die von den Rennen ausgeht. 35 Euro Geldbuße oder ein Punkt und 400 Euro haben keine abschreckende Wirkung auf Menschen, die illegale Rennen fahren. Wer bei einem Rennen gefährlich überholt, die Vorfahrt missachtet und damit jemanden konkret gefährdet, der muss auch heute schon damit rechnen, dass ein Strafverfahren gegen ihn eingeleitet wird. Aber wenn es zu Gefahren kommt, dann ist es oft schon zu spät. Ich finde daher die Gesetzesinitiative der Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Hessen im Bundesrat sehr gut, sie trägt dazu bei, die Situation zu verbessern. Zukünftig soll schon die Teilnahme an illegalen Rennen strafrechtlich verfolgt werden.

Heidemann: Es wird auch Verkehrsteilnehmer geben, die dann ohne Fahrerlaubnis weiter fahren.

Baumgardt: Dahinter steht doch die grundsätzliche Frage: Helfen hohe Strafen allein? Ich weiß aber, dass die Kolleginnen und Kollegen auf der Straße viele Möglichkeiten haben, notorische Verkehrssünder zu verfolgen. Nur ein Beispiel ist hier die Einziehung von Fahrzeugen.

Streife: Ist es denn im aktuellen Rechtsrahmen möglich, Menschen die Fahrerlaubnis zu entziehen, wenn diese wiederholt z.B. als Raser auffallen?

Fuchs: In Köln wurde ganz schnell deutlich: Es gibt Fahrzeugführer, die bewusst und gewollt immer wieder gefährliches Verhalten an den Tag legen. Bislang wird das von der Polizei nicht immer in ausreichender Weise dokumentiert. Beim Aufbau unserer Soko musste ich erstmal das Bewusstsein dafür schärfen, dass diese Verkehrsphänomene verfolgbar sind. Neben Anzeigen gibt es dafür die 2-12er-Meldungen. Doch in der Praxis erfolgen solche Meldungen nicht immer. Schritt eins ist also: Die Kollegen müssen überhaupt wissen, dass sie so eine Meldung schreiben können. Schritt zwei ist dann, das Verfahren gerichtsverwertbar auf den Weg zu bringen.

Der Erlass vokovu ist dazu ein wichtiger Baustein. Und natürlich die enge Zusammenarbeit zwischen Fahrerlaubnisbehörde, Justiz und Polizei. Konkret haben wir vor Ort mit der Bußgeldstelle, der Staatsanwaltschaft und den Gerichten gesprochen. Das Ergebnis ist: Wir brauchen sehr viele Detailangaben dazu und saubere Zeugenaussagen, um dieses gefährliche Verhalten zu dokumentieren.

§2 Abs. 12 StVG: »Die Polizei hat Informationen über Tatsachen, die auf nicht nur vorübergehende Mängel hinsichtlich der Eignung oder auf Mängel hinsichtlich der Befähigung einer Person zum Führen von Kraftfahrzeugen schließen lassen, den Fahrerlaubnisbehörden zu übermitteln, soweit dies für die Überprüfung der Eignung oder Befähigung aus der Sicht der übermittelnden Stelle erforderlich ist. ...«

Ein weiterer Punkt: Wenn ein Fahrer mehrfach auffällt, stellt man für die Zukunft eine negative Prognose. Aber auch dafür braucht man Belege. Um diese beizubringen, benötigen wir Hinweise der Kolleginnen und Kollegen.

Uns fallen immer wieder dieselben Verkehrsteilnehmer auf. Soweit zulässig, müssen wir ihnen das Auto wegnehmen und wir müssen an ihre Führerscheine ran. Und zwar so früh wie möglich. Das funktioniert über den § 2 Abs. 12 StVG aber nur, wenn ich die Erkenntnisse dazu habe. Um diese zu sammeln gibt es jetzt einen Vordruck.

Heidemann: Dem kann ich nur zustimmen! Wenn wir von der Polizei genügend Informationen erhalten, etwa von einer örtlichen Soko, die belegt, dass jemand schon mehrmals verkehrsgefährdend aufgefallen ist, dann sehe ich die Möglichkeit, ihm nach der § 2-12er-Mitteilung auch die Fahrerlaubnis zu entziehen.

Streife: Was muss sich sonst noch ändern, damit gefährlichen Fahrern die Fahrerlaubnis entzogen wird?

Fuchs: Der Datenaustausch und die Zusammenarbeit können noch besser werden. Dazu ist der Erlass natürlich nur ein Anfang. Entscheidend ist, dass vor Ort gemeinsam an dem Problem gearbeitet wird. Die Zusammenarbeit zwischen Stadt, Polizei, Gericht und Staatsanwaltschaft muss weiter verbessert werden.

Baumgardt: Jemandem den Führerschein wegzunehmen, ist eine tiefgreifende Maßnahme – nicht nur im ländlichen Bereich ist das ein sehr gravierender Lebenschnitt. Nur das Handy ist vielen Menschen noch wichtiger. Deswegen stellt die Justiz zu Recht hohe Anforderungen an den Entzug der Fahrerlaubnis. Aber in Köln gab es beispielsweise zwei tödliche Verkehrsunfälle mit Rasern, die schon vorher mehrfach aufgefallen waren. Diesen Leuten müssen wir wo wir können Einhalt gebieten, bevor so etwas geschieht. Dafür lohnt sich die Mühe, beweissichere Anzeigen und Meldungen nach § 2 Absatz 12 des StVG zu erstellen.

/// **Das Gespräch führte Walter Liedtke**



Fotos (2): Christoph Götter

Polizeiberrat Guido Baumgardt

Polizei NRW und Soziale Medien

Eine Betrachtung aus Sicht der »Landesredaktion Online-Dienste« der Polizei NRW

Warum berichten wir an dieser Stelle über Soziale Medien? Weil sie unsere Welt und unser Handeln verändert haben und auch den polizeilichen Alltag prägen werden.

Alle 31 Sekunden wollen einer Studie zufolge amerikanische Studenten ihre Facebook-Seite checken. Kinder lernen heute Schwimmen, Radfahren, Schuhe binden oder sich selbst das Frühstück zuzubereiten deutlich nach dem Umgang mit Apps oder der Computermaus. Das hat eine Umfrage unter 2.200 Müttern und Vätern ergeben. Wir informieren uns heute nicht mehr ausschließlich über Zeitungen oder das Fernsehen, sondern erwarten, dass die aktuellsten Informationen über die Sozialen Medien zu uns gebracht werden. Anstelle auf die Reklame eines vorbeifahrenden Busses zu schauen, ist eine neue Generation an der Bushaltestelle wartend auf sein Smartphone fixiert.

Diese Generation schaut heute nicht einfach nur fern; beim Fernsehkonsum ist heute der so genannte »second screen« wichtig, das parallel immer vorhanden Smartphone oder Tablet. Sobald eine Werbeeinblendung erfolgt, wird sofort das Medium gewechselt. Die Verbindung zu Smartphones und in die sozialen virtuellen Welten ist alltäglicher und geliebter Umgang. Wenn heutzutage 16-Jährige durchschnittlich 1.000 WhatsApp-Nachrichten pro Tag schreiben, ist dies längst Realität in den Familien und erscheint in den Augen der Eltern normal.

Zu diesem hochdynamischen Themenkomplex Papier zu beschreiben, ist eigentlich schon ein Widerspruch in sich. Sobald das Papier beschrieben ist, haben sich die sozialen Netzwerke bereits in Aussehen oder Funktionalität verändert. Fast arbeits-täglich werden neue Funktionen ausgerollt, das Design wird angepasst, Fehler beseitigt oder die Apps werden aktualisiert.

Alles hat nur ein Ziel, die »Usererfahrung« soll verbessert werden und nebenbei natürlich der User gebunden und der eigene Profit gesteigert werden. Nur die wenigsten Änderungen werden öffentlich angekündigt oder sogar durch so genannte Influencer vermarktet. Die letzte große Werbemaßnahme von Facebook war die Präsentation der Periscope-Alternative »Facebook Live« (Periscope ist eine Livevideoübertragung für jedermann, wurde von Twitter aufgekauft. Facebook Live hat eine ähnliche Live-Video-Funktionalität). Diese wurde mit einem hohen achtstelligen Dollarbetrag beworben. Dies zeigt deutlich, welche Interessen Plattformanbieter sozialer Netzwerke haben. Langfristig müssen Investitionen in die Plattformen amortisiert werden. Nicht alle Netzwerke haben diesen Schritt bereits erfolgreich vollzogen. Andere Firmen wiederum verdienen täglich zweistellige Millionenbeträge. Wo viel Geld verdient wird, wird natürlich auch viel Geld ausgegeben. Insofern wird sich die virtuelle soziale Welt weiter drehen. Die Firmen spielen »Pacman«; die Großen fressen die Kleinen und es wird gekauft, nachprogrammiert oder eingestellt. Das Einzige, das weiter zunehmen wird, ist die Schnelligkeit mit der diese Schritte erfolgen.

Die großen Unternehmen der neuen virtuellen Welt haben ihr Geschäftsfeld schon lange nicht mehr nur im Bereich der sozialen Netzwerke. Das geht von Raketen- und Drohnentechnologie über Hausautomatisierung bis hin zu virtuellen Marktplätzen. Jedes Segment wird auf seinen Nutzen überprüft und durch extern neu hinzugekauften oder internen Sachverständigen weiterentwickelt. Die virtuelle Welt verschmilzt zunehmend mit der realen. Wie schnell dies erfolgt, hat zuletzt der Hype um die »augmented reality« – Spielanwendung »PokémonGo« gezeigt.

»Augmented reality« ist das Verschmelzen der echten Realität mit virtuellen zusätzlichen Informationen über ein Smartphone oder andere Geräte wie etwa eine Datenbrille. Auch hier haben die Plattformanbieter sozialer Netzwerke erkannt, welches Potential sich bietet und wie schnell eine solche – eigentlich schon lange verfügbare – Technologie durch den richtigen Ansatz Verbreitung findet.

Social Media für Öffentlichkeitsarbeit nutzen

Die Polizei stellt sich der großen Herausforderung, den hart umkämpften virtuellen Markt der Information, Kommunikation und Interaktion für sich zu nutzen. Es gibt keinen polizeilichen Bereich, für den Soziale Medien keine Auswirkungen haben. Angefangen von der Personalwerbung, die zielgerichtet in Sozialen Medien um Nachwuchs wirbt, bis hin zur Information der Öffentlichkeit in polizeilichen Einsatzlagen. Natürlich geht es bei der Polizei nicht darum, Kosten zu senken, Gewinne und Absatzzahlen zu steigern oder neue Kunden an sich zu binden. Zielrichtung der polizeilichen Aktivitäten in den sozialen Netzwerken ist die Öffentlichkeitsarbeit. Die Polizei stellt sich und ihre Arbeit in den sozialen Netzwerken dar, liefert etwa Informationen zu Einsätzen, Verkehrslagen und leistet Präventionsarbeit. Hier können soziale Netzwerke die polizeiliche Arbeit unterstützen. >

TOOL
USER
TRAFFIC

FACEBOOK

SEXTING
LIKE
MOBBING

SOCIAL MEDIA

VIRTUAL
COMMUNITY

VIDEO

WEB

SMART
PHONE

TWEET

CHAT

LINK

SMS

Die Informationsquelle Nummer eins

Soziale Netzwerke sind als Informationsquelle Nummer eins das virtuelle Fieberthermometer der Bevölkerung. Renommierte TV Sender bauen immer mehr sogenannte »Crowd sourced« Informationen (User Generated Content) in ihr Programm ein. Meinungen einzelner unbekannter User werden in die Bevölkerung ausgestrahlt. Videos, die Nutzer einstellen, werden durch Fernsehsender weiterverwertet und kommentiert. Das Produzieren eigener Inhalte weicht zunehmend der Schnelligkeit der virtuellen Masse. Schneller als die Menschen vor Ort mit ihrem Smartphone ist kein Fernsenteam zur Berichterstattung bereit – und selbst Journalisten greifen zum Smartphone und erstellen ihre Beiträge im bekannten Selfie-Format. Neben dem Produzieren eigener Inhalte werten bei herkömmlichen Medienhäusern Profis wie selbstverständlich soziale Netzwerke aus. Die Ereignisse nach dem Anschlag vor dem Olympia-Einkaufszentrum (OEZ) in München Ende Juli 2016 haben gezeigt, wie viele Menschen live berichtet haben. Sei es als Textnachricht bei Twitter, als Fotobeitrag bei Facebook oder im Livestream vom eigenen Balkon bei Periscope. Die Arbeit der Polizei wird dadurch unmittelbar in der Öffentlichkeit sichtbar. Ereignisse werden live gesendet, aber auch live kommentiert. Kommentare, Stimmungen, Gefühle, Angst oder Begeisterung werden ungefiltert transportiert, für alle sichtbar und exponentiell schnell.

YOU
TUBE

FORUM

SHARE

Der Deutsche Presserat hat bereits das Handeln von Print- und Onlineausgaben von Zeitungen und Zeitschriften gerügt, da dort frei zugängliches Material aus sozialen Netzwerken genutzt und vielfach »viral« verbreitet wird, wie es im Fachjargon heißt.

»Nicht alles, was in sozialen Netzwerken verfügbar ist, darf auch ohne Einschränkung veröffentlicht werden. Die eigene Darstellung, zum Beispiel in einem Facebook-Profil, bedeutet nicht zwingend eine Medienöffentlichkeit«, erläutert Katrin Saft, die Vorsitzende des Beschwerdeausschusses des Deutschen Presserates.

Die Situation in NRW

Die Polizei in NRW hat sich der Herausforderung sozialer Netzwerke gestellt. Aktuell nutzen bereits 19 Polizeibehörden Facebook und zehn Behörden Twitter. Fast ein Dutzend weiterer Polizeibehörden plant zeitnah den Schritt in die sozialen Netzwerke. Die Erfahrungen sind durchweg positiv. Polizeiliche Öffentlichkeits- und Medienarbeit verlagert sich zunehmend in die sozialen Netzwerke. Die Fan-, Follower- und Abonnentenzahlen der nutzenden Polizeibehörden steigen stetig an. Der virtuelle Freundeskreis wächst monatlich durchschnittlich im zweistelligen Prozentbereich.

Neu hinzugekommen ist ein zentraler YouTube-Kanal der Polizei NRW. YouTube ist nach Google die zweitgrößte Suchmaschine weltweit. Nutzer wollen nicht nur schnell, kurz und am besten in Echtzeit informiert werden, am liebsten auch noch, ohne selber aktiv etwas dafür zu tun. Einfacher als Lesen ist das Schauen eines Videos. Einstellungen in den YouTube-Kanal der Polizei NRW erfolgen über die Landesoberbehörden oder über die Landesredaktion Online-Dienste der Polizei NRW. Bisher wurde YouTube erfolgreich

für Zwecke der Personalwerbung genutzt. Das Angebot dort hat sich aktuell durch die Einstellung von Präventionsvideos erweitert und wird sicherlich weiter wachsen.

Neu ist ebenfalls die Nutzung von Livestreams in Form von Periscope (dem Videokanal von Twitter) oder Facebook live. Damit hat jedermann, auch die Polizei, die Möglichkeit, Videos in das Internet zu übertragen. Die Technologie dazu bieten heute jedes gängige Smartphone und die entsprechenden Apps der Plattformanbieter. »Live« bedeutet natürlich immer ein gewisses Maß an Unvorhersehbarkeit, weil natürlich auch Kommentare live zu sehen sind und sich die Geschehnisse nicht immer an gewünschte Drehbücher halten. Nicht alles, was technologisch machbar ist, sollte die Polizei ungeprüft nutzen. Darüber hinaus bestehen rechtliche Einschränkungen. Unser Medienrecht regelt deutlich, ab wann eine Sendelizenz erforderlich ist. Nur innerhalb dieser rechtlichen Schranken können die Polizeibehörden diese Tools nutzen, ohne gleich die Voraussetzungen einer Medienanstalt erfüllen zu müssen.

NETZ
WERK

Soziale Netzwerke – eine Aufgabe für alle

Prof. Dr. Stefan Jarolimek von der Deutschen Hochschule der Polizei prognostiziert für die Zukunft polizeilicher Arbeit, dass die Nutzung Sozialer Medien nicht mehr ausschließlich die Aufgabe von spezialisierten Social Media Managern ist, sondern auch zahlreiche Organisationseinheiten der Polizei – vom Streifenbeamten über die Polizeiöffentlichkeitsarbeit bis hin zu Spezialeinsatzkräften – damit befasst sind. Der Weg dahin wird natürlich zunächst über die Spezialisten führen, die eine entsprechende Basis schaffen.

Privat nimmt die Durchdringung der Gesellschaft mit Smartphone-Funktionalitäten immer stärker zu. Auf wenige Menschen, die Twitter nutzen, und deutlich mehr, die Facebook nutzen, kommt ein überwältigender Prozentsatz von Menschen, die Messengerdienste wie WhatsApp, Threema oder den Facebook Messenger nutzen. Hier sieht auch Mark Zuckerberg, der Gründer von Facebook, die Zukunft: »Messengerdienste sind eines der wenigen Dinge, die Menschen mehr nutzen als soziale Netzwerke.« Aktuell gibt es noch nicht viele Anwendungsmöglichkeiten der Messengerdienste für gewerbliche oder staatliche Nutzer, aber auch diese werden kommen, wenn wir den Werbestrategen Glauben schenken.

GROOMING
APP

FOLLOWER

BLOGG

LIVE

STREAM

Virtuelle Freunde?

Grundsätzlich ist in den Sozialen Medien eine regionale Bindung festzustellen. Den Bürgerinnen und Bürgern ist zunächst immer die eigene Polizei vor Ort wichtig. Man will wissen, was in der eigenen Stadt und in der Nachbarschaft passiert. Schon Informationen aus der Nachbarstadt sind oftmals uninteressant, es sei denn, das Thema ist überregional von Bedeutung. Mehr als zwei Drittel der Fans oder Follower kommen aus der näheren Umgebung einer Polizeibehörde. In einer Situation wie bei der Schießerei im Einkaufszentrum OEZ in München aber explodiert das Interesse, ein virtueller »Freund oder Verfolger« der Polizei zu werden. So hatte die Polizei München zu Beginn der Lage deutlich unter 100.000 Fans, nach der Lage hat sich die Zahl verdoppelt.

Von Bedeutung für die professionelle Information der Bevölkerung in Krisensituationen ist die Generierung von »virtuellen Freunden« in der alltäglichen Arbeit der Öffentlichkeitsarbeiter, damit auch in Krisensituationen das Medium seine Reichweite voll nutzen kann und so viele Menschen wie möglich erreicht werden können.

In einer Krisensituation die Entscheidung zu treffen »Wir machen jetzt mal gerade etwas in sozialen Netzwerken«, funktioniert nicht. Wer soll die Informationen verbreiten, wenn ich zuvor keine Follower gefunden habe? Zudem stellen sich sofort Fragen der »Community« nach Echtheit und Glaubwürdigkeit der neu aufgeschalteten Seite ein – denn nicht überall wo Polizei drauf steht, ist auch Polizei drin. Durch Maßnahmen der internen und externen Öffentlichkeitsarbeit gilt es, für die Situationen langfristig virtuelle Fans, Follower und Freunde für die Polizei zu gewinnen. >

Software zur einfacheren Bedienung

Damit die Arbeit der Polizeibehörden virtuell einfacher wird, steht der Polizei NRW aktuell ein neues Management-Tool zur Verfügung, das die täglichen Aufgaben in den sozialen Netzwerken deutlich vereinfacht. Zum Beispiel kann bei landesweiten Kampagnen die Arbeit von vielen Kreispolizeibehörden auf eine zentrale Stelle verlagert werden. Informationen können auf allen polizeilich genutzten Seiten und Accounts gleichzeitig eingestellt und verbreitet werden. Bislang musste in jeder Behörde von Hand der entsprechende Facebook-Eintrag oder Tweet, zum Beispiel für den Start einer landesweiten Aktionswoche gegen den Taschendiebstahl, vorbereitet und zum entsprechenden Zeitpunkt veröffentlicht werden. Heute kann dies zentral über das Management-Tool erfolgen.

HOT SPOT

Das Tool erleichtert auch die Moderation von eingehenden Kommentaren auf den eigenen Seiten. Teilweise gehen mehrere hundert Kommentare auf einen Facebook-Beitrag einer Behörde ein. Diese müssen polizeilich bewertet werden. Das Tool ermöglicht einen schnellen Überblick über neue Kommentare, bewertet mittels hinterlegten Algorithmen den Inhalt und erstellt Stimmungsbilder hinsichtlich positiver oder negativer Kommentare – viel übersichtlicher als dies Facebook und Co. selbst darstellen können.

Um die Arbeitsprozesse zu standardisieren und ein gleichbleibend hohes Qualitätsniveau zu ermöglichen, werden zentral Content-Vorlagen in Form von Texten, Bildern sowie Kommentarvorlagen erstellt, die den Polizeibehörden über das Management-Tool zur Verfügung stehen – auch hier müssen sich nicht mehr viele Einzelne die Arbeit machen – einmal entwickelte Standard-Texte können von allen genutzt werden.

AUGMENTET REALITY

GAMING

CROWD SOURCING

WLAN

RANK

USER

MESSENGER

TABLET
SCREEN
SECONDS

D

CE

Erfahrungen Anderer helfen

Seit einigen Jahren schon sind Polizeibehörden in NRW erfolgreich im virtuellen Raum aktiv. Auch wenn es kein Medienecho wie in München gab und die Arbeit einzelner Behörden hochgelobt wurde – zum Glück, denn dies bedeutet auch, dass wir noch keine Lage solchen Ausmaßes bewältigen mussten.

Selbstverständlich werden diese Aktivitäten durch einen Erlass geregelt; eine Rahmenvorgabe, die den Polizeibehörden jedoch ausreichend Handlungs- und Gestaltungsspielraum lässt. Die Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen war eines der ersten Länder, das in der strategischen Ausrichtung einen anderen Ansatz verfolgt hat. Während in vielen Ländern einzelne Polizeibehörden Soziale Medien nutzen, wurde bei der Polizei NRW das Prinzip der »dezentralen Wahrnehmung bei zentraler Steuerung« umgesetzt. Deutlich wird dies durch die Einrichtung der Landesredaktion Online-Dienste der Polizei NRW in der Abteilung »Polizei« des Ministeriums für Inneres und Kommunales des Landes NRW. Professionelle Arbeit setzt in diesem schnelllebigen Medium einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch voraus. Deshalb findet halbjährlich im Rahmen einer Fachtagung ein Erfahrungsaustausch mit allen Kreispolizeibehörden und vierteljährlich eine Besprechung mit den »Social-Media-Behörden« statt. Begleitet wird dieser interne Erfahrungsaustausch natürlich durch regelmäßige Workshops mit den Polizeien der Länder und des Bundes – denn Berater für Online-Marketing und soziale Netzwerke gibt es zwar viele, aber unsere Aufgaben, unsere Rolle »online«, unser Selbstverständnis als Polizei und die Erwartungshaltung der Menschen an uns ist anders als die an ein Unternehmen. Da helfen die Erfahrungen der anderen Mitspieler der »Vergleichsgruppe Polizei« – denn von Konkurrenz wollen und können wir hier nun wirklich nicht sprechen.

WHATS
APP

Die Möglichkeiten von Social Media nutzen

Die schnelllebigen Sozialen Medien bedürfen der weitergehenden polizeilichen Aufmerksamkeit. Trends kommen und gehen in immer kürzeren Intervallen. Soziale Netzwerke, Messenger, »augmented reality«, 360 Grad und 3D-Video, alles Begriffe für neue Formate, die einen Hype auslösen können. Sei es die Rückkehr des E-Mail-Marketings oder die Entwicklung von Messenger-Bots, die automatisiert Massenkommunikation übernehmen und Auskünfte erteilen. Künftige Entwicklungen werden Einfluss auf die polizeiliche Arbeit nehmen, weil sie das Verhalten von Menschen beeinflussen oder Lösungen bieten, aus der Vielzahl der Angebote herauszuweisen und mit den eigenen Informationen »sichtbar« zu werden. Die Polizei NRW hat sich hierfür organisatorisch aufgestellt und baut ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten weiter aus. Natürlich wird sich immer die Frage stellen, ob die Polizei jedem Hype hinterherlaufen muss. Das muss sie natürlich nicht! Aber sie kann sich gesamtgesellschaftlichen Trends auch nicht völlig verschließen. Die Bevölkerung hat ein Interesse und ein Recht, umfassend und schnell informiert zu werden und nutzt dafür »gewohnte« Wege und Mittel. Wenn wir die Bevölkerung nicht informieren, erfolgt dies durch andere. Die tragischen Ereignisse in Frankreich, Belgien und auch in Deutschland haben gezeigt, dass die Bevölkerung ein existenzielles Bedürfnis an gesicherten Informationen hat. Wem soll die Bevölkerung in diesen Situationen vertrauen, wenn nicht den polizeilichen Informationen? Eine einzige klarstellende Information der französischen Polizei in Nizza beendete schlagartig Spekulationen und Desinformationen im Netz und diskreditierte anschließend selbsternannte »Insider«.

Die Sicherheit von Informationen, auch das ist eine Form von Sicherheit, die Bürgerinnen und Bürger von der Polizei heutzutage erwarten – erwarten können – erwarten müssen. Die Polizei NRW sollte die sich bietenden Möglichkeiten nutzen.

/// *Guido Karl, Susanne Schimanski, Marc Holste und Michael Roggow, Landesredaktion Online-Dienste der Polizei*

10.000 neue Schutzwesten für die Polizei NRW

Leicht bei größtmöglicher Sicherheit

Sie wiegen nur 7,5 kg und können dem Beschuss mit Schnellfeuerwaffen standhalten – die neuen Hightech-Schutzwesten der NRW-Polizei. Anfang August stellte Innenminister Ralf Jäger die innovative Schutzausstattung im Kölner Polizeibekleidungscenter des Landesamts für

Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD) NRW vor. Bis zum Ende des Jahres werden der Wachdienst und die Bereitschaftspolizei mit den neuen Westen ausgestattet sein. Das Land hat für deren Beschaffung mehr als zehn Millionen Euro bereitgestellt.



Deutschland und damit auch NRW sind seit Längerem im Fadenkreuz des internationalen Terrorismus«, betonte Jäger. »Anschläge können uns überall und jederzeit treffen. Wer täglich für die Sicherheit der Menschen in NRW seine Gesundheit riskiert, bekommt die beste Ausrüstung.« Die neuen Westen bieten bei einem geringen Gewicht und maximaler Bewegungsfreiheit größtmöglichen Schutz: Die Hülle besteht aus abriebfestem Polyamid, die ballistischen Schutzplatten sind aus hochverdichtetem Polyethylen. Die Westen – im Fachjargon »Plattenträger« genannt – halten einem Beschuss mit Schnellfeuerwaffen, zum Beispiel vom Typ »AK 47« (»Kalaschnikow«), stand. Dieser Waffentyp wurde in der Vergangenheit häufig von Tätern bei Terroranschlägen und Amokläufen eingesetzt. »Die Kolleginnen und Kollegen des Wachdienstes sind bei solchen Lagen die ersten vor Ort. Dann erst auf das SEK zu warten, kann keine Option sein. Die Beamtinnen und Beamten müssen selbst sofort handeln und alles unternehmen, die Gefahr schnellstmöglich zu bannen. Dabei nehmen sie große Risiken in Kauf. Das verdient die bestmögliche Ausrüstung und Vorbereitung«, so der Innenminister. Nach dem Amoklauf eines Schülers in Erfurt im Jahr 2002 ist in NRW ein spezielles Training für alle Beamten des Wachdienstes eingeführt worden. Es wurde um



Innovative Schutzwesten sollen die Polizeiarbeit erleichtern: NRW-Innenminister Ralf Jäger stellt die neue Ausrüstung vor

»Der Tragekomfort ist besser, man ist nicht mehr so eingeschränkt wie vorher. Die Bewegungsfreiheit im Halsbereich ist wesentlich besser, man kann jetzt nach links und rechts schauen. Wenn nötig, kann man mit der angezogenen Weste im Auto fahren, das war vorher nur bedingt möglich. Jetzt kann man den Tiefschutz dafür extra hochklappen.«

Polizeikommissar Martin Kojtych, Polizeipräsidium Köln

»Man hat in der neuen Weste viel mehr Armfreiheit, die alte Weste ging bis zur Schulter, was hinderlich war. Das An- und Ausziehen ist auch viel einfacher geworden, man bekommt das jetzt ohne Probleme alleine hin. Vorher musste man sich vorab schon gewisse Schlaufen mit den Klettverschlüssen machen, um das alleine hinzukriegen – was auch länger gedauert hat.«

Polizeikommissar Mathias Maus, Polizeipräsidium Köln



unter dem Uniformhemd getragen und schützt vor leichterem Beschuss sowie vor Hieb- und Stichwaffen. Gleichzeitig ersetzen die neuen Westen die schweren grünen Überziehwesten, die bei der Polizei NRW bislang im Einsatz waren. Ralf Jäger: »Westen, die schwer wie Zementsäcke sind, werden in extrem gefährlichen Lagen wie Terroranschlägen oder Amokläufen zum Sicherheitsrisiko.« Die neuen Westen in Einheitsgröße zeichnen sich neben ihrem geringen Gewicht vor allem auch durch ihre hohe Flexibilität aus – durch variable Klettverschlüsse lassen sie sich von jedem Beamten und jeder Beamtin schnell an- und ablegen. Rainer Pannenbäcker, Direktor des LZPD, erklärt: »Man streift die Weste über und zieht sie mithilfe der Klettverschlüsse so zurecht, dass sie passgenau sitzt. Das geschieht in wenigen Sekunden. Ein weiterer Vorteil der Weste ist die große Bewegungsfreiheit. Diese ist nötig, da sich die Kolleginnen und Kollegen in dynamischen Lagen

bewegen. Der Tiefschutz lässt sich hochschieben, sodass man mit der Weste im Fahrzeug sitzen kann. Der Halsschutz lässt sich außerdem nach vorne wegklappen oder heranziehen.«

Innovative Spezialanfertigung

Das LZPD hatte unmittelbar nach den Terroranschlägen von Paris im November 2015 den Markt sondiert und nach geeigneten Schutzwesten, die den zunehmenden Bedrohungen genügen, gesucht.

Bei den neuen Westen handelt es sich um ein Hightech-Produkt, das den spezifischen Anforderungen der Polizei entsprechend modifiziert wurde. Rainer Pannenbäcker: »Die Hersteller haben sich bemüht, alle polizeilichen Anforderungen schnellstmöglich umzusetzen. Das war unsere Vorgabe. Wir sind stolz, dass wir die Polizei NRW nun in so kurzer Zeit mit den neuen Westen ausstatten können: Die komplette Auslieferung erfolgt landesweit bis Jahresende.« **/// Simone Bauer**

spezielle Komponenten erweitert, so dass die Polizisten auch taktisch auf Anti-Terror-Einsätze vorbereitet werden. Neben zwei neuen Schutzwesten wird künftig jeder Funkstreifenwagen zusätzlich auch zwei Maschinenpistolen des Typs MP5 mit Holo-sight-Visier mitführen.

Mehr Bewegungsfreiheit, mehr Flexibilität

Die neuen Westen ergänzen die persönlichen Unterziehschutzwesten, die bereits seit dem Jahr 2002 zur Standardausstattung der Polizei NRW gehören. Diese wird



Fotos (3): Jochen Tack

Polizei NRW bekommt neue Hubschrauber-Flotte Abheben mit moderner und leistungsfähiger Technik

NRW-Innenminister Ralf Jäger übergab Anfang September den ersten von insgesamt sechs neuen Hubschraubern an die Polizei-Fliegerstaffel am Standort Düsseldorf. Bis Mitte 2017 werden alle alten Helikopter durch neue Modelle vom Typ »Airbus H 145« ersetzt. Rund 65 Millionen Euro investiert das Land in die Anschaffung der neuen Maschinen. »Die Unterstützung aus der Luft ist für die Kräfte am Boden und den Einsatzserfolg entscheidend«, sagte Jäger. »Deshalb bekommen unsere Piloten die beste und sicherste Ausrüstung.«

Rainer Pannenbäcker, Direktor des Landesamts für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD NRW), sagte in seiner Begrüßungsrede: »Ich freue mich, dass wir als zentraler Beschaffer für die Polizei NRW nun den ersten neuen Hubschrauber in Empfang nehmen können. Das ist ein Meilenstein dieses Projekts. Damit bekommt die Fliegerstaffel ein neues und modernes Einsatzmittel, mit dem die Polizeibehörden bei ihrer Arbeit noch effizienter unterstützt werden können.« Er dankte den Projektbeteiligten der Polizeifliegerstaffel NRW, aber auch dem Hersteller Airbus und den Beteiligten der Polizei Baden-Württemberg, die das neue Hubschraubermodell bereits seit rund einem Jahr im Einsatz haben und dadurch wertvolle Erfahrungen an das Projektteam weitergeben konnten. >





Foto: Jochen Tack





Fotos (2): Jochen Taack

»Fast-Roping-System«, Wärmebildkameras und Hochleistungsscheinwerfer

Der neue Helikopter ist optimal für seine künftigen Einsätze ausgestattet: Er verfügt über ein ausgefeiltes Flugmanagementsystem, modernste Kommunikationstechnik, Wärmebildkameras und hochauflösende Videobildsysteme, außerdem über Hochleistungsscheinwerfer und ein so genanntes »Fast-Roping-System«, mit dem sich die Spezialeinheiten besonders schnell vom Hubschrauber abseilen können. Innenminister Jäger: »Die Die Spezialeinsatzkommandos werden durch sie noch beweglicher. Sie können jeden Ort in NRW innerhalb von 30 Minuten erreichen.«

Stationiert ist die NRW-Fliegerstaffel an den Flughäfen Düsseldorf und Dortmund – mit einer 24-Stunden-Bereitschaft an jedem Tag im Jahr. Die Fliegerstaffel NRW fliegt von dort jedes Jahr rund 2.000 Einsätze, vor allem bei der Suche nach Vermissten und bei Fahndungen ist sie gefragt. >

FAKTEN ZUM LEICHTEN TRANSPORT-HUBSCHRAUBER »H 145«

- > Anzahl der Sitze: 2 +8 (Besatzung und Passagiere)
- > Reisegeschwindigkeit: 244 km/h
- > Maximale Flugzeit: rund 3 Stunden
- > Maximale Reichweite: rund 720 km
- > Verbrauch pro Stunde: rund 240 kg/300 l
- > Leergewicht: 2.200 kg
- > Höchstabfluggewicht: 3.700 kg
- > Triebwerke: 2 Turbomeca Arriel 2E
- > Höchstleistung: 2 x 800 kW/1.072 PS
- > Dauerleistung: 2 x 575 kW/771 PS



Dr. Wolfgang Schoder von der Airbus Helicopters Deutschland GmbH betonte: »Das Land NRW ist das zweite Bundesland, das einen wesentlichen Generationswechsel am Himmel vollzieht und nun die leistungsfähigsten und modernsten Hubschrauber der Welt in die Staffel einbindet.« Die polizeiliche Fliegerei stellt den Hersteller immer vor ganz besondere Herausforderungen. Diesen hat sich Airbus gemeinsam mit geballtem Know-how und großem Engagement gestellt, so Schoder. »Die Anforderungen in der Polizeifliegerei waren für uns immer schon eine wichtige Triebfeder für Innovationen und haben den Hubschrauberbau deutlich weitergebracht. Ich wünsche Ihnen alles Gute für die künftigen Einsätze und: many happy landings!« // Simone Bauer

THORSTEN VOSS, PILOT BEI DER POLIZEIFLIEGERSTAFFEL NRW ZUM NEUEN »H 145«:

Der neue Hubschrauber sieht nicht nur eleganter aus, er ist auch mit modernster Technik ausgestattet. Das erleichtert uns nicht nur die Arbeit, sondern macht sie auch sicherer. Der neue Hubschrauber hat etwa eine hohe Triebwerksleistung, was uns besonders in Notfällen zu einer großen Leistungsreserve verhilft. Er verfügt über ein modernes Cockpit mit einem neuen Autopilotensystem, das es uns zum Beispiel ermöglicht, den Hubschrauber automatisch in Schwebeflug zu stellen. Das bedeutet gerade bei den häufigen Einsätzen mit der Wärmebildkamera eine große Arbeiterleichterung und mehr Sicherheit für den Piloten. Die Scheinwerfer verbrauchen weniger Strom; außerdem können wir jetzt ein ruhigeres Scheinwerferbild am Boden erzeugen. Auch stehen uns verschiedene Scheinwerfer-Filter für taktische Szenarien zur Verfügung. So gibt es etwa einen Filter, der es uns ermöglicht, auch unter eine Wasseroberfläche zu leuchten, was die Suche nach ertrinkenden Personen erleichtert. Der Hubschrauber kann länger in der Luft bleiben, denn er verfügt über eine große Kraftstoffreserve bei weniger Verbrauch: Wir können jetzt bis zu drei Stunden in der Luft bleiben – bislang war nur eine Flugzeit von etwa 2 Stunden und 15 Minuten möglich.

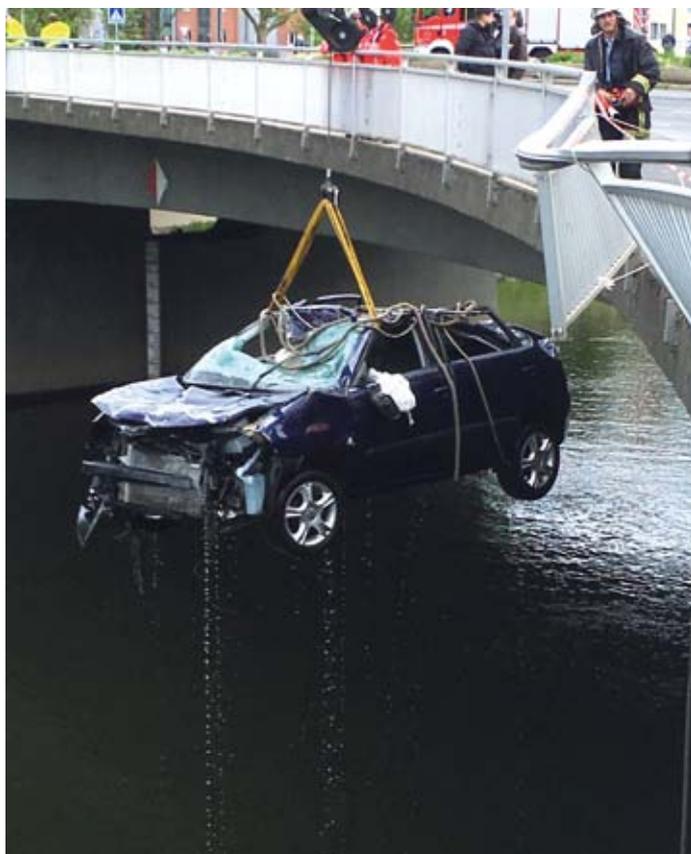


Innenminister Ralf Jäger übergibt den ersten von sechs neuen Hubschraubern an die Polizeifliegerstaffel in Düsseldorf



Inspekteur der Polizei lädt Retter zum Gespräch ein Wasserrettungen der Polizei Essen

Allein drei spektakuläre Fälle von Wasserrettungen gab es diesen Sommer innerhalb weniger Wochen in Essen. Bernd Heinen, der Inspekteur der Polizei, lud die Kolleginnen und Kollegen der Essener Polizei, die an diesen Rettungsaktionen beteiligt waren, zu einem Gespräch ins Ministerium für Inneres und Kommunales (MIK) NRW ein. »Durch Ihr mutiges und selbstloses Eingreifen haben Sie dazu beigetragen, Menschen in Not zu retten. Dafür möchte ich Ihnen danken«, betonte Bernd Heinen.



1 3.500 Besucher tummeln sich bei gutem Wetter auf einem Parkgelände an der Ruhr im Essener Süden – eines der ersten Outdoorkonzerte der Saison heizt dort am Pfingstmontag den Musikfreunden ein. Es ist ein ganz normaler Sondereinsatz für die Beamten der 7. Bereitschaftspolizei-hundertschaft (BPH) und ihre Kollegen aus den Essener Polizeiinspektionen. Aber während auf dem Festivalgelände ausgelassen gefeiert wird, kommt es nur 150 Meter entfernt zu einem schweren Verkehrsunfall: Ein Autofahrer fährt ohne ersichtlichen Grund auf ein vorausfahrendes Auto auf, gerät ins Schlingern, berührt zwei auf einer Verkehrsinsel wartende Fahrradfahrer und kollidiert dann

frontal mit einem Ampelmast. Trotz des Zusammenstoßes mit dem Ampelmast durchbricht das Auto anschließend ein Brückengeländer und stürzt acht Meter tief in die darunter fließende Ruhr. Für die achtzehn Einsatzkräfte der Essener Polizei, die Zeuge des Unfalls werden, ist schnell klar: Hier muss mehr gemacht werden, als nur eine Unfallstelle abzusperren. Die Retter entledigen sich ihrer Einsatzkleidung und steigen in den nur 15 Grad kalten Fluss. Nacheinander tauchen sie zum versunkenen Auto auf den über zwei Meter tiefen Grund der Ruhr. »Die Kälte, die Strömung und die fehlende Sicht waren unsere größten Feinde«, sagt Michael Zimmer von der 7. BPH.

Die Wasserwacht des Deutschen Roten Kreuzes unterstützt die Rettungsaktion von ihrem Boot aus. Mit Technik und Leinen wird das auf dem Dach liegende Fahrzeug gedreht. Durch die zerborstene Fahrerscheibe gelangen die Beamten arbeitsteilig zum verunglückten Fahrer, zerschneiden den angelegten Sicherheitsgurt und befreien ihn schließlich aus dem Fahrzeug. Das am Ruhrufer wartende Notarztteam reanimiert den Verunglückten zunächst erfolgreich.

Mit Unterkühlungen, Prellungen sowie Schürf- und Schnittverletzungen werden zehn Einsatzkräfte von Sanitätern versorgt. Fünf können ihren Dienst nicht mehr fortsetzen, bei zweien müssen Schnittverletzungen im Krankenhaus genäht werden. An diesem Festivaltag war es nur dem beherzten Eingreifen der Retter zu verdanken, dass die Person vor Ort erfolgreich reanimiert werden konnte. Trotz der ärztlichen Bemühungen verstarb der Gerettete jedoch am nächsten Tag im Krankenhaus. >



Inspekteur der Polizei, Bernd Heinen und Jörg Lukat, Referatsleiter 413 mit den Kolleginnen und Kollegen des PP Essen

Mann aus dem Rhein-Herne-Kanal gerettet

Der Rhein-Herne-Kanal, seit 1914 wichtige Wasserstraßenverbindung zwischen der Rheinmündung in Duisburg und dem Dortmund-Ems-Kanal in Dortmund wird ebenfalls zum Schauplatz einer Rettungsaktion durch die Polizei:

Auf der Zweigertbrücke in Essen herrscht reger Berufsverkehr, die Temperaturen sind sommerlich und auch auf dem Kanal fährt das ein oder andere Schiff. Kommissaranwärter Julius Eckert und Tutor Polizeikommissar Thorsten Pohl sind am frühen Morgen des 7. Juli hierher gerufen worden: Ein Anrufer hatte der Polizei von einer leblosen Person im Kanal bei Essen-Karnap berichtet. Tatsächlich entdecken die beiden Polizisten eine augenscheinlich leblose Person in Rückenlage im Wasser. Nur wenige Meter daneben fährt ein großes Schiff vorbei und lässt den Körper im Wellengang abtreiben. Leise Hilferufe und eine Bewegung des Kopfes erregen die Aufmerksamkeit des jungen Kommissaranwärters. Während Thorsten Pohl die Leitstelle und die Feuerwehr alarmiert, lässt sich der angehende Kommissar ins Wasser gleiten. »Als ich die Person zu fassen bekam, zog ich sie in Richtung des Ufers. Erst da bemerkte ich, dass die Spundwand zu hoch war, um herauszukommen,« so der Helfer nach der Rettung. Mit Hilfe seines Kollegen und eines Passanten wurden der Gerettete und sein Retter aus dem Kanal gezogen.

Der stark unterkühlte Gerettete zittert nach der Rettung am ganzen Körper und ist nicht in der Lage, selbstständig zu gehen. Ein Krankenhausarmband am Handgelenk klärt schnell die Herkunft des Geretteten. Offensichtlich vorher aus einem Krankenhaus entwichen, können der Notarzt und die behandelnden Ärzte im Krankenhaus den Patienten nunmehr stabilisieren.

»Zur Bewerbung bei der Polizei und in der Ausbildung haben wir das Deutsche Rettungsschwimmabzeichen erworben und Rettungsübungen im Schwimmbad trainiert. Das hat mich sicherlich gut auf diesen Einsatz vorbereitet«, resümiert Julius Eckert nach dem Einsatz.

Nur dem beherzten Eingreifen der Beamten ist es zu verdanken, dass sich der Gerettete heute auf dem Weg der Besserung befindet. Durch die schnelle Reaktion und Hilfe konnte somit im letzten Augenblick Schlimmeres verhindert werden.

EIGENSICHERUNG GEHT VOR

»Wer im Rhein schwimmen geht, kann gleich auf einer Bundesautobahn joggen« Eigensicherung geht vor – nicht unüberlegt handeln!

Die Wasserschutzpolizei und die am Pflingsteinsatz beteiligte DRK Wasserwacht warnen ausdrücklich davor, Wasserrettungen durch Schwimmen vorzunehmen. »In diesen drei Einsätzen ist alles gut gegangen«, resümieren PHK Meik Betke, Wachleiter der WSP-Wache Essen und Jörg Schulz vom DRK Essen. »Wir möchten jedoch davor warnen, blindlings ins Wasser zu springen und eine solche Rettung unüberlegt zu wagen.« Die größten Gefahren sind dabei vor allem die nicht unmittelbar sichtbaren Strömungen in Gewässern. Dazu zählen Kehrwasser zwischen Buhnen sowie Wirbel an Brückenpfeilern und weiteren Stellen, die Schwimmer unter Wasser ziehen. »Man verliert unter Wasser die Orientierung, schlägt mit dem Kopf gegen Steine oder bauliche Einrichtungen, wird bewusstlos und – worst case – stirbt«, betonen die Experten. So genannte »Sprungschichten« mit plötzlichem Kaltwasser können außerdem zu Krämpfen führen oder beim Anathmen zu einem Stimmritzenkrampf, dem »trockenen Ertrinken«, bei dem man erstickt. Hinzu kommen die private und gewerbliche Schifffahrt auf Gewässern sowie bauliche Einrichtungen und Unrat, um nur einige der Gefahren aufzuführen. »Beim Schwimmen in natürlichen Gewässern kommen diverse unkalkulierbare Gefahren zusammen, die den Einsatz für die Kolleginnen und Kollegen zu absoluter Lebensgefahr werden lassen. Der Rhein ist beispielsweise eine Bundesschiffahrtsstraße – wer darin schwimmen geht, kann gleich auf einer Bundesautobahn joggen. Das macht keiner und so sollte man auch die Gefahren in Rhein, Ruhr und anderen Flüssen sehen,« betonen die Experten.



Kommissaranwärter Julius Eckert

Fotos (2): Gordon Wenzek



Fotos (2): LZPD NRW

Rettung vom Hubschrauber aus

Auch die Besatzung eines Polizeihubschraubers ist an einer Rettung aus dem Wasser beteiligt: Am 20. Juli holt sie einen 19-Jährigen aus der Ruhr in Essen-Werden.

Unweit des Unglücks vom Pfingstmontag schwimmt der junge Mann gemeinsam mit Freunden im Fluss. Als er sich der Mitte der Ruhr nähert, gibt er ein Hilfezeichen und verschwindet unter der Wasseroberfläche. Die alarmierte Polizei setzt zur Rettung einen Hubschrauber ein. Nach kurzer Zeit sieht die Besatzung den jungen Mann leblos etwa einen Meter unter der Wasseroberfläche treiben. Da sich die Rettungskräfte am Boden in einiger Entfernung vom Fundort befinden, entscheidet sich die Hubschrauberbesatzung, die Rettung selbständig einzuleiten. Die Wasserrettung von Personen wird von den Hubschrauberbesatzungen der Polizeifliegerstaffel regelmäßig trainiert. Der so genannte »Operator«, neben Pilot und Copilot das dritte Besatzungsmitglied eines Polizeihubschraubers, lässt sich durch den Piloten nah genug an den Ertrinkenden heranfliegen. Er steigt auf die Kufe des Hubschraubers, um den 19-Jährigen zu bergen. Da der junge Mann sich jedoch nach wie vor unter der Wasseroberfläche befindet, gelingt es dem Polizisten nicht, ihn zur Kufe des Hubschraubers zu ziehen. Der 40-jährige Beamte entschließt sich daraufhin zur konventionellen Rettung, springt ins Wasser und bringt den 19-jährigen schwimmend an Land. Der junge Mann muss dort von einem Notarzt reanimiert werden und wird anschließend mit einem Rettungswagen in ein Krankenhaus gebracht. Nur durch das mutige Eingreifen der Hubschrauberbesatzung konnte der Verunglückte schnell an Land gebracht und reanimiert werden. Trotz der ärztlichen Bemühungen stirbt der junge Mann kurze Zeit später im Krankenhaus. **/// Gordon Wenzek, Redaktion Streife**

EMPFEHLUNG DER EXPERTEN DER WASSERSCHUTZPOLIZEI UND DRK WASSERWACHT ZUR WASSERRETTUNG

- > Tief durchatmen, Überblick verschaffen, Schwimmer/ Rettling im Auge behalten
- > Feuerwehr und Wasserrettung nachfordern
- > wenn möglich, Rettung vom Ufer aus: zuwerfen von Rettungsring/-ball, bestenfalls mit Leine, aber auch eines Fußballs oder sonstigen schwimmfähigen Gegenständen
- > wenn dies nicht gelingt: prüfen, ob eine Rettung vom Boot aus möglich ist. An Seen und kleineren Flüssen gibt es Tretbootverleihe, Ruder- und Kanuklubs sowie Angelvereine mit teils motorisierten Booten, aber auch private Bootseigner, die unterstützen können
- > Bootsführer sind mit dem »Mann über Bord Manöver« vertraut und können gefahrenminimierend helfen.
- > nur im äußersten Notfall eine Rettung durch Schwimmen wagen. Hier sollte der Wasserretter durch eine Leine gesichert sein, damit er im Notfall zurückgeholt werden kann.

SEK-Vergleichsübung »Ruhrpott 2016«

Zehn Teams aus drei Nationen trainierten im Ruhrgebiet

Vom 5. bis 8. September stellten zehn Spezialeinsatzkommandos aus Deutschland, den Niederlanden und der Schweiz im Ruhrgebiet ihre körperliche Fitness, ihre Geschicklichkeit sowie ihr taktisches Können unter Beweis. An insgesamt zwölf Übungsstationen, die die fünfköpfigen Teams unter anderem nach Duisburg, Essen, Mülheim an der Ruhr, Dorsten, Bottrop und Wülfrath führten, ging es darum zu klären: Welches ist das beste Team? Die internationale Übung findet alle zwei Jahre in NRW statt. In diesem Jahr wurde die Veranstaltung von den Spezialeinheiten am Standort Essen organisiert und durchgeführt – ein Jahr lang dauerte allein die Vorbereitung. Die »Streife« begleitete die Teams an einem Tag beim Kampf um den »Ruhrpott 2016«.



Wie viel Arbeit allein in den Vorbereitungen steckt, merkt man, wenn man sich die komplexen Übungen anschaut, die die Teams nacheinander an den verschiedenen Stationen bewältigen müssen – und die bis zum Schluss geheim sind. »Wir haben Aufgaben gewählt, die sich von den Anforderungen her alle auf die Einsatzebene übertragen lassen. Hier kommt es darauf an, eng im Team zusammenzuarbeiten, unter Stress und Druck zu funktionieren und sich auch unter extremer körperlicher Belastung noch voll zu konzentrieren und sich wichtige Sachverhalte zu merken«, erklärt Kriminaloberrat Christian Draeger, Gruppenleiter SEK/VG der Spezialeinheiten des PP Essen. Strenge Regeln sorgen dafür, dass die Übungen fair sind und vergleichbar ablaufen: Für jede Übung haben die Teams in der Regel 45 Minuten Zeit – schaffen sie das Geforderte nicht in diesem Zeitraum, wird die Übung abgebrochen. Wird sich nicht an die festgelegten Rahmenbedingungen gehalten, gibt es Strafminuten. Durch das Lösen von Zusatzaufgaben können aber auch Zeitgutschriften erarbeitet werden. Auch bei der Auswahl der Übungsorte hat man sich viel Mühe gegeben. Die Spezialeinheiten des PP Essen wollten ihren Gästen den speziellen Charakter des Ruhrgebiets näherbringen. Viele Übungen fanden deshalb an das Ruhrgebiet prägenden Örtlichkeiten statt, wie etwa im Landschaftspark Duisburg Nord, am Tetraeder in Bottrop oder in der Zeche Zollverein in Essen. Aber auch die Feuerwache Mülheim an der Ruhr und eine Essener U-Bahnstation gehörten zu den ausgewählten Übungsplätzen.

»Die Schlacht vom Hürfeld« – auf der Halde

Die Übung findet auf der Halde Hürfeld in Dorsten statt. Für die Bevölkerung ist der Zutritt dort normalerweise verboten, denn dort wird immer noch so genanntes »taubes Gestein« aus dem Bergbau abgeschüttet. Ein riesiger schwarzgrauer Krater bildet die Hauptkulisse für die nächste Übung namens »Die Schlacht vom Hürfeld«. Diesmal geht es darum, ein Opfer aus der Hand von Kämpfern einer Terrorzelle zu befreien. Dazu geht es erst einmal in voller Ausrüstung in einen kleinen Tümpel, denn das Team muss zunächst herausfinden, wie die Terroristen aussehen, um im Anschluss auch auf die richtigen Ziele schießen zu können. Auf dem Rücken schwimmend müssen sich die Teammitglieder im Wasser zunächst das Aussehen der Zielpersonen merken, von denen Abbildungen unter einem Steg befestigt sind. Zurück an Land muss anschließend auf das richtige Ziel geschossen werden. Die Schwierigkeit: Die meisten der aufgebauten Ziele sind falsch und unterscheiden sich nur minimal von den richtigen fünf Abbildungen unter dem Steg.



Fotos (3) : Jochen Tack

Auf einer Trage muss das evakuierte und verletzte Opfer nun insgesamt 3,5 km die Halde hoch- und wieder hinuntergetragen werden. Unten warten in vier Distanzen weitere »Terroristen« auf das Team, die mithilfe von Langwaffen bekämpft werden müssen. Weiter geht es anschließend mit dem verletzten Opfer auf der Trage in Richtung Ziel, wo zunächst ein Schloss mit einem Zahlencode geöffnet werden muss. Der Code setzt sich dabei aus den getroffenen Zielen vom Anfang der Übung zusammen – jede Zielscheibe war dazu mit einer Nummer versehen. »Die Schwierigkeit bei dieser Übung liegt vor allem in der schweren körperlichen Anstrengung in Verbindung mit dem direkt anschließenden Schießen. Hier kommt es darauf an, ruhig zu bleiben und trotz der hohen Belastung das Ziel zu treffen«, so der Stationsverantwortliche. >

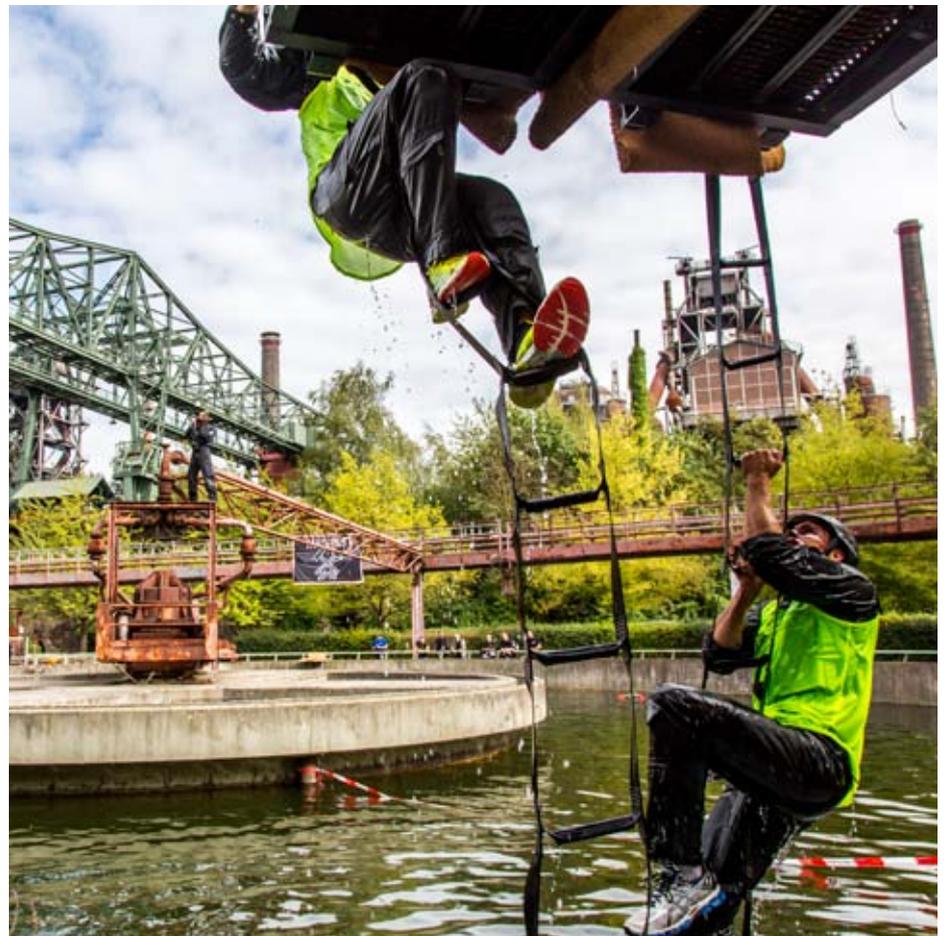
»Helden im Zeitenwandel«



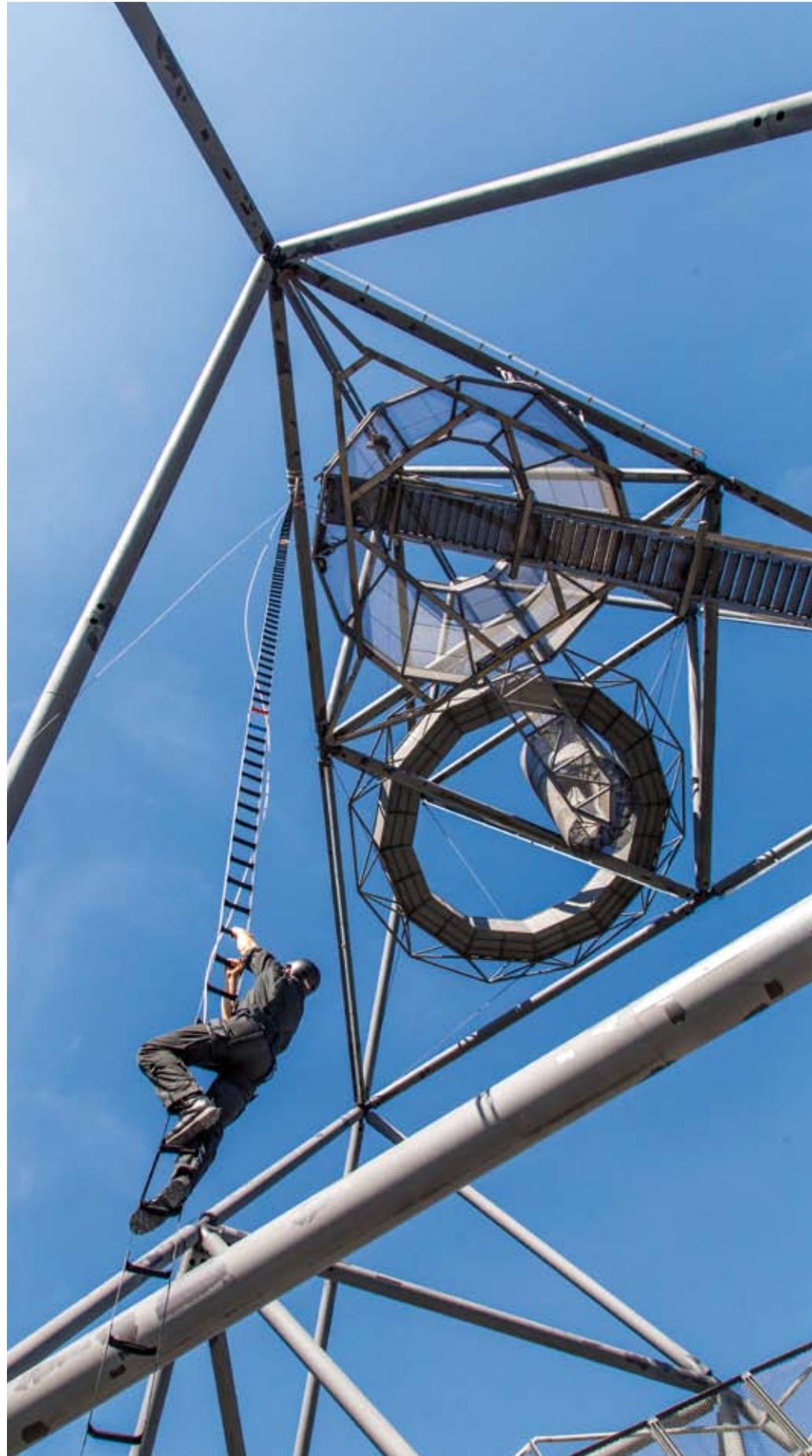
Fotos (4) : Jochen Tack

– Ruhrpott-Geschichte

Zur nächsten Station geht es in den Landschaftspark Nord nach Duisburg. Bei der Übung »Helden im Zeitenwandel« kommt es dabei vor allem auf Kraft, Geschicklichkeit und Teamwork an. Das Team liest zu Anfang eine kurze Zusammenfassung zur Entstehung des Landschaftsparks, der rund um ein stillgelegtes Hüttenwerk entstanden ist. Die Aufgabe: Ein vorgegebenes Gebilde nachzubauen. Das Baumaterial, das dazu benötigt wird, muss im Laufe der Übung zunächst erarbeitet werden. An verschiedenen Kletterrouten sind zehn Seile aufgehängt, aber nur an fünf Seilen hängen am Ende Beutel mit Baumaterial. Die fünf richtigen Seile können ermittelt werden, indem das Team Rechenaufgaben löst. Oben auf einer kleinen Brücke liegt weiteres Baumaterial, das einzeln und in bestimmter farblicher Reihenfolge heruntergebracht werden muss. Gleichzeitig müssen Fragen wie »Wann wurde das Hüttenwerk stillgelegt?« oder »Wo wurden das Eisenerz und Koks zwischengelagert?« beantwortet werden, deren Antworten sich aus dem anfangs



gelesenen Text zum Landschaftspark ergeben. Nachdem das Team einen Bereich zwischen zwei Wänden mithilfe von aufgehängten Europaletten überklettert hat, geht es auf Fahrrädern weiter: Auf dem Radparcours darf der Boden jedoch nicht mit den Füßen berührt werden – wer sich nicht daran hält, muss zur Strafe Liegestütze absolvieren. Zum krönenden Abschluss geht es dann an das Zusammenbauen: Ein Teammitglied beschreibt dabei über Funk das fertige Gebilde, während die anderen vier es anhand seiner Beschreibung zusammenbauen müssen. »Das klingt leicht, ist aber gar nicht so einfach, wenn man nur eine mündliche Beschreibung hat und nicht weiß, was am Ende herauskommen soll«, erklärt der Stationsverantwortliche. >





»Down Under« – unter der Erde

Die letzte Übung an diesem Tag findet in einem Tunnel-Endstück der U-Bahnlinie U11 in Essen statt. In fast völliger Dunkelheit müssen im Team unter hoher körperlicher Belastung und Konzentration verschiedene Aufgaben bewältigt werden. Zuerst steigt das Team in eine Lore und zieht sich an einem Seil vorwärts. Gleichzeitig müssen dabei acht Ziele beschossen werden – für jedes getroffene Ziel gibt es einen Lichtpunkt für bessere Sichtbarkeit. An der nächsten Station angekommen, muss das Team 50 kg schwere Säcke abtransportieren und auf die »Fähre ins Glück« verladen – der Boden darf dabei

nicht berührt werden. Die Anzahl der zu schleppenden Säcke hängt dabei von der Geschicklichkeit jedes einzelnen Teammitglieds ab, denn jeder muss sich am »heißen Draht« beweisen. Dazu muss ein Ring um einen gebogenen Draht geführt werden, ohne ihn dabei zu berühren. Geschieht dies trotzdem, wird ein Alarm ausgelöst und es muss ein weiterer Sack geschleppt werden. Nach mindestens 40 Säcken oder aber zehn vollendeten Runden am heißen Draht, muss noch die Fähre ins Ziel geschoben werden. Über die »Treppe der Erschöpfung« geht es anschließend wieder ins Freie. Nachdem das Team sich durch Klettern einen weiteren Zahlencode erarbeitet hat, wird zum Abschluss der Übung ein Irritationskörper ausgelöst.

Am Ende der vier anstrengenden Tage steht dann auch das Sieger-Team fest: Der »Ruhrpott 2016« geht an das Team aus Südbayern. Platz 2 belegt das Team aus Bielefeld und Platz 3 geht an das Team aus Münster. Die nächste SEK-Vergleichsübung wird im Jahr 2018 vom Standort Köln organisiert. */// Simone Bauer*

DIE TEILNEHMENDEN TEAMS:

- > SEK Bielefeld
- > SEK Dortmund
- > SEK Düsseldorf
- > SEK Köln
- > SEK Münster
- > SEK Südbayern
- > SEK Mecklenburg-Vorpommern
- > BSB (Niederlande)
- > DSI (Niederlande)
- > Skorpion (Schweiz)



Fotos (3) : Jochen Tack

LOGISTIK UND UNTERSTÜTZUNG

Die Organisation und Durchführung der SEK-Vergleichsübung im Rahmen einer BAO konnte nur mit großem logistischen Aufwand und der engagierten Unterstützung vieler Beteiligten gelingen. Dazu gehören unter anderem die 7. Bereitschaftspolizei hundertschaft und die Direktion ZA des PP Essen, die 1. TEE des PP Bochum, der Johanner Stadtverband (Verpflegung und medizinische Erstversorgung), die Betreuung durch eine Ärztin und Physiotherapeutin sowie die Verantwortlichen der beteiligten Locations wie die Zeche Zollverein, die Essener Verkehrs AG, der Landschaftspark Duisburg Nord oder die Feuerwehr Mülheim, die bei der Vorbereitung große Kooperationsbereitschaft gezeigt haben.

Vielfältig und bürgernah! Die Polizei NRW beim Bürgerfest zum 70sten Geburtstag von NRW

Gleich zweimal sind Polizei und Innenministerium bei den NRW-Geburtstagsfeierlichkeiten in der Landeshauptstadt vertreten: Die Stände des Ministeriums für Inneres und Kommunales (MIK) liegen direkt unter der Düsseldorfer Rheinkniebrücke. Hier kommt an diesem Wochenende im August jeder einmal durch. Entsprechend groß ist die Resonanz. Infostände und Shows der Polizei bilden dagegen das Herz der »Blaulichtmeile« auf der anderen Rheinseite, dem Niederkasseler Ufer.

NRW feiert seine Geburtsparty an einem sehr heißen Wochenende. Der Vorteil: Wer sich in der Hitze wohlfühlt und sich neugierig in die Düsseldorfer Innenstadt begibt, kann viel erleben und erfahren. Etwa an den Ständen des MIK unter der Brücke. So zeigt Wolfgang Wolf von der Kampfmittelbeseitigung der Bezirksregierung Düsseldorf, wie er und seine Kollegen Bomben aus dem zweiten Weltkrieg per Fernsteuerung entschärfen, ohne sich selbst dabei in Gefahr zu bringen. Wer wissen will, wie eine Raketenklemme funktioniert, bei der die Treibladungshülsen elektrisch gezündet werden und das Gerät um die Zündvorrichtung herum rolliert, kann sich das hier fachkundig und engagiert erläutern lassen.

Die Bezirksregierung Köln lockt die Passanten mit der satellitengestützten Vermessung der eigenen Körpergröße. Damit präsentiert sie sehr anschaulich die Leistungsfähigkeit der Abteilung »Geodatendienste«.

Ebenfalls sehr gut kommt die Reaktionswand des Betrieblichen Gesundheitsmanagements bei Kindern und Jugendlichen an: Je zwei Personen müssen an der Wand aufleuchtende Platten so schnell wie möglich mit einem Druck der flachen Hand wieder abschalten. Dem Gewinner des jeweiligen Duells winken Giveaways. >





Foto: Jochen Tack



Ein Power-Smart als Blickfang

Die Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung (FHöV) hat einen getunten Power-Smart, den »Brabus«, im Polizei-Look aufgestellt, der die Neugier vieler Passanten weckt. Er ist ein reines Showfahrzeug und gehört zu einer Kampagne des Landesamts für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP) NRW. Dabei geht es um das regelgerechte Tunen von Fahrzeugen. Die Hochschule arbeitet hier mit dem »Verband der Automobil Tuner« (VDAT) zusammen. Viele Fahrzeughalter wissen zum Beispiel nicht, dass Tuning-Elemente im Fahrzeugschein eingetragen werden müssen, da sonst die Betriebserlaubnis erlischt und der Halter im Schadensfall den Versicherungsschutz verliert. Viele Besucher lassen sich an diesem Wochenende informieren und füllen Karten für ein Gewinnspiel rund um das Tunen von Fahrzeugen aus.



Am zentralen Stand des MIK präsentiert sich die Polizei NRW gemeinsam mit dem Landesverfassungsschutz, der sein Jugendpräventionsprojekt »Andi« vorstellt, bei dem die Themen Rechts- und Linksextremismus sowie Islamismus zielgruppengerecht aufbereitet werden.

Das MIK unterstützt gemeinsam mit dem Verband der Feuerwehren (vdf) in NRW auch die Nachwuchswerbung für die freiwilligen Feuerwehren im Land. Das Projekt »Feuerwehrensache« verteilt nicht nur Giveaways wie kleine gelbe Bade-Entchen im Feuerwehr-Look, sondern informiert viele Besucher über die Attraktivität, Vielfalt und Bedeutung der Arbeit der freiwilligen Feuerwehren in NRW.

Nachwuchs für die Verwaltungslaufbahn im eigenen Haus sucht die Polizei NRW auch gezielt an ihrem Stand. Wer schon im Jurastudium die richtigen Weichen stellt, auf den warten im MIK bei der Polizei NRW möglicherweise spannende Aufgaben, für die man keine Uniform anziehen und keine formale Polizeiausbildung absolvieren muss.



Fotos (5): Jochen Tack



Foto: Ralf Lueger



Eine beeindruckende Blaulichtmeile

Wer trotz der Temperaturen jenseits der 30 Grad bei einem wolkenlosen Himmel den Weg über die Rheinkniebrücke aufs Niederkasseler Ufer wagt, wird an diesem Festwochenende reich belohnt. Auf dem weitläufigen Ufergelände, das sonst auch gern für große Kirmesveranstaltungen genutzt wird, zeigen THW, Feuerwehr, Hilfsorganisationen, Bundeswehr und mitendrin die Polizei NRW, welche Vielfalt an Tätigkeiten und Berufen rund ums Schützen und Retten es bei diesen Institutionen gibt. Die Polizei präsentiert sich dabei von ihrer besten Seite. Große Aufmerksamkeit sichert sie sich beispielsweise mit den Shows der Hundestaffeln. Die Hunde müssen einen Hindernisparcours bewältigen und zeigen, dass sie im Einsatz einen Gewalttäter außer Gefecht setzen können. Moderiert vom Radio-Profi Manfred Breuckmann kommen diese mehrfach wiederholten Shows sehr gut an. Aber auch kleine Szenen berühren: An einem Tischfußballgerät spielen einige etwa acht- oder zehnjährige Jungen begeistert mit einigen jungen Polizeibeamten. Solche Erlebnisse lösen beim Nachwuchs hoffentlich den Wunsch aus, später auch selbst einmal Polizist zu werden. Die Größeren können am Stand der Personalwerbekampagne »Genau mein Fall« diesen Berufswunsch dann schon in eine konkretere Richtung lenken. >



Fotos (3) : Ralf Lueger

Ein Mix aus Information und Unterhaltung

Viele Spezialabteilungen der Polizei sind mit eigenen Ständen vertreten, darunter das Cybercrime-Kompetenzzentrum und der Gesichtserkennungsdienst, der den Besuchern erläutert, wie man im Polizeialltag zusammen mit Tatzeugen Phantombilder erstellt. Das Verkehrsunfallaufnahmeteam präsentiert seine Arbeit und man erfährt auch, wie die grenzübergreifende Zusammenarbeit mit den Polizei-Kollegen in Belgien und den Niederlanden in der sogenannten »Euregio« funktioniert.

Sehr informativ und wichtig ist der Stand, an dem erläutert wird, wie ein korrekter Dienstausweis bei der Polizei NRW aussieht. Gerade zurzeit geben sich viele Kriminelle als Polizisten aus und verschaffen sich mit einem gefälschten Ausweis Einlass bei Bürgerinnen und Bürgern.

Aber auch Unterhaltsames kommt auf der »Blaulichtmeile« nicht zu kurz. Ein großer Wasserwerfer ist ein Blickfang für viele Besucher. Daneben sind Einsatzfahrzeuge aus verschiedenen Epochen der Polizeigeschichte in NRW zu bestaunen. Man kann einen Blick in eine unauffällige



schwarze Limousine werfen, die auf der Autobahn Temposünder mit 300 PS unter der Motorhaube verfolgt und sie auch dabei filmt. Das Video bekommen die Verkehrsrowdys dann direkt im Fahrzeug zu sehen, nachdem die Einsatzkräfte sie gestellt haben.

Auch die neuen 3er-BMWs für den Einsatz in der Stadt und auf dem Land sowie die 5er-BMWs für den Einsatz auf der Autobahn sind zu sehen. Eine Ausstellung historischer Uniformen erinnert daran, dass die Polizeiuniform früher der militärischen Uniform noch viel ähnlicher sah als das heute der Fall ist. Wer will, kann die neuen Sicherheitsschutzwesten der Polizei NRW einmal selbst anlegen oder ein Foto auf einem Polizeimotorrad zum Mitnehmen machen lassen. Stark umlagert ist auch der Stand der »Krimi-Cops« – das sind Beamte, die in ihrer Freizeit Kriminalromane schreiben. Kinder können sich an einer Wissens-Rallye beteiligen. Wer alle Fragen richtig beantwortet hat, bekommt einen gelben Rucksack voller Polizei-Giveaways als Belohnung. Und bei der Polizeipuppenbühne Düsseldorf können sich Kinder in den »Club der Ampelindianer« aufnehmen lassen. >





Koordination im Rathaus

Während draußen das Bürgerfest läuft, befindet sich Hauptkommissar Tobias Schumacher in einem Büroraum im Düsseldorfer Rathaus. Durch den ganzen Flur laufen viele extra gelegte Kabel. An einem langen Tisch sitzt je ein Vertreter aller Sicherheitskräfte. Sie stehen für das Krisenmanagement bereit. Ordnungsamt, Feuerwehr und Polizei arbeiten eng zusammen. Tobias Schumacher ist in diesem Team der Verbindungsbeamte der Polizei Düsseldorf. Im Vorfeld wurde ein umfangreiches Sicherheitskonzept erarbeitet, in das auch private Sicherheitsdienste einbezogen wurden. In Düsseldorf kommt eine solche Verbindungsgruppe normalerweise nur bei drei Großveranstaltungen zusammen: zu Karneval, bei der Rheinkirmes und am Japantag. Zum Glück bleibt an diesem Wochenende alles ruhig. Die Koordinierungsgruppe muss sich nur um kleine Vorkommnisse kümmern: So meldet der private Ordnungsdienst

am Samstagvormittag eine Schlägerei, zu deren Schlichtung über die Verbindungsgruppe Einsatzkräfte aus der lokalen Innenstadtpolizei angefordert werden. Auf der Rheinwiese in Niederkassel wird ein Mann beobachtet, der auffallend viele Fotos von kleinen Mädchen schießt. Der Sache wird nachgegangen. Über die Koordinierungsgruppe erfolgt auch die Feinabstimmung, wenn sich der geplante Auftritt prominenter Landespolitiker, die Polizeischutz benötigen, verschiebt. Und natürlich muss man auch immer das Wetter im Blick behalten. Sollte ein Wärmegewitter aufziehen, würde die Koordinierungsgruppe über Konsequenzen entscheiden. Zum Glück hält die Sonne bis zum Sonntagabend durch.

Die WSP 1 und WSP 2 beim Schiffskonvoi

Die Wasserschutzpolizei präsentiert sich etwas abseits vom übrigen Fest an ihrem Standort am Alten Yachthafen in Düsseldorf. Hier ist das Boot WSP 2 stationiert. In Duisburg liegt das Schwesterschiff WSP 1, das für das Bürgerfest nach Düsseldorf gekommen ist, erläutert Polizeioberkommissar Guido Scholz. Auch ein Boot des Zolls aus Hamburg ist extra zum NRW-Jubiläum gekommen. Auf der Blaulichtmeile werden zweimal fünf Tickets für eine Tour auf dem Rhein mit einem der beiden Polizeiboote verlost. An dem beeindruckenden Schiffskonvoi, der am Sonntag um 14 Uhr startet, sind insgesamt etwa 20 Boote von THW, DRK Wasserwacht, Zoll und Bundeswehr beteiligt. Auch die beiden Polizeiboote nehmen an dieser Fahrt vor dem Düsseldorfer Altstadtufer teil.

Vielfalt und Bürgernähe

Das Bürgerfest zum 70sten Geburtstag von NRW war eine große Chance für die Polizei NRW, sich bürgernah und leistungsstark zu präsentieren. Sie wurde gut genutzt. Der eigentliche Trumpf dieses Wochenendes lag nicht in der Präsentation von Material und Ausrüstung: Viele Polizistinnen und Polizisten aus NRW haben ihre Stärke in der Kommunikation mit den Besuchern des Bürgerfestes unter Beweis gestellt. Ihnen begegneten keine neutralen Uniformträger, sondern Menschen mit besonderer Ausbildung und speziellen Fähigkeiten, die mit viel Engagement die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in NRW gewährleisten.

/// Walter Liedtke

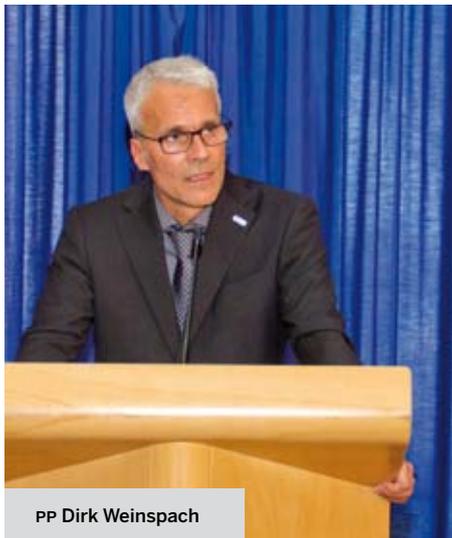


Foto: Ralf Lueger



Fotos (2): Jochen Taack

Würdige Gedenkfeier Polizei NRW erinnert an im Dienst getötete Kolleginnen und Kollegen



PP Dirk Weinspach



idP Bernd Heinen

An der Gedenkstelle »Wächter« auf dem Gelände des Landesamts für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei Nordrhein-Westfalen (LAFP) in Selm-Bork gedachten Mitte September die Teilnehmenden der Führungstagung gemeinsam mit Angehörigen der im Dienst getöteten Polizistinnen und Polizisten, Kolleginnen und Kollegen, Polizeiseelsorgern und vielen Pensionären der im Dienst getöteten Polizistinnen und Polizisten.

Aufgrund der aktuellen Sicherheitslage und der alltäglichen Gewalterfahrungen im Einsatz ist die Gefahr für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte verletzt zu werden größer denn je. Deshalb stand die diesjährige vom Polizeipräsidium Aachen ausgerichtete Gedenkfeier unter dem Leitgedanken: Es kann jeden treffen!

Der Aachener Polizeipräsident Dirk Weinspach zeigte sich besorgt über die Gewalterfahrungen seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im täglichen Dienst. »Insbesondere dem fehlenden Respekt und der mangelnden Akzeptanz bei der

Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben muss gesamtgesellschaftlich entgegenwirken werden«, mahnte Weinspach.

Stellvertretend für die vielen im Dienst verletzten Kolleginnen und Kollegen ging der Polizeipräsident in seiner Eröffnungsrede auf zwei aktuelle Beispiele ein, bei denen ein Kollege durch einen Messerangriff lebensgefährlich verletzt wurde und eine Kollegin nur durch einen gezielten Schuss eine Machetenattacke abwehren konnte. Er nannte die Namen von vier in Aachen getöteten Kollegen, stellvertretend für alle im Dienst verstorbenen Polizistinnen und Polizisten. Auch an die Kolleginnen und Kollegen, die während des Dienstes durch Krankheit, Unfall oder auf andere Art und Weise ihr Leben verloren haben, wurde gedacht. »Wir müssen in diesen schwierigen Zeiten alles dafür tun, dass jeder gesund und wohlbehalten aus den Einsätzen zurückkehrt«, so Weinspach.

Rückhalt und Hilfe für Angehörige

Bernd Heinen, Inspekteur der Polizei NRW, ging intensiv auf das Leitmotiv des Wächters »Den Lebenden zum Schutz und den Toten zum Gedenken« ein. »Leider kann das Schreckliche, das Unvorhergesehene – wie in allen Fällen in der Vergangenheit – eintreten und reißt eine Lücke. Plötzlich fehlt ein Mensch in unserer Mitte, der durch nichts zu ersetzen ist«, unterstrich Heinen.

Er dankte den Kolleginnen und Kollegen, die häufig für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes mehr tun als ihre Pflicht. Zudem schloss er in seinen ausdrücklichen Dank auch die Familien und Freunde ein, die Rückhalt und Hilfe sind.

Polizeiseelsorger Manfred Kappertz veranschaulichte mit den Zahlen aus dem Lagebild »Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte in NRW 2015«, wie oft die Kolleginnen und Kollegen Opfer von Gewalt sind. »Die Namen und das Andenken der im Dienst getöteten Polizeibeamten darf nicht vergessen werden und wir müssen uns solidarisch mit ihnen erklären«, betonte Kappertz.

Stilles Gedenken für Verstorbene

Die Anwesenden gingen schweigend zu der vom Künstler Anatol gestalteten »Wächter«-Figur. Dort wurde für jede im Dienst getötete Polizeibeamtin und für jeden im Dienst getöteten Polizeibeamten eine Baumscheibe mit dem Namen des Verstorbenen respektvoll abgelegt – im Gedenken an die Opfer und als sichtbares Zeichen der Dankbarkeit für ihren Einsatz. Peter Dinninghoff berührte die Anwesenden mit persönlichen Erinnerungen an seinen Kollegen Werner Fröhlich, der 1975 im Dienst erschossen wurde und in seinen Armen starb.

Genesungswünsche an die Verletzten

Stellvertretend für die vielen im Dienst verletzten Kolleginnen und Kollegen wurde ein Brief von Philipp Ternes vorgelesen. Er wurde im April von einem PKW-Dieb ungebremst auf die Motorhaube aufgeladen und konnte sich erst nach 18 Metern vom immer schneller werdenden Wagen abrollen. Glücklicherweise erlitt er nur Schürfwunden.

Danach wurden am Wächter Sonnenblumen abgelegt. Sie stehen symbolisch für alle im Dienst verletzten Mitarbeiter. Hoffentlich genesen diese rasch von ihren körperlichen und seelischen Verletzungen.

Für den musikalisch passenden Rahmen sorgte das Landespolizeiorchester zusammen mit Kriminalhauptkommissar (KHK) Olli Schmitt, der »Imagine« von John Lennon sang und Kommissaranwärter (KA) Tim Schroif, der am Klavier »River flows in you« von Yiruma spielte. Vielen Dank an dieser Stelle für die gefühlvoll vorgetragenen Musikstücke.

Besonderer Dank gebührt Polizeiseelsorgerin Claudia Heinemann und Polizeiseelsorger Manfred Kappertz, die zusammen mit dem Polizeipräsidium Aachen die Gedenkfeier mit viel Engagement und Herzblut vorbereiteten und dem Gedenken einen würdigen Rahmen gaben. Ganz herzlich danken wir auch dem LAFP NRW für die organisatorische Unterstützung und Hilfe.

/// Iris Wüster, PP Aachen



Marsch zum Wächter (Bernd Heinen und Wolfgang Düren)



DIE REDEN ZUR VERANSTALTUNG UND WEITERE INFOS FINDEN SIE IM INTRANET DER POLIZEI NRW

<http://intrapol.polizei.nrw.de/Behoerden/Aachen/Seiten/Gedenkveranstaltung.aspx>

Monatliche Zahlen zur Kriminalitätsentwicklung Polizei NRW sorgt mit »Sicherheit im Fokus« für mehr Transparenz

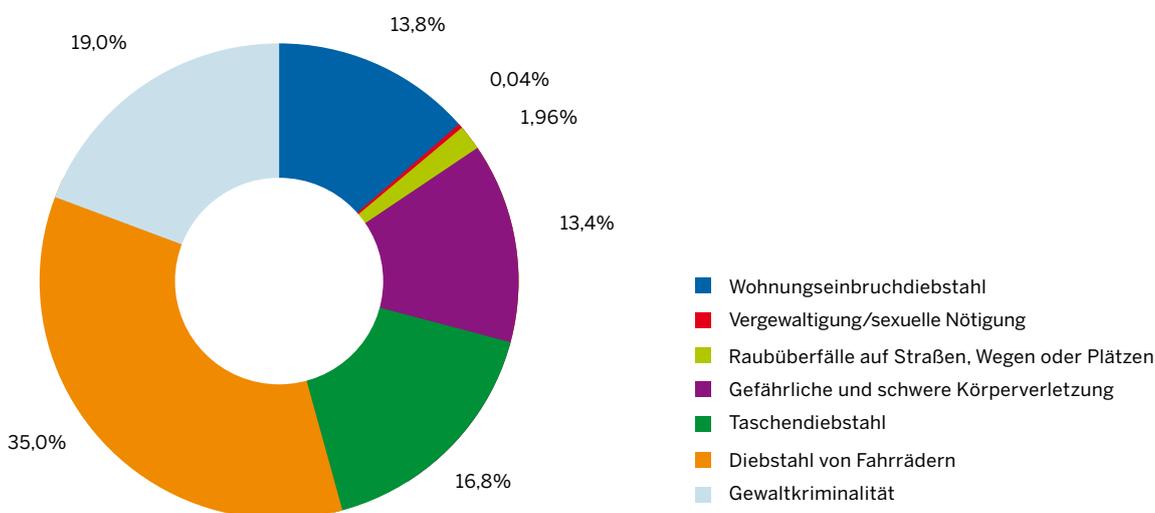
Wie kann man dem verstärkten Informationsbedürfnis der Bevölkerung gerecht werden? Um die Bürgerinnen und Bürger aktuell und transparent über die Kriminalitäts- und Verkehrsunfallentwicklung zu informieren, stellte NRW-Innenminister Ralf Jäger ein neues Projekt vor: »Sicherheit im Fokus«.

Alle Bezirke der 47 NRW-Kreispolizeibehörden sowie das Land NRW veröffentlichen seit dem 1. September 2016 monatliche Kriminalitätszahlen auf ihren Internetseiten. Sie bestehen aus ausgewählten Daten der Deliktbereiche, die das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung betreffen und somit ein besonderes Interesse erfahren. Darunter fallen Einbruchdelikte, Delikte der Straßenkriminalität und Gewaltkriminalität. Die Daten der Einbruchdelikte werden nochmals unter Wohnungseinbruchdiebstahl und Tageswohnungseinbruchdiebstahl unterteilt. Zu den Delikten der Straßenkriminalität zählen: Vergewaltigung/sexuelle Nötigung, Raubüberfälle auf Straßen, Wegen oder Plätzen, Gefährliche und Schwere Körperverletzung auf Straßen, Wegen oder Plätzen sowie Taschendiebstahl und Diebstahl von Fahrrädern. »Mithilfe von »Sicherheit im Fokus« können die Menschen sich mit ein paar Klicks selbst einen Überblick über die Fallzahlen in besonders wichtigen Kriminalitätsfeldern verschaffen«, erklärte der Minister.



Die Zahlen ergeben sich aus den von der Polizei ermittelten und an die Staatsanwaltschaft abgegebenen Fällen. Vergleichsdaten des vorangehenden Kalendermonats und des vorangehenden Jahres sowie die Zahlen von vor jeweils fünf und zehn Jahren veranschaulichen die Entwicklung der Daten. Auch die Verkehrsunfallentwicklung wird, so wie die Kriminalitätszahlen, bald monatlich veröffentlicht und vervollständigt somit das Projekt »Sicherheit im Fokus«.

Ausgewählte Deliktbereiche der Gesamtkriminalität in NRW im Juli 2016

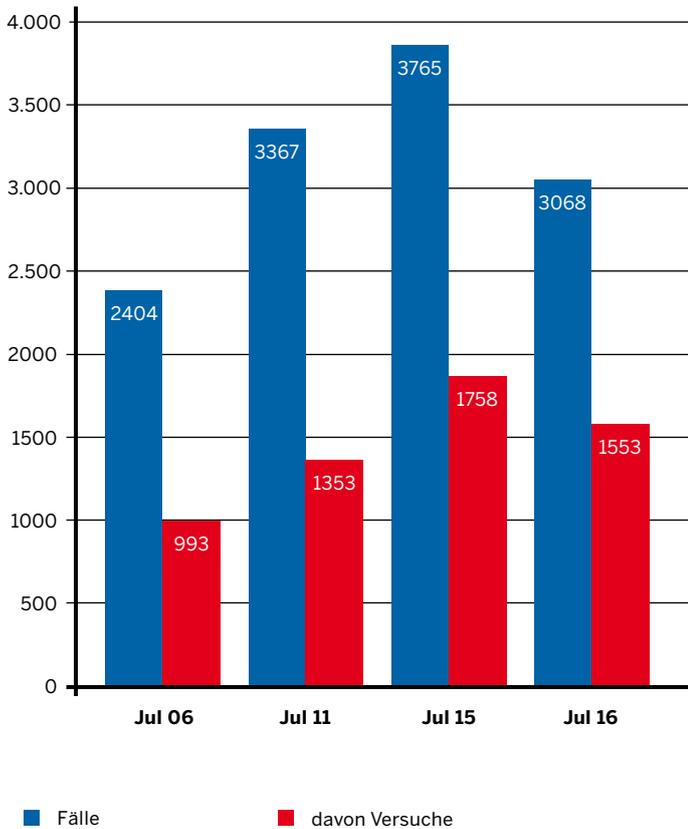


Quelle: Sicherheit im Fokus NRW Juli 2016

Wohnungseinbruch

Fallzahlen und Versuche Wohnungseinbruchdiebstahl

In den Jahren 2006, 2011, 2015 und 2016



Quelle: Sicherheit im Fokus NRW Juli 2016

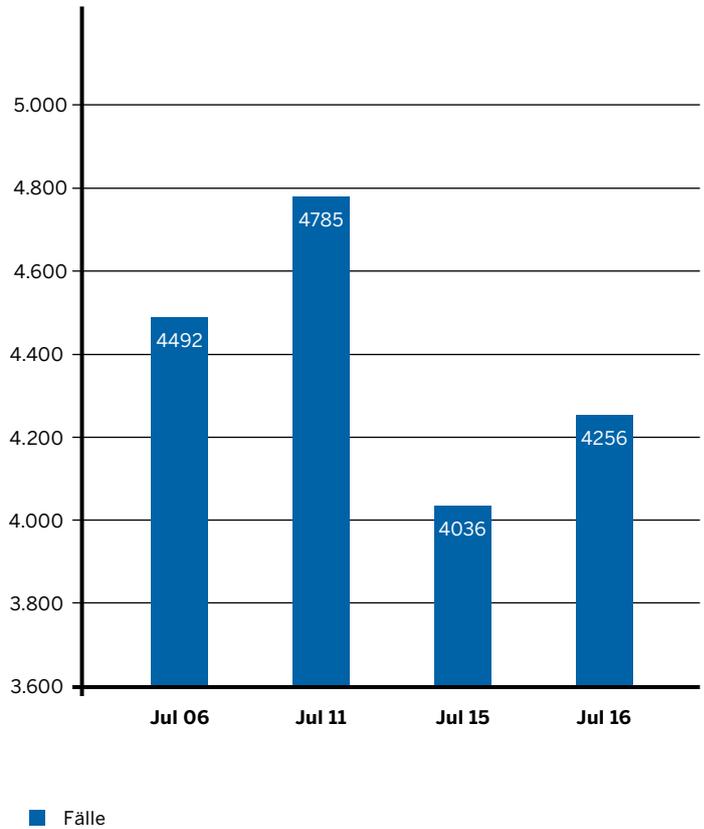
Weniger Wohnungseinbrüche

Im Juli diesen Jahres lag die Zahl der Wohnungseinbrüche landesweit bei 3.068. Die Aufklärungsquote lag bei rund 23 Prozent. Im Vorjahr gab es zur gleichen Zeit 3.765 Fälle, wobei die Aufklärungsquote knapp fünf Prozent unter der diesjährigen, bei 18 Prozent, lag. Neben der Entwicklung über die Jahre bieten die monatlich veröffentlichten Kriminalzahlen einen gut nachvollziehbaren Überblick der Wohnungseinbrüche über das aktuelle Jahr. Vor allem während der dunklen Jahreszeit, wie im Januar und Februar, steigen die Zahlen der Wohnungseinbrüche im Vergleich zum Juli um mehr als das Doppelte an. Diese Daten monatlich vor Augen zu haben, sensibilisiert die Bürgerinnen und Bürger – auch für polizeiliche Präventionsmaßnahmen wie die Kampagne »Riegel vor! Sicher ist sicherer.«. Prävention ist laut Jäger der beste Opferschutz. Der seit April wöchentlich aktualisierte »Wohnungseinbruchsradar« macht Entwicklungen in diesem Kriminalitätsfeld für die Bevölkerung ebenfalls transparent. Beim Einbruchsradar handelt es sich um Übersichtskarten, auf denen

Gewaltkriminalität

Fallzahlen

In den Jahren 2006, 2011, 2015 und 2016



Quelle: Sicherheit im Fokus NRW Juli 2016

die 47 Kreispolizeibehörden die vollendeten und versuchten Einbrüche der jeweils letzten Woche in den verschiedenen Stadtteilen und Regionen angeben.

Gewaltkriminalität und Weniger Raubüberfälle

Im Juli diesen Jahres gab es 4.256 registrierte Gewaltdelikte. Die Aufklärungsquote lag bei rund 74 Prozent. Demnach ist ein leichter Anstieg im Vergleich zum Vorjahr zu erkennen, in dem die Zahl der Gewaltdelikte bei 4.036 lag. Im Bereich der Aufklärungsquote ist hingegen eine Verbesserung von knapp zwei Prozent im Vergleich zum Jahr 2015 zu verzeichnen.

Unter die Delikte der Straßenkriminalität fallen auch die Daten der Raubüberfälle auf Straßen, Wegen oder Plätzen. Im Vergleich zum Vorjahr gab es im Juli diesen Jahres 100 Fälle weniger. Die Aufklärungsquote blieb dagegen unverändert bei 35 Prozent. »Der Nachhauseweg darf niemals zur Mutprobe werden. Wir gehen deshalb mit aller Entschiedenheit gegen die Täter vor«, hob Jäger hervor. // **Annelene Fichtner**

Augen auf und Tasche zu Aktionswoche Taschendiebstahl



NRW-Innenminister Ralf Jäger und die Kölnerin Rosemarie Busch, die von dem Taschendiebstahl berichtete, dem sie zum Opfer gefallen war.

Mit einer Veranstaltung auf dem Rudolfplatz in Köln wurde Ende August die diesjährige Aktionswoche (29. August bis 3. September 2016) der Polizei NRW zum Thema Taschendiebstahl eröffnet. Während sich landesweit im laufenden Jahr die Zahlen für Diebstahlsdelikte auf einem hohen Niveau stabilisierten, sanken sie in Köln signifikant.

Die Gründe dafür sind vielfältig: Einerseits ist die Präsenz der Polizeikräfte in der Kölner Innenstadt sichtbar erhöht worden. Aber auch die intensive Zusammenarbeit der Polizei mit verschiedenen Netzwerkpartnern macht sich offensichtlich bezahlt. Auf allen Kanälen wird in Köln vor Taschendieben und ihren neuesten Tricks gewarnt. Trotzdem werden an neuralgischen Punkten immer noch Bürgerinnen und Bürger bestohlen,



Fotos (3): Christoph Goettfert

Öffentliche Podiumsdiskussion mit den Netzwerkpartnern auf dem Kölner Rudolfplatz

auch wenn sie sich eigentlich gar nicht besonders leichtsinnig verhalten. Überall da, wo das Gedränge groß ist und Taschendiebe unauffällig agieren können, nutzen sie eine Vielzahl an Tricks, um unbemerkt an ihre Beute zu gelangen, wie z. B. auf einer Rolltreppe in einer U-Bahn-Station.

Genau hier wurde die Kölnerin Rosemarie Busch bestohlen.

Sie war auf dem Weg zu ihrer Hautärztin am Ebertplatz in Köln. Weil es stark regnete, hatte sie ihren Schirm dabei, den sie während der U-Bahn-Fahrt auf die verschlossene Handtasche zwischen die Griffe gelegt hatte. Als sie am U-Bahn-Ausgang ihren Schirm wieder nehmen wollte, merkte sie, dass der Reißverschluss der Handtasche geöffnet war und das Portemonnaie fehlte. Sie hatte die Tat nicht bemerkt. Sofort ließ sie die Bankkarte

sperren und ging zur Polizei. Der Täter warf das Portemonnaie weg, nachdem er das Geld entwendet hatte. Es wurde gefunden und bei den Verkehrsbetrieben abgegeben, sodass Frau Busch noch am gleichen Tag ihr Portemonnaie zurückerhielt. Künftig wird sie ihre Handtasche in der U-Bahn nah am Körper tragen.

Mehr Prävention, weniger Tatgelegenheiten

In NRW gab es im Jahr 2015 rund 54.000 Fälle von Taschendiebstahl, also etwa 150 pro Tag. »Das ist kein Bagatelldelikt«, betonte NRW-Innenminister Ralf Jäger bei der Eröffnung der Aktionswoche in Köln. »Wenn wir Bürgerinnen und Bürger über Tatbegehungsweisen aufklären und sie entsprechende Verhaltenstipps beherzigen, verringert sich das Risiko, Opfer eines Taschendiebstahls zu werden,

deutlich. Die Aufklärungsquote bei Diebstählen beträgt nur fünf bis sechs Prozent. Oft wissen die Opfer nicht genau, wann und wo sie bestohlen wurden. Die Täter gehen arbeitsteilig vor, sie geben die Beute blitzschnell an Dritte weiter und sind nur in den seltensten Fällen auf frischer Tat zu ertappen.« >

Die Situation in Köln

Jedes Jahr besuchen etwa sechs Millionen Menschen Köln. Professionelle Taschendiebe, die sehr gut geschult sind, suchen hier nach Tatgelegenheiten. »Wir hatten unser Allzeithoch im Jahr 2014. 2015 sanken die Zahlen etwas und im Jahr 2016 gab es einen deutlichen Rückgang um 20 Prozent. Das sind etwa 250 Taschendiebstähle weniger in jedem Monat«, berichtet der Kölner Kripo-Chef Stephan Becker. »Unsere auswärtigen Gäste erreichen wir über den Hotel- und Gaststättenverband. Es wird bereits in den Hotels frühzeitig vor Taschendieben gewarnt.« Die Kölner Polizei kooperiert mit 54 großen und mittleren Hotels. Auf der Fahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln etwa zum Kölner Messegelände gibt es Durchsagen zu diesem Thema oder digitale Warnhinweise an den Ankunftstafeln. In der Weihnachtsmarktsaison finden holländische Touristen beispielsweise auf der Hinfahrt in ihren Bussen Faltposter vor, die vor Taschendiebstahl auf den Kölner Weihnachtsmärkten warnen. »Das führt zu Verhaltensänderungen und reduziert die Tatgelegenheiten«, so der Kölner Kripo-Chef. Bei der Kölner Polizei gibt es außerdem ein eigenes Kommissariat, das sich ausschließlich mit der Bekämpfung des Taschendiebstahls beschäftigt. »Wir haben im letzten Jahr 830 Taschendiebe auf frischer Tat ertappen können«, resümiert Becker.

Gemeinsam mit der Kölner Polizei hat die KVB Präventionsvideos erstellt, die man bei Youtube mit den Suchbegriffen »Köln, Polizei, KVB« findet.

Vorbildliche Zusammenarbeit in Köln

Bei der Auftaktveranstaltung zur Aktionswoche erläuterten Jürgen Fenske, Vorstandsvorsitzender der Kölner Verkehrsbetriebe, Jörg Hamel vom Handelsverband NRW, Christoph Becker vom Hotel- und Gaststättenverband DeHoGa Nordrhein und Stephanie Kleine Klausling, Prokuristin bei KölnTourismus, den Beitrag ihrer Institutionen zur Präventionsarbeit in Sachen Taschendiebstahl. Jörg Hamel berichtete von einem erfreulichen Fall: Sein Verband hat eine Information der Polizei über die Vorgehensweise einer Taschendiebin umgehend an den Handel in Köln weitergegeben. Noch am selben Tag hatte eine aufmerksame Verkäuferin eine Täterin in ihrem Kaufhaus identifiziert und die Polizei konnte sie festnehmen. Eine solch schnelle Weiterleitung der Informationen führt zum direkten Erfolg. Jürgen Fenske verdeutlichte, welchen hohen Stellenwert die Sicherheit der Fahrgäste bei den Kölner Verkehrsbetrieben hat. Gemeinsam mit der Kölner Polizei hat die KVB Präventionsvideos erstellt, die man bei Youtube mit den Suchbegriffen »Köln, Polizei, KVB« findet.

Prävention und Repression

Im Rahmen der Aktionswoche »Augen auf und Tasche zu« waren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommissariate Kriminalprävention/Opferschutz eine Woche lang auf vielen Plätzen in NRW mit ihren Beratungsfahrzeugen vor Ort und informierten zum Phänomen Taschendiebstahl. Außerdem gab es Schwerpunktinsätze uniformierter und ziviler Streifen an Orten, an denen Taschendiebe bevorzugt ihre Opfer aussuchen.

Ralf Jäger gab den Bürgerinnen und Bürgern auf dem Kölner Rudolfplatz einige Verhaltenstipps mit auf den Weg. Beispielsweise sollte man Wertsachen nah am Körper tragen. Wenn in bestimmten Situationen Menschen einem zu nahe kommen, sollte man misstrauisch werden, denn das könne die Vorbereitung eines Taschendiebstahls sein: »Wenn Sie bemerken, dass jemand bestohlen wird: Werden Sie laut, warnen Sie das Opfer. Greifen Sie, wenn möglich, nicht selbst körperlich ein, sondern rufen Sie über die 110 die Profis, die dafür zuständig sind. Je mehr wir gegenseitig aufeinander achtgeben, umso schwerer haben es die Täter.«

/// Walter Liedtke



Gut, wenn einer aufpasst.

Sonst 110.



POLIZEI
Nordrhein-Westfalen

**Augen auf
und
Tasche zu!** 

Langfinger sind immer unterwegs.



Foto: Jochen Tack

Die zentralen Cybercrime-Ansprechpartner in NRW CEO-Fraud, Darknet und Co

Es gibt kaum noch Straftaten ohne Internetbezug. Hierauf haben Polizei und Justiz in NRW reagiert, indem sie Fachkompetenz gebündelt und die Organisation angepasst haben. So hat die Justiz zwischenzeitlich die Zuständigkeit der Zentral- und Ansprechstelle Cybercrime aufs ganze Land ausgeweitet.

Das Bundeskriminalamt ist am Apparat. Finanzermittler berichten, dass auf einem slowenischen Konto zwei Millionen Euro von einer Firma mit Sitz in Nordrhein-Westfalen eingegangen sind, die wahrscheinlich unrechtmäßig dorthin überwiesen wurden. Doch die Mitarbeiter des Cybercrime-Kompetenzzentrums beim Landeskriminalamt NRW können keine Anzeige des Unternehmens finden. Das Bundeskriminalamt teilt mit, dass noch 90 Minuten Zeit bleiben, um das Geld einzufrieren, ansonsten werde es nach China überwiesen, von wo es nur noch schwer zurückzuholen wäre.

Den Cyberermittlern gelingt es, den Finanzvorstand und den Compliance-Officer dieses Unternehmens zu erreichen und ihnen die Situation zu schildern. »Der Finanzvorstand hat zunächst nicht glauben wollen, dass er wirklich mit Polizisten spricht, sondern dachte, es sei ein schlechter Scherz. Es war schließlich der 1. April«, erinnert sich Dirk Kunze, Leiter des Dezernates 42 (Zentrale Internetrecherche/Ermittlungskommissionen) im Cybercrime-Kompetenzzentrum. Schließlich konnten sie die Vorstände doch überzeugen, zu dem verantwortlichen Buchhalter zu gehen, von dem sie zu dem Zeitpunkt schon vermuteten, dass er Opfer eines CEO-Fraud geworden ist. Bei dieser in Deutschland noch relativ neuen Betrugsart, auch als Chef-Trick bekannt, geben sich Täter als Vorstand oder Geschäftsführer eines Unternehmens aus und veranlassen unter Hinweis auf absolute Geheimhaltung die Mitarbeiter, große Geldsummen ins Ausland zu überweisen. Die Täter sind dabei oft so gut vorbereitet und haben sich so viele Kenntnisse über das Unternehmen angeeignet, dass sie selbst erfahrene Buchhalter täuschen.

Schaden von 7,4 Millionen Euro verhindert

Dirk Kunze berichtet, dass sie den Finanzvorstand und den Compliance-Officer warnten, dass der Buchhalter wahrscheinlich mit Hinweis auf seine Verschwiegenheit keine Auskunft geben würde, wenn er dieser Betrugsmasche aufgesessen sei. Sie sollten dann trotzdem darauf bestehen, die Transaktion zu sehen. »Es ist dann genauso gekommen, wie wir erwartet hatten«, sagt der 43-Jährige. »Der Buchhalter hat versichert, es sei alles in Ordnung, er dürfe dazu aber nichts sagen. Als die beiden trotzdem darauf bestanden haben, die Autorisierung zu sehen, haben sie festgestellt, dass sie gefälscht war.« Umgehend erstattete das Unternehmen Strafanzeige und dann ging alles ganz schnell: Bei der Zentral- und Ansprechstelle Cybercrime Nordrhein-Westfalen bei der Staatsanwaltschaft Köln (ZAC NRW) regten die Polizeibeamten sofort Rechtshilfe an, die es ermöglichte, das Geld einzufrieren. Da an dem Tag noch weitere Überweisungen veranlasst worden waren, gelang es am Ende durch schnelles Handeln, einen Schaden von 7,4 Millionen Euro allein bei diesem Unternehmen zu verhindern.

Die Fallzahlen nehmen zu

Begonnen hatten die Ermittlungen in dem Bereich CEO-Fraud, als die ZAC NRW, damals noch als ZAC Köln, im Dezember 2015 einen ersten Fallkomplex mit drei Verfahren an das Cybercrime-Kompetenzzentrum herangetragen hat. Mittlerweile hat sich die Fallzahl in diesem Ermittlungskomplex auf 57 erhöht. Das ist nahezu die Hälfte der in Deutschland bekannten Fälle. Dabei nimmt die Anzahl der Versuche zu. Das liegt wohl nicht zuletzt an der zunehmenden Sensibilisierung der Unternehmen hinsichtlich dieser Masche, die zum Beispiel durch eine gut besuchte Präventionsveranstaltung des LKA NRW und der ZAC NRW im Juli 2016 vorangetrieben wurde. In den letzten sieben Monaten ist durch den Chef-Trick allein in den NRW-Verfahren ein Schaden von über 30 Millionen Euro entstanden, wobei 20 Millionen Euro dank des schnellen Handelns von ZAC NRW, LKA NRW, Bundeskriminalamt und den Banken wieder zurückgeholt werden konnten. Weltweit hat der CEO-Fraud laut FBI bereits einen Schaden von 3,1 Milliarden US-Dollar verursacht.

Rund um die Uhr erreichbar

Die Bearbeitung solcher und ähnlicher Delikte hat sich für die Polizei NRW deutlich vereinfacht, seit es bei der Staatsanwaltschaft Köln die Zentral- und Ansprechstelle Cybercrime gibt. Zuvor war die Zuständigkeit am Anfang oft unklar. Der Täter saß an einem anderen Ort als das Opfer und der Server stand noch einmal woanders. Bis die zuständige Staatsanwaltschaft gefunden war, waren die Spuren oft schon verwischt, denn wenn es um digitale Spuren geht, ist schnelles Handeln unerlässlich. Eine Festplatte ist rasch gelöscht, genauso wie ein Account. Die ZAC NRW, die in dieser Form im April 2016 eingerichtet wurde, ist im Bereich Cybercrime zentral für ganz NRW zuständig. Somit ist es unerheblich, von wo in NRW ein Geschädigter oder eine Polizeidienststelle anruft. Sie sind immer an der richtigen Stelle.

Ein Staatsanwalt, der auf dieses Thema spezialisiert ist, ist rund um die Uhr erreichbar.

»Auf Seiten der Polizei hatten wir mit dem »Single Point of Contact« beim Cybercrime-Kompetenzzentrum schon seit längerem eine zentrale immer erreichbare Ansprechstelle. Jetzt gibt es auf justizieller Seite ein Pendant«, sagt Dirk Kunze. Als schnelle Eingriffsgruppe können die Staatsanwälte der ZAC schnell Auskunft geben, einen ermittlungsrichterlichen Beschluss oder eine strafprozessuale Maßnahme veranlassen, damit die Polizeibeamten weiterarbeiten können. »Zuvor war häufig das Problem, dass die Staatsanwälte, die vor Ort Rufbereitschaft hatten, nicht mit dem Thema Cybercrime vertraut waren und somit auch keine Beschlüsse oder Maßnahmen veranlassten, da sie die Tragweite nicht absehen konnten«, erinnert sich Dirk Kunze. »Da war man dann schnell am Ende der Ermittlungen angelangt.« Die ZAC NRW ermittelt so lange, bis die dringendsten Maßnahmen getroffen sind und das Verfahren an die zuständige Staatsanwaltschaft abgeben werden kann.

Hohes Technikverständnis nötig

Oberstaatsanwalt Markus Hartmann war von Anfang an dabei. Er erklärt: »Die ZAC NRW ist aus einer praktischen Notwendigkeit heraus entstanden. Die Verfahren, in denen besondere technische Kenntnisse erforderlich sind, nehmen konstant zu.« Die fünf Staatsanwälte, die dort arbeiten, verbindet ein starkes Interesse für Computertechnik und Internet. »Wir haben die gleiche autodidaktische Ausbildung, die viele Hacker auch haben«, sagt der 43-Jährige lächelnd. Bei den Fällen, in denen sie ermitteln, geht es vor allem um Cybercrime im engeren Sinne, also um Verfahren, bei denen Elemente der elektronischen Datenverarbeitung wesentlich für die Tatausführung sind.

»Mittlerweile hat sich ein Großteil der Straftaten ins Internet verlagert und Verfahren, bei denen es nicht zumindest einen Bezug zum Internet gibt, sind selten geworden«, sagt der Oberstaatsanwalt. »Aber Delikte mit Computerbezug in technisch weniger komplexen Fällen können auch Kollegen außerhalb der ZAC NRW bearbeiten, dafür machen wir Fortbildungen.« Bei herausragenden Fällen, bei denen ein hohes Technikverständnis nötig ist, ermittelt die ZAC NRW bis zum Ende, häufig in enger Zusammenarbeit mit dem LKA NRW. Dabei stehen für sie vor allem Strukturen im Fokus, die hinter den Taten stehen. »Im Darknet interessiert uns zwar auch jeder einzelne Waffenhändler, aber wir wollen vor allem ermitteln, wer die Foren zur Verfügung stellt, in denen die Waffen angeboten werden«, sagt der 43-Jährige. Unter Darknet versteht man den verschlüsselten oder abgetarnten Teil des Internets, für den man spezielle Browser benötigt, um darin navigieren zu können. Aufgrund der Anonymität geschehen dort viele kriminelle Geschäfte. >



Oberstaatsanwalt Markus Hartmann

Unternehmen nehmen Cybercrime zunehmend ernst

Auch wenn es um Sensibilisierung und Prävention geht, arbeiten ZAC NRW und Cybercrime-Kompetenzzentrum Hand in Hand. So war Markus Hartmann in letzter Zeit wiederholt bei großen Unternehmen in NRW, um mit ihnen über Vorkehrungen für den Notfall zu sprechen. »Wenn kein Server mehr läuft, hat man keine Ressourcen mehr, um grundsätzliche Maßnahmen zu treffen«, sagt er. Daher sei es wichtig, einen IT-Notfallplan vorbereitet zu haben, wenn es zu einem Cyberangriff kommt. Dabei geht es um Fragen wie: Wer entscheidet über die Einbeziehung externer Fachleute, also etwa IT-Unterstützer oder Polizei? Wer darf den Strafantrag unterschreiben? Der Leiter der IT oder ein Vorstand? Und Dirk Kunze ergänzt noch weitere Dinge, die viele Unternehmen und Behörden nicht im Kopf haben: »Wer löst die IT-Fachkraft ab, die nach zehn Stunden Arbeit platt ist? Wir können mit mehreren Teams rund um die Uhr arbeiten, aber wir brauchen auch einen Ansprechpartner vor Ort.«

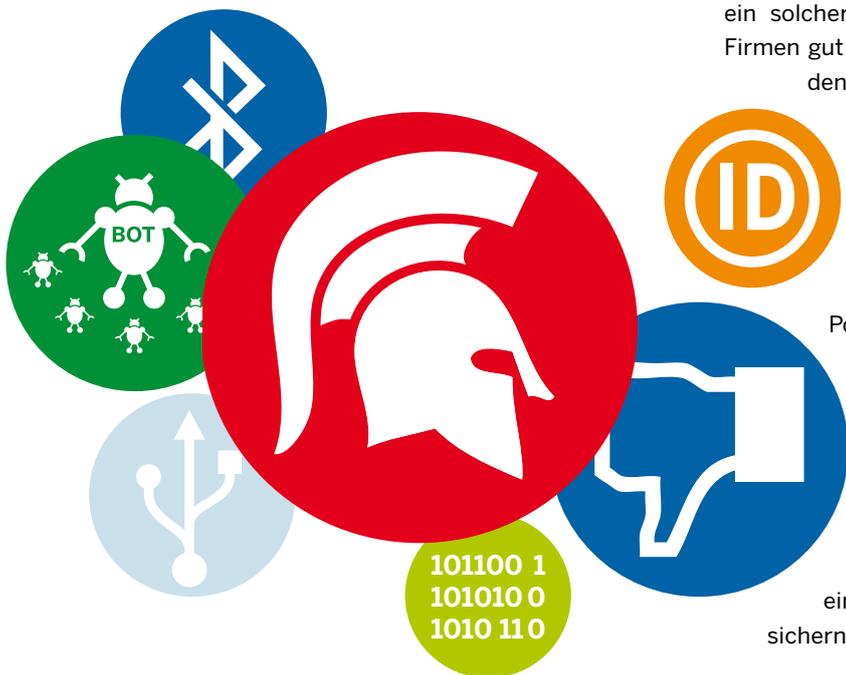
Die beiden Experten sehen es als positive Entwicklung, dass sich immer mehr Unternehmen beraten lassen, denn das zeigt, dass sie das Thema vermehrt ernst nehmen. Bei einem derartigen Gespräch können sie Ängste nehmen, denn nach wie vor ist die Anzahl der Unternehmen, die sich zu spät oder überhaupt nicht melden, hoch. Es besteht die Befürchtung, dass im Rahmen der Ermittlungen die Firmen tagelang nicht mehr arbeitsfähig sind. Doch Dirk Kunze beruhigt: »Wir wollen so schnell und schonend wie möglich die nötigen Beweise sichern und dafür sorgen, dass die Unternehmen bald wieder arbeiten können.« Er warnt, dass IT-Mitarbeiter ohne forensische Erfahrung nicht in der Lage seien, Daten gerichtsverwertbar zu sichern. »Nach solchen sicher gut gemeinten eigenen Sicherungsmaßnahmen des geschädigten Unternehmens können wir häufig nur noch feststellen, dass ein Angriff stattgefunden hat, aber nicht mehr von wem.«

Beide geben zu bedenken, dass der Täter bei einem Angriff durch eine Sicherheitslücke in die IT eingedrungen ist. So lange diese Lücke nicht geschlossen oder der Täter in Haft ist, kann ein solcher Angriff immer wieder passieren. Daher sind die Firmen gut beraten, wenn sie bei einem Cyberangriff entweder

den »Single Point of Contact« beim Cybercrime Kompetenzzentrum oder die ZAC NRW kontaktieren. »Das klassische Alarmfenster bei Unternehmen ist zwischen 17 und 22 Uhr«, berichtet Markus Hartmann. »Dann merken die Verantwortlichen, dass da etwas mächtig schief läuft und sie Hilfe brauchen. Wenn das Telefon nachts klingelt, dann ist meistens eine Polizeidienststelle dran.«

Digitale Spuren sichern

ZAC NRW und Cybercrime-Kompetenzzentrum arbeiten eng zusammen, denn häufig sind beide nötig, um eine Frage zu beantworten. Wie etwa die vermeintlich einfache Frage, die ein Polizeibeamter stellen kann, wenn er etwa bei einer Durchsuchung einen Laptop mit Daten findet. Kann ich die Daten sichern? »Eine solche Frage hat einen technischen Aspekt:



Bin ich in der Lage die Daten zu sichern? Und einen rechtlichen Aspekt: Darf ich diese Daten sichern?«, erklärt der Oberstaatsanwalt. Während für die technische Unterstützung das LKA NRW zuständig wäre, kann die rechtliche Frage die ZAC NRW klären.

Die Mitarbeiter des Cybercrime-Kompetenzzentrums sind häufig bei Seminaren vertreten, um Wissen an die teilnehmenden Polizeibeamten weiterzugeben. Dirk Kunze ist überzeugt, dass die Polizeibeamten vor Ort in Zukunft immer stärker mit digitalen Spuren konfrontiert werden, die sie erkennen und genauso sachgerecht sichern müssen, wie heute Fingerprints. »Digitale Spuren sind die DNA der Zukunft«, sagt er. »Denken Sie nur mal an das Stichwort Smart Home. Die Einbruchspuren von morgen werden wahrscheinlich keine Hebelspuren mehr am Fenster sein, sondern digitale Spuren an der elektrischen Schließanlage.«

Seit 2014 hat nicht nur die Anzahl der Verfahren bei der ZAC zugenommen, sondern auch die Komplexität und Brisanz. Und die Schadenspotenziale wachsen weiter: Stichwort Industrie 4.0. »Je mehr Ressourcen vernetzt werden, umso höher ist auch das Risiko für einen Cyberangriff«, sagt Markus Hartmann. Nordrhein-Westfalen hat mit dem Cybercrime-Kompetenzzentrum und der ZAC NRW organisatorisch viel getan, um mit den neuen Entwicklungen Schritt halten zu können. »Doch es bleibt ein sehr dynamisches Feld. Die neuen Herausforderungen von gestern sind der alte Hut von morgen«, sagt der Oberstaatsanwalt und lacht. »Aber das macht das Thema auch so spannend.« // **Katerina Breuer**



Dirk Kunze, LKA NRW

DIE ZENTRAL- UND ANSPRECHSTELLE CYBERCRIME NORDRHEIN-WESTFALEN

Die erste Idee für diese spezialisierte Dienststelle stammt schon aus dem Jahr 2011. Im Jahr 2014 hat die Staatsanwaltschaft Köln die Zentral- und Ansprechstelle Cybercrime Köln eingerichtet, die für die Landgerichte Köln, Bonn und Aachen zuständig war. Das Pilotprojekt war so erfolgreich, dass im April 2016 schließlich die Zentral- und Ansprechstelle Cybercrime Nordrhein-Westfalen (ZAC NRW) ins Leben gerufen wurde, die im Bereich Cybercrime für ganz NRW zuständig ist. Sie ist erster Ansprechpartner bei dringenden Angelegenheiten, führt herausgehobene Ermittlungsverfahren in diesem Bereich und wirkt an der Aus- und Fortbildung mit.

ANSPRECHPARTNER

Single Point of Contact beim Cybercrime-Kompetenzzentrum im LKA NRW:

0211/9394040

Zentral- und Ansprechstelle Cybercrime Nordrhein-Westfalen bei der Staatsanwaltschaft Köln:

0221/4774922

Diese Rufnummern sind rund um die Uhr besetzt.

 Weitere Informationen zum Thema Cybercrime in der Sonderausgabe der Streife #01/09/15
http://www.polizei.nrw.de/media/Dokumente/Streife_Cybercrime_150826.pdf



»Minister Direkt« Innenminister Jäger steht Polizistinnen und Polizisten Rede und Antwort



»Das soll keine Show- oder Schönwetterveranstaltung werden. Wir haben einen geschützten Raum geschaffen, der Platz lässt für einen offenen, einen ehrlichen Dialog. Ich bin hier, um gemeinsam mit Ihnen über das zu sprechen, was Sie beschäftigt«, so formulierte Innenminister Ralf Jäger mit wenigen Worten das Ziel der neuen Gesprächsreihe »Minister Direkt«.



Im Mittelpunkt von insgesamt sieben Gesprächsrunden, die von Ende August bis Ende September 2016 veranstaltet wurden, stand der unmittelbare Kontakt zwischen Minister Ralf Jäger und den Beschäftigten der Polizeibehörden. Den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten sowie den Beschäftigten aus den Verwaltungsbereichen wurde in einem neuen Veranstaltungsformat Gelegenheit gegeben, in einem offenen Dialog mit dem »Chef« des Ministeriums persönlich über aktuelle Themen und Problemstellungen des polizeilichen Alltags zu diskutieren. Begleitet wurde Minister Jäger vom Leiter der Polizeiabteilung Ministerialdirigent Wolfgang Düren beziehungsweise vom Leitenden Ministerialrat Achim Dornik. Beide wurden dann in den Dialog einbezogen, wenn es darum ging, fachlich vertiefende Informationen bereitzustellen.

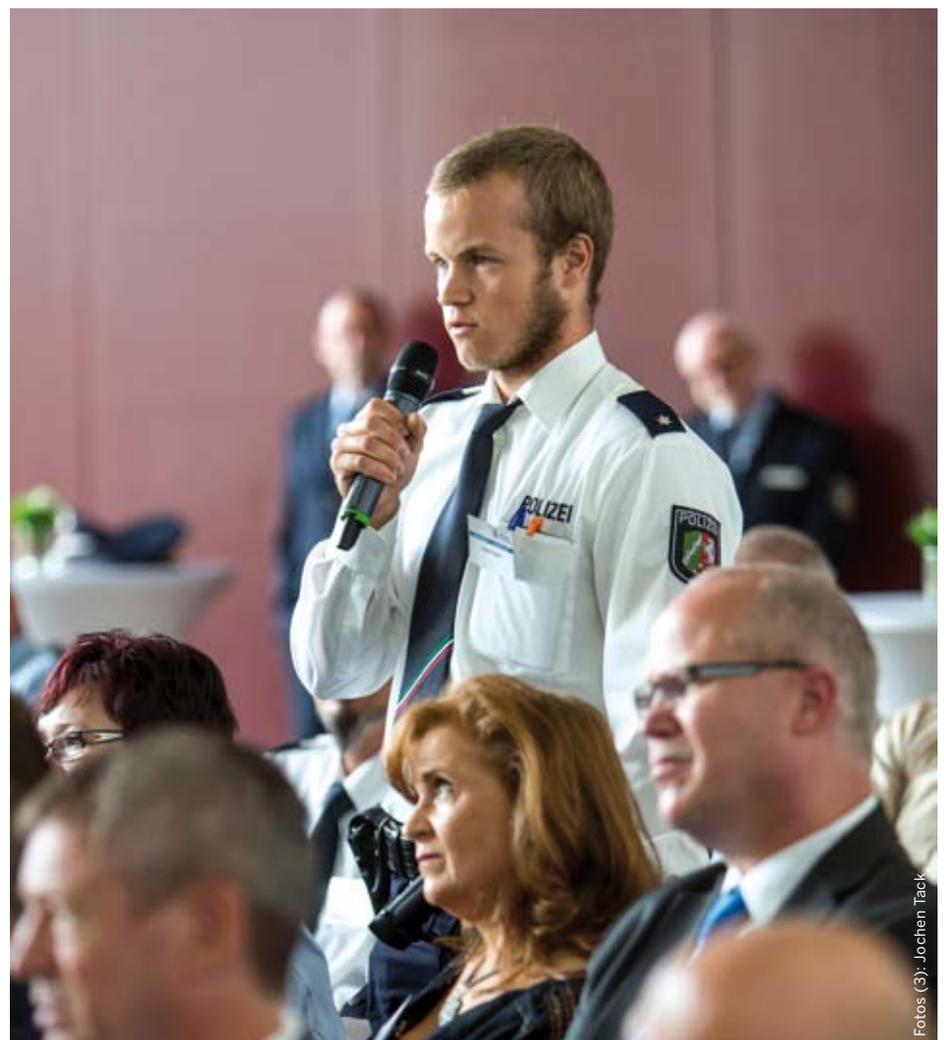
Sechs der sieben Veranstaltungen sind aus organisatorischen Gründen in den sogenannten »§ 4-Behörden« (§ 4 der KHSt-VO1) durchgeführt worden, konkret in den Polizeipräsidien Bielefeld, Essen, Köln, Dortmund, Düsseldorf und Münster. Eine Veranstaltung ausschließlich für Beschäftigte der drei Landesoberbehörden fand im LKA NRW statt. Zu diesen offenen Gesprächsrunden wurden jeweils zwischen 140 und 150 Personen aus allen Polizeibehörden des Landes eingeladen. Jeder Polizeibehörde wurden entsprechend ihrer Mitarbeiterzahl Platzkontingente zur Verfügung gestellt.

An den Veranstaltungen nahmen Angehörige aller Beschäftigtengruppen (Verwaltung und Polizei) und Hierarchieebenen teil. Neunzig Prozent der Teilnehmer waren Beamte des gehobenen Dienstes.

Mit der Planung, Durchführung und Nachbereitung wurden das LZPD NRW und das LAFP NRW beauftragt. Die Veranstaltungen wurden auch von einem polizeieigenen Team moderiert. Die Gesprächsreihe »Minister Direkt« fand unter Ausschluss

der Öffentlichkeit und Presseberichterstattung statt. Man blieb unter sich und schuf auf diese Weise ein Forum für offene Worte. Eine Stunde Dialog, eine halbe Stunde Pause zum Gespräch untereinander oder auch mit Minister Jäger unter »vier Augen« und eine zweite Stunde Dialog – so sah das Strukturmuster der Veranstaltungen aus, denen kein festes Thema vorgegeben war, für die aber auch kein Thema zum Tabu erklärt wurde. Spontane Fragen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren ebenso Teil der Veranstaltung, wie die Möglichkeit, vorab eingereichte Fragen und Themenstellungen vor Ort in den Dialog einzubringen.

Hier ein erster Eindruck zu wichtigen Themen und Kernaussagen des Ministers. Mehr dazu können Sie im zweiten Teil der Berichterstattung über die »Minister Direkt«-Veranstaltungen in der kommenden Ausgabe der »Streife« lesen. >



Fotos (3): Jochen Tack



Respektlosigkeit und Gewalt gegen Polizeibeamte und Polizeibeamtinnen

Minister Ralf Jäger: »Ich stelle eine generelle Verrohung und Respektlosigkeit in Teilen der Gesellschaft fest. Davon ist nicht nur Polizei betroffen: Auch Rettungskräfte, Lehrer oder andere Beschäftigte im öffentlichen Dienst leiden darunter. Wir dürfen hier nicht resignieren. Bitte bringen Sie alles zur Anzeige. Auch die Vorgesetzten sind per Erlass dazu verpflichtet, jede Anzeige mitzuzeichnen und zu unterstützen. Für den Erfolg der Anzeigen ist ein intensives Zusammenwirken mit der Justiz nötig.«

Die neue Arbeitszeitverordnung Polizei (AZvoPol)

Minister Ralf Jäger dazu: »Die Verordnung musste geändert werden, um geltendem EU-Recht gerecht zu werden. Gewisse Dinge müssen zwingend umgesetzt werden. So sollen Schichten nur noch vorwärts rollieren, nicht mehr als sieben Schichten sollen aufeinander folgen, insgesamt höchstens drei Nachtschichten. Dies dient Ihrem Gesundheitsschutz.«



Die Arbeitsbelastung der Einsatzhundertschaften

Minister Ralf Jäger sieht drei Stellschrauben, um an der Belastung der BPHs etwas zu ändern: in den nächsten Jahren sollen vier weitere Einsatzzüge aufgestellt werden. Zweitens konnte der Einsatz von Kräften der Bereitschaftspolizei bei Fußballereinsätzen optimiert werden. So konnte in der letzten Saison der Kräfteaufwand bei Fußballereinsätzen in den ersten drei Ligen – trotz einer Erhöhung der Zahl von Ligaspielbegegnungen von 10 % – auf gleichem Level gehalten werden. Minister Ralf Jäger: »Wir arbeiten auch weiter an Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit bei Fußballspielen, zum Beispiel einer Reduzierung des Gästekartenkontingents bei ausgewählten Risikospielen.« Zur Kräftegestellung an andere Bundesländer meinte der Minister: »Die Unterstützung anderer Bundesländer mit Bereitschaftspolizei werden wir künftig genau prüfen und ihr nur im Rahmen unserer Verpflichtungen nachkommen.«

Die neuen Dienstwagen

Innenminister Jäger betont, dass im Rahmen der Ausschreibung für den neuen Dienstwagen die langjährigen Erfahrungen und die Rückmeldungen der Polizeibehörden aus dem täglichen Dienst berücksichtigt wurden. Auch auf dieser Basis haben Arbeitsgruppen die fachlichen und einsatztechnischen Anforderungen an einen neuen Funkstreifenwagen der Polizei in einer europaweiten Ausschreibung zusammengefasst. »Wir kaufen die Autos auf dem bestehenden Automarkt. Nur zwei Anbieter haben die technischen und fachlichen Anforderungen der Polizei erfüllt, sodass eine Auswahl zwischen zwei Fahrzeugen zu treffen war. Der BMW 3er war das Ergebnis.« >



Dienstrechtsreform und Frauenförderung

Innenminister Ralf Jäger. »Die Frauenförderung in der Landesverwaltung NRW war bis dato beschämend.« Das Gesetz sei in einem größeren Zusammenhang zu sehen: »Es gilt nicht nur für die Polizei, sondern für alle Landesbeamtinnen und -beamte. Für die Polizei ist das Gesetz allerdings zu einem ungünstigen Zeitpunkt in Kraft getreten.« Ministerialdirigent Wolfgang Düren ergänzt: »Das Gesetz bedeutet nicht, dass blind nur noch Frauen gefördert werden. Alter und Leistung müssen gleichermaßen eine Rolle spielen. Hier muss man zu vernünftigen Lösungen kommen.«



Die Polizei als attraktiver Arbeitgeber

Der Innenminister: »Wir können mit den Gehältern, die in der Wirtschaft gezahlt werden, nicht mithalten. Die Polizei hat dafür andere Stärken: Wir bieten krisensichere Jobs und diverse Möglichkeiten, in Teilzeit zu arbeiten. Wir müssen künftig noch mehr dafür werben, dass es sich lohnt, für den Staat zu arbeiten. Denn die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist ebenfalls ein wichtiges Kriterium für viele Menschen. Deswegen werden wir in zwei Polizeibehörden das Modell »Lebensarbeitszeitkonten« testen.«



Verwendungsbreite der Regierungsbeschäftigten

Minister Ralf Jäger: »Die Regierungsbeschäftigten sind für uns sehr wichtig, denn sie entlasten die Beamten in Bereichen der Verwaltung, damit diese sich um die Kernaufgaben der Polizei kümmern können. Diesen Bereich möchte ich deshalb noch weiter ausbauen – 350 weitere Regierungsbeschäftigte sollen die Polizei unter anderem im Bereich Zentrale Aufgaben unterstützen.«





Fotos (5): Jochen Tack

Polizei unter Handy-Beobachtung

Minister Ralf Jäger verweist auf die hohe Geschwindigkeit, die Informationen heute hätten. Das setze übrigens auch die Politik stärker unter Druck als in der Vergangenheit. »Man muss ein dickes Fell haben«, meint er. »Aber ändern Sie Ihr Einsatzverhalten trotz der Handy-Beobachtung nicht. Das Ministerium und Ihre Behördenleitung stehen hinter Ihnen.«

/// *Walter Liedtke/Simone Bauer*

IN DER NÄCHSTEN STREIFE GEHT ES WEITER MIT »MINISTER DIREKT«

Eine ausführlichere Aufarbeitung zu diesen und weiteren von den Polizistinnen und Polizisten angesprochenen Themen erfolgt in der nächsten Ausgabe der »Streife«.

Bachelorstudiengang der Polizei NRW reformiert Mehr Praxis, mehr Wissen

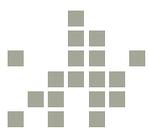
Um den steigenden Anforderungen an die Polizei gerecht zu werden, werden ab dem Jahr 2016 in NRW jedes Jahr um die 2.000 Polizeianwärterinnen und -anwärter eingestellt – mehr als jemals zuvor. Um weiterhin eine hohe Qualität der Ausbildung garantieren zu können, war eine Reform des Bachelorstudiengangs »Polizeivollzugsdienst« notwendig. In einer Projektgruppe haben die Vertreter der drei Ausbildungsträger, der Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung (FHÖV) NRW, des Landesamts für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP) NRW, der Einstellungs- und Ausbildungsbehörden sowie die Studierendenvertretung ein neues Konzept erarbeitet, das den Studiengang neu organisiert und weiter optimiert. Kriminaldirektorin Dr. Monika Pientka, Sprecherin des Fachbereichs Polizei an der FHÖV, Polizeidirektor Jürgen Zeitner, Leiter des Projekts, und Kriminaldirektor Christoph Frings, stellvertretender Projektleiter, erklären im Gespräch mit der »Streife« die wichtigsten Änderungen.

Streife: Warum war es nötig, den Studiengang zu überarbeiten?

Pientka: Weil wir mit den erhöhten Einstellungszahlen enorme Probleme bekommen hätten, was die Aufnahmekapazitäten der Ausbildungsträger angeht. Wir mussten die Abläufe daher so verändern, dass die Belastung im LAFP, in den Praktikumsbehörden und auch bei uns an der Fachhochschule für bestimmte Zeiten heruntergefahren wird. Ziel war, die Belastung für die Ausbildungsträger in erträgliche Bahnen zu lenken. Wir haben dann aber auch die Gelegenheit genutzt, an einzelnen Stellen nachzusteuern und Neues einzuführen. Das Ergebnis war ein wirklich großes Projekt, das aus mehreren Teilprojekten besteht.

Streife: Welche konkreten Änderungen gibt es nun?

Zeitner: Ein wichtiger Punkt ist, dass der Bereich der Kriminalitätsbekämpfung nun mehr betont wird. Hier haben wir theoretische Inhalte gestärkt, insbesondere ergeben sich aber Änderungen in der Praxis. So wird es nun ein verlängertes Praktikum in den Direktionen κ geben. Das bewirkt eine deutliche Stärkung des Bereichs Kriminalitätsbekämpfung. Ein zweiter Punkt: Wir haben nun die Studieninhalte insbesondere im κ-Bereich so aufbereitet, dass die trainingsrelevanten Aspekte auch im zweiten Studienjahr gelehrt werden. Wir haben außerdem Ergänzungen im Bereich der persönlichen und sozialen Kompetenz und Menschenrechtsbildung vorgenommen. Der Bereich der Fächer und Lehrangebote, die zur Ausbildung der persönlichen und sozialen Kompetenzen gehören, sind nun so aufeinander aufgebaut, dass sie systematischer ineinandergreifen. Wir glauben, dass wir hier in NRW ein sehr gutes Ergebnis erreicht haben.



Fachhochschule
für öffentliche Verwaltung
NRW



Kriminaldirektorin Dr. Monika Pientka



Kriminaldirektor Christoph Frings

Streife: Warum wird ausgerechnet im Bereich Kriminalitätsbekämpfung jetzt mehr gemacht?

Frings: Wir hatten einerseits die ganz klare Aufforderung vom Ministerium für Inneres und Kommunales, die bisherige Qualität der Gesamtausbildung zu erhalten und andererseits zu prüfen, inwiefern im Bereich Kriminalität noch Inhalte dazukommen oder gestärkt werden können. Wir haben natürlich bisher schon eine qualitativ sehr hochwertige Ausbildung angeboten, aber der Theorie-Praxistransfer ist bei nur vier Wochen Praktikum bislang zu kurz gekommen. Die Studierenden gingen ins Praktikum in die Behörden und konnten dort zwar auch den einen oder anderen Vorgang bearbeiten, bekamen dann aber die Rückläufe von der Staatsanwaltschaft nicht mit – etwa, wenn das Erarbeitete nicht gut genug war. Dazu reichte die Zeit einfach nicht. Daher wurde das Praktikum nun auf sieben Wochen aufgestockt. Das ist das Maximum, was derzeit möglich ist. Auch inhaltlich haben wir im Bereich Kriminalitätsbekämpfung nachgebessert: Der Stellenwert von Cybercrime ist heute sicherlich ein anderer als noch vor sieben oder acht Jahren, daher ist dieser Bereich nun deutlich umfangreicher aufgestellt. Aber auch das Thema

politisch motivierte Kriminalität oder das Erkennen islamistischer und rechtsextremer Gefährder hat heute eine ganz andere Bedeutung. Der Theorieanteil wurde hier mehr als verdoppelt. Außerdem wurde der Bereich der Kriminalitätssachbearbeitung gestärkt, um die Kompetenz in dem Bereich zu erhöhen.

Pientka: Wir haben zwar die Zeiten für die Praktika bei der Kriminalpolizei erhöht. Aber nicht nur die Zeit, die die Studierenden im Praktikum verbringen, ist entscheidend. Unser ganzer Studiengang ist ja kompetenzorientiert aufgebaut. Wir haben nicht wie früher einen Lehrenden, der vorne steht und viel erzählt. Am Ende eines jeden Abschnitts sollen die Studierenden Fähigkeiten entwickelt haben, mit jeder ähnlichen Situation umzugehen und das Wissen dann auf neue Lebenssituationen zu transferieren. Das ist der Kern des Ganzen. Letztlich ist dann nicht entscheidend, ob eine Vernehmung im Verkehrsbereich oder im K-Bereich gelernt wurde. Die Studierenden müssen mit den Leuten reden können, das ist entscheidend. Wichtig ist allerdings, dass sie auch mal einen Vorgang komplett durchexerzieren.

Streife: Warum werden nun Menschenrechte vermehrt in den Fokus genommen?

Pientka: Dafür gibt es natürlich ganz konkrete Gründe. Zum Beispiel haben wir den Bericht des NSU-Untersuchungsausschusses ausgewertet und die Empfehlungen im Studiengang berücksichtigt. Interkulturelle Kompetenz – darüber spricht jeder. Das aber auch wirklich mit Inhalt zu füllen und greifbar zu machen und so auszugestalten, dass man es auch erkennen kann – das ist uns ganz gut gelungen, denke ich.

Frings: Diese Inhalte rund um Menschenrechte gab es vorher auch schon im ausreichenden Umfang im Studiengang, sie waren aber nicht deutlich als Thema benannt. Wir halten das in der heutigen Zeit aber für erforderlich.

Zeitner: Auch im Rahmen der Internationalisierung ist dies ein wichtiges Thema. Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte reicht etwa in die deutsche Rechtsprechung und -entwicklung hinein und somit auch in die Ausbildung. Neu ist in dem Bereich auch, dass es im zweiten Studienjahr einen »Tag der Menschenrechte« geben wird, den die Studierenden selbst gestalten können. >

Streife: Welche Änderungen gibt es im Bereich Training?

Zeitner: Der Bereich Training hat von der Quantität her innerhalb der dreijährigen Ausbildung nun sechs Wochen verloren, um das LAFP für mehr Studierende durchgängig zu machen. Den Bereich der Fahrausbildung und den Dienstsport haben wir gekürzt. Andere Bereiche, die man in der Praxis gut auffangen kann, werden dort intensiviert aufgegriffen. Zum Beispiel haben wir Wiederholungsschleifen herausgenommen, die in der Praxis besser aufgehoben sind. Eine Fahrzeugkontrolle kann man mehrfach trainieren, man kann sie aber auch einmal trainieren und dann in der Praxis in Echtsituationen üben. Mit dem verminderten Training geht also eine Stärkung der Praxis einher. Der Bereich Praxis ist mehr denn je der Lernort und dieser Bereich hat nun auch mehr Verantwortung. Die Ausbildungsbehörden übernehmen das aber auch bislang schon mit sehr viel Engagement und Herzblut. Die Rolle der Tutorinnen und Tutoren sollte man hier auch nochmal betonen. Sie sind ein wichtiges Scharnier zwischen Theorie bzw. Training und Praxis, auch bislang schon. Hier dürfen keine Brüche entstehen. Die Tutoren übernehmen die Betreuung der Studierenden in der Praxis. Jeder Studierende, der in die Praxis geht, hat einen Tutor oder eine Tutorin, der sie oder ihn das ganze Studium lang begleitet. Sie wissen immer, welchen Lernstand die Person gerade hat. Mit diesem Blick müssen dann die Praxissituationen ausgewählt werden.

Pientka: Die Tutorinnen und Tutoren sind enorm wichtig. Die jungen Leute kommen aus dem Studium und gehen in die Praxis. Da sitzt dann jemand, der lebt ihnen Polizei vor. An dieses erste Vorbild wird man sich immer erinnern. Die Tutorinnen und Tutoren haben jetzt auch die Möglichkeit, zu kritisieren und zu bewerten. Diese Verantwortung ist neu für sie – bei ihnen kann jetzt jemand auch durchfallen. Wir bauen darauf, dass sie unser Konzept eines menschenrechtsgebildeten, kompetenzorientierten und kommunikativen Polizisten leben.

Streife: Haben sich im Rahmen der Reform auch Bewertungskriterien geändert?

Frings: Im K-Praktikum hat sich die gesamte Bewertung geändert. Man bekam früher eine allgemeine Bescheinigung, einmal für die fachliche Kompetenz und einmal für die persönliche und soziale Kompetenz, es gab aber keine Prüfung. Jetzt gibt es eine Einzelprüfung – in Form eines Aktenvortrages. Der Studierende bekommt einen Ermittlungsvorgang und hat etwa sechs Stunden Zeit zur Bearbeitung. Eine Fragestellung könnte zum Beispiel sein, wie etwa die Konzeption zur Fortsetzung der Ermittlung aussehen soll. Das wird dann bewertet, vor allem die kriminaltaktischen und rechtlichen Aspekte stehen hier im Fokus. Am Ende des zweiten Jahres war zudem der Anteil der mündlichen Prüfungen in der Fachtheorie recht hoch. Hier haben wir die Prüfungsstruktur umgestellt, vor allem im kriminalistischen Bereich – hier wird jetzt schriftlich geprüft. Das kann zum Beispiel eine Aktenbearbeitung sein. Ziel ist, in der Theorie schon einmal etwas zu prüfen, das hinterher auch gebraucht wird. Etwa, indem man einen Auszug aus einer Vernehmung als Arbeitsvorlage nimmt. Dieser muss dann zum Beispiel in Bezug auf vernehmungspychologische und -taktische Aspekte analysiert werden.

Pientka: Der Bachelor-Studiengang wird ja seit seiner Einführung evaluiert. Ein Kritikpunkt war, dass die Studierenden im Grundstudium jede Menge Klausuren schreiben – danach aber nicht mehr. Das heißt, es gibt Studierende, die einmal in ihrem Leben eine Strafrechtsklausur geschrieben haben und dann nie wieder. Auch das haben wir geändert.



Polizeidirektor Jürgen Zeitner



Fotos (2): Jochen Tack

Streife: Dem Thema Ethik und Berufsrollenreflexion kommt in der Ausbildung eine besondere Bedeutung zu. Hat es auch hier Veränderungen gegeben?

Zeitner: Es hat hier vor allem strukturelle Änderungen gegeben. Alle Bereiche, die die persönliche und soziale Kompetenz im Fokus haben, haben wir in eine Systematik gebracht und inhaltlich verzahnt. Sie sind nun Aufgabe jedes Faches. Reflexionsvermögen ist eine Kompetenz, die für Polizeibeamte von außerordentlicher Wichtigkeit ist. Sie hat Auswirkungen auf taktisches Vorgehen, auf einschreitendes Verhalten und vieles mehr.

Pientka: Es geht in der Ausbildung ja nicht nur um die rein inhaltliche Vorbereitung. Wir sind bundesweit bislang noch die einzigen, die ein ganzes Modul zur Berufsrollenreflexion anbieten. In vier Teilmodulen wird jeder Studierende gedanklich auf verschiedene Situationen vorbereitet. Wir bereiten aber auch bestimmte Erlebnisse nach. Es gibt Studierende, die aus dem Praktikum zurückkommen und das erste Mal gesehen haben, wie im Rahmen einer Zwangsmaßnahme Gewalt angewendet wird und gar nicht damit klarkommen. Das bereiten wir nach. Wir versuchen, die Studierenden gedanklich an ihre Grenzen zu bringen. Damit sie in der Lage sind, bestimmte Situationen mit reflexiven Methoden vorwegzunehmen. Auch wenn man nicht auf alles vorbereiten kann, kann man sich gedanklich damit auseinandersetzen. Das ist wichtig. Wir sehen, dass die Studierenden durch diese Vorbereitung deutlich resilienter sind als früher. Das kostet zwar, bringt für die Polizei langfristig aber einen großen Gewinn. Ich persönlich hätte mir gewünscht, so etwas während meiner eigenen Ausbildung zu haben. Das gab es vor 40 Jahren noch nicht. An meine erste Leiche kann ich mich jetzt noch erinnern – da hat mich niemand drauf vorbereitet. Wir wünschen uns allerdings, dass wir in den Behörden ein ähnliches System verankern könnten, wie wir es in der Berufsrollenreflexion im Studium vorbereitet haben.

Streife: Inwiefern waren die Studierenden selbst an der Reform beteiligt?

Pientka: Wir haben viele Impulse von den Studierendenvertretern bekommen, denn auch diese haben an dem neuen Konzept mitgewirkt. Es kam zum Beispiel der Wunsch auf, gegen Ende des Studiums eigene Gestaltungsspielräume zu bekommen. Wir haben daher nun im dritten Studienjahr einen Wahlpflichtbereich eingerichtet, in dem die Studierenden nochmal selbst Schwerpunkte setzen können. Wir erhoffen uns dadurch nochmal einen Motivationsschub für das Ende des Studiums.

Streife: Welche Änderungen sind besonders für die Studierenden noch interessant?

Frings: Durch den neuen Studienverlauf ist nun gewährleistet, dass die Studierenden innerhalb ihrer dreijährigen Ausbildung auch wirklich ihren Urlaub nehmen können oder zumindest nur mit einem geringen Urlaubsüberhang die Ausbildung beenden. Bislang gab es zum Teil Absolventen, die mit drei Wochen oder mehr an Resturlaub in den Behörden gestartet sind. Der Sinn des Jahresurlaubs ist jedoch, dass man sich erholt. Der Studiengang fordert viel, das ist kein Halbtagsjob. Deshalb muss es auch ausreichend Erholungszeit geben.

Pientka: Neu ist die Möglichkeit eines »Erasmus Plus«-fähigen Moduls. Wir werden also in der Lage sein, auch englischsprachige Vorlesungen anzubieten. Für den Studiengang ist das wichtig, um sich weiter zu etablieren. // *Das Interview führte Simone Bauer*

@ Alle Infos zur Fachhochschule für öffentliche Verwaltung auf: <https://www.fhoev.nrw.de>





»1st World LGBT Conference for Criminal Justice Professionals« Internationaler Austausch zu hassmotivierter Kriminalität

»Proud to be your friend« – so lautete das Motto der »1st World LGBT Conference for Criminal Justice Professionals« vom 3. bis 6. August in Amsterdam. LGBT steht dabei für Lesbian, Gay, Bisexual und Transgender, also für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender. Zu der Veranstaltung, die von der niederländischen Polizei mit Unterstützung der Europäischen Union ins Leben gerufen wurde, fanden sich über 300 Gäste aus weltweit 26 Ländern ein. Was alle Teilnehmer gemeinsam hatten: Sie alle kommen aus dem Polizei- oder Justizbereich und befassen sich beruflich mit den Themen »sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität«. Die deutsche Delegation der Konferenz umfasste fünfzehn Teilnehmer, wovon die drei Teilnehmenden Thorsten Helmers (PP Köln), Guido Kolk (PP Münster) und Marion Sautter (LAFP NRW, z. Zt. PP Bochum) der Polizei NRW angehören.

Über drei Tage wurde den Gästen ein interessantes und hervorragend organisiertes Programm geboten. Das Kernthema lag dabei in der Prävention und der Bekämpfung so genannter hassmotivierter Kriminalität (»hate crime«).

Bemerkenswert waren die Unterschiede einzelner Nationen zu dem Thema Hasskriminalität. Konservative Kulturen, nicht demokratische Staatsformen, radikal ausgelegte Religionen, Korruption und fehlende Rechtsvorschriften sind nur einige Aspekte, die dem Entstehen von Diskriminierung und diesbezüglicher Kriminalität einen Nährboden bieten. Umso mutiger war es deshalb, dass auch Teilnehmer aus den Ländern, in denen z. B. homosexuelle Handlungen mit der Todesstrafe bedroht sind, angereist waren, um sich mit den anderen Teilnehmenden zu diesen Problemen auszutauschen. Weitere Themen, zu denen jeweils referiert wurde und zu denen es einen regen Austausch untereinander gab, waren:

- > die Verbesserung der Anzeigebereitschaft und die Reduzierung des Dunkelfelds durch Einsatz von sogenannten LGBT-Kontaktbeamten (»LGBT Liaison Officers«) zwecks Zusammenarbeit mit der LGBT-Community

- > die Rechte und die Situation der LGBT-Bevölkerung in Uganda
- > die Haftbedingungen von Transgendern in Pakistan
- > die Integration von LGBT-Beschäftigten in Polizei und Justiz
- > der Aufbau von berufsinternen Mitarbeiternetzwerken, mit Beispielen aus den Niederlanden und Großbritannien
- > eine wissenschaftliche Studie der Universität Amsterdam bzgl. der Wirkung von berufsinternen und ehrenamtlich organisierten Mitarbeiternetzwerken
- > die Öffentlichkeitsarbeit zur Anwerbung von Berufsinteressenten mit LGBT-Hintergrund, mit Beispiel aus Australien
- > ein Workshop für Führungskräfte zum Umgang mit LGBT-Kolleginnen und Kollegen sowie zur Aus- und Fortbildung der Beschäftigten im Hinblick auf Interaktionen mit LGBT

International unterwegs auf der Amsterdam Canal Pride

Der öffentlichkeitswirksame Abschluss der Konferenz fand im Rahmen der »Amsterdam Canal Pride« statt, einer Veranstaltung ähnlich dem Christopher Street Day: Bei der Parade fuhr ein mit 70 internationalen Polizeibeamtinnen und -beamten besetztes Grachtenboot mit gut 600.000 Gästen und über 80 Booten ist die Canal Pride die größte Veranstaltung dieser Art in Europa. Jedes Jahr nehmen aus den Niederlanden Polizei, Militär, Feuerwehr und andere Berufsgruppen mit einem Boot im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit teil.

Die nächste LGBT-Konferenz findet im Jahr 2019 in Toronto, Kanada statt.

/// Marion Sautter, PP Bochum



18. Polizeilandesmeisterschaften im Tennis

Julia Niemeyer und Bastian Beckmann siegen in der offenen Klasse



Lutz Gröger (PP Köln)

Die 18. Polizeilandesmeisterschaften (PLM) im Tennis wurden in der Zeit vom 24. bis 26. August 2016 in Münster ausgetragen. Das Polizeipräsidium Münster hatte die Meisterschaften in Kooperation mit dem Polzeisportverein Münster organisiert und durchgeführt. Die Begrüßungsrede hielt der Polizeipräsident von Münster, Joachim Kuhlisch. Im Anschluss eröffnete der Leitende Polizeidirektor Roland Küpper als Polzeisportbeauftragter NRW das Turnier.

1 00 Wettkämpfer und 25 Wettkämpferinnen aus 40 Behörden traten in den verschiedenen Altersklassen im Einzel und Doppel gegeneinander an. Trotz der glühenden Hitze liefen alle Spiele sehr fair ab. Nach spannenden Ballwechseln und harten Kämpfen standen die neuen Polizeilandesmeisterinnen und -meister fest. Wir stellen sie Ihnen auf der nächsten Seite vor.

Zum Abschluss des Turniers wurden die Siegerinnen und Sieger vom Polizeipräsidenten Joachim Kuhlisch und von Günter Lange, dem Vorsitzenden des Polzeisportkuratoriums, geehrt. Lutz Rethfeld, Fachwart im Tennis NRW, und Joachim Wienrank, Sportbeauftragter des PP Münster, hatten die Polizeilandesmeisterschaften im Tennis nun zum dritten Mal in Folge professionell organisiert, sodass die Veranstaltung wieder außergewöhnlich gut ablief.

Nach der Siegerehrung verlieh Günter Lange den Ehrenpreis des Ministers für die beste sportliche Gesamtleistung an Julia Niemeyer und Bastian Beckmann. Der Sieg in der offenen Klasse stellt in diesen Wettkämpfen die größte Herausforderung dar und ist am schwersten umkämpft. **/// Andrea Schaub, PSK NRW**



Begrüßung durch PP Joachim Kuhlisch und LPD Roland Küpper



Katja Lindemann (LR Mettmann)



Julia Niemeyer (PP Münster)
Siegerin in der offenen Klasse der Damen und im Doppel



Ehrenpreis des Ministers
v.l.n.r.: Joachim Kuhlisch, Bastian Beckmann, Julia Niemeyer,
Günter Lange

DAMEN

- > Damen offene Klasse: Julia Niemeyer (PP Münster)
- > Damen 30: Silke Fischer (PP Münster)
- > Damen 40: Julia Kuberka (PP Hamm)
- > Damen Doppel: Anna Katharina Fedler (LR Siegen-Wittgenstein) und Julia Niemeyer (PP Münster)

HERREN

- > Herren offene Klasse: Bastian Beckmann (PP Recklinghausen)
- > Herren 30: Stefan Stienen (PP Düsseldorf)
- > Herren 40: Sebastian Freund (PP Dortmund)
- > Herren 50: Jörg Silberbach (PP Bochum)
- > Herren 55: Volker Schmidt (LR Siegen-Wittgenstein)
- > Herren 60+/Pensionäre: Volker Wennemuth (PP Hagen)
- > Herren Doppel A: Sebastian Groß (PP Münster) und Sascha Kopp (LR Rhein-Sieg-Kreis)
- > Herren Doppel B: Werner Ortmeier (PP Bielefeld) und Uwe Kuhl (PP Bielefeld)



Bastian Beckmann (PP Recklinghausen)
Sieger in der offenen Klasse der Herren

Fotos (©): Günter Barthen (PP Münster)

Qualifikation für die Ironman-WM

Für Rike Westermann und Sven Abbing geht es nach Hawaii

Rike Westermann vom Polizeipräsidium Köln und Sven Abbing vom Polizeipräsidium Essen haben sich für die Teilnahme am »Ironman« am 8. Oktober 2016 in Kona auf Hawaii qualifiziert. Voraussetzung dafür war die erfolgreiche Teilnahme an den Europameisterschaften im Triathlon in der Langdistanz. An der Ironman-Weltmeisterschaft können insgesamt nur 2.000 Sportlerinnen und Sportler teilnehmen. Dabei sind folgende Disziplinen hintereinander zu bewältigen: 3,8 km Schwimmen, 180 km Radfahren und 42,195 km Marathonlauf.

Rike Westermann hatte Ende Juni in Klagenfurt bereits am »Ironman Austria« teilgenommen. Hier wurden 40 Qualifikationsplätze (»Slots«) für die WM vergeben. Um sieben Uhr morgens fiel für sie der Startschuss. Ihre Schwimmstrecke führte durch den Wörthersee in



Rike Westermann (PP Köln) - Qualifikation für die WM in Kona



Siegerehrung der Frauen - Gold für Rike in ihrer Altersklasse

die Wechselzone, in der sie sich ihrer Kleidung im Laufschrift entledigen musste, um ohne großen Zeitverlust den 90 km langen Rad-Rundkurs zweimal absolvieren zu können. Danach ging es über die nächste Wechselzone zu ihrer Lieblings-Disziplin, dem Marathon. Die letzten Kilometer waren dabei für sie ein echter Hätetest, denn die Beine wurden allmählich schwer. Aber die Belohnung für all das harte Training und Durchhaltevermögen waren dann die herausragenden Zeiten, die sie erreicht hatte. Ihr Traum hatte sich erfüllt: Insgesamt blieb sie mit 9:53 Stunden (1:11:55 h Schwimmen, 5:16:19 h Radfahren

und 3:16:49 h Laufen) unter zehn Stunden Gesamtzeit. Mit dieser Leistung errang sie nicht nur die Goldmedaille in ihrer Altersklasse, sondern auch das Ticket für Kona – Grund genug für überglückliche Freudentränen im Ziel.



Platz 7 in seiner Altersklasse bedeutete für Sven Abbing ebenfalls die Qualifikation für die WM auf Hawaii.

DIE ERGEBNISSE DER IRONMAN WM IN KONA, HAWAII

Rike Westermann (PP Köln)
 Altersklasse F 30-34
 Gesamtplatz: 1538
 Gesamtzeit: 11:55:15 Stunden
 (Schwimmen 1:12:43, Rad 6:11:31,
 Marathon 4:19:24)

Sven Abbing (PP Essen)
 Altersklasse: M 30-34
 Gesamtplatz: 171,
 Gesamtzeit: 09:31:16 Stunden
 (Schwimmen 0:59:53, Rad 4:56:36,
 Marathon 3:29:07)

Uwe Röpstorf (PP Krefeld),
 Altersklasse: M 50-54
 Gesamtplatz: 398,
 Gesamtzeit: 09:55:07 Stunden
 (Schwimmen 1:07:01, Rad 5:16:46,
 Marathon 3:26:21)

Sven Abbing beim »Mainova Ironman«

Sven Abbing nahm am 3. Juli im Süden von Frankfurt am Main bei den Europäischen Meisterschaften im Triathlon Langdistanz teil. Gegen sieben Uhr startete er im Langener Waldsee, um beim »Mainova Ironman« einen der 75 Slots für die WM auf Hawaii zu erkämpfen. Bei einer Teilnehmerzahl von 3.000 bedeutete das eine harte Konkurrenz. Nach der Schwimmstrecke, die er in 57:30 Minuten absolvierte, wechselte Sven Abbing ohne Zeitverzug aufs Rad. Vom Waldsee ging es durch den Main-Kinzig-Kreis und Wetterau-Kreis an der 500 m-Steigung in Maintal-Hochstadt

durch die »Hölle«, wie sie von den Triathletinnen und Triathleten genannt wird. Trotz kräftigen Gegenwindes auf den letzten 30 Kilometern erreichte Sven Abbing seine persönliche Bestzeit mit 4:46:08 Stunden.

Der flache Vier-Rundenkurs entlang des Mainufers lief gut an. 1 Stunde und 28 Minuten nach den ersten beiden Runden rückte Sven Abbing näher an sein Ziel. Für den Marathon blieben ihm insgesamt 3:11 h, um unter neun Stunden Gesamtzeit zu bleiben. Die Hälfte hatte er bereits hinter sich, »aber dann war der Ofen aus«, so der Triathlet. Einige Gehpausen ermöglichten ihm jedoch, viel zu trinken, bevor er dann

nach der vierten Runde auf die Zielgerade abbiegen konnte. Unglaubliche 3:07:59 Stunden für 42,195 Kilometer überraschten ihn selbst. Sein Ziel hatte er mit einer Gesamtzeit von 8:56:37 Stunden erreicht.

In seiner Altersklasse M 30-34 belegte Sven Abbing von 304 Triathleten Platz 7. In der Gesamtwertung bedeutete das Platz 35 von 3.000 Teilnehmenden. Und: die erneute Qualifikation für die Ironman WM auf Hawaii. Dort wird er gemeinsam mit seiner Frau, die sich als schnellste Amateurin des »Mainova Ironman« ebenfalls qualifiziert hat, an den Start gehen.

/// **Andrea Schaub, PSK NRW**

Bronzemedaille für Frauenfußballteam aus NRW 6. Deutsche Polizeimeisterschaft im Fußball der Frauen



NRW-Kader Fußball Frauen 2016

Foto: Detlef Luchtenveld, PP Dortmund

Die Polizei Bayern hat in diesem Jahr die sechste Deutsche Polizeimeisterschaft (DPM) im Fußball der Frauen ausgerichtet. Die Endrunde wurde vom 5. bis 9. September 2016 in Eichstätt ausgetragen. Dafür hatten sich in den Vorrunden die Teams aus Hessen, Berlin, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Bayern qualifiziert.

Nach einem deutlichen Sieg gegen Hamburg (5:1) und einem hart umkämpften Spiel gegen die starke Mannschaft aus Bayern konnte sich die Equipe aus NRW im Spiel um Platz 3 gegen Berlin durchsetzen und am Ende die Bronzemedaille sichern. Im Endspiel überzeugte Bayern als Titelverteidiger und gewann souverän gegen die Mannschaft der Frauen aus Niedersachsen mit 4:0. Somit bleibt der Titel »Deutscher Polizeimeister im Fußball der Frauen« für die nächsten drei Jahre in Bayern.

/// Andrea Schaub, PSK NRW

Jürgen Kayser Neuer Leiter des Referats 423 »Polizeilicher Staatsschutz«, MIK NRW



Der Leitende Kriminaldirektor Jürgen Kayser hat Ende Juni 2016 die Leitung des Referats 423 »Polizeilicher Staatsschutz« übernommen.

Als Seiteneinsteiger 1997 im höheren Polizeivollzugsdienst gestartet, durchlief Jürgen Kayser verschiedene Leitungsfunktionen als KI-Leiter im PP Düsseldorf, im MIK NRW und im LKA NRW.

Ingo Rautenberg Neuer Leiter der Abteilung 4 beim LZPD



Der Leitende Polizeidirektor Ingo Rautenberg ist neuer Leiter der Abteilung 4 beim LZPD.

Er tritt die Nachfolge von Leitenden Polizeidirektor Michael Kuchenbecker, der die Stelle als Abteilungsleiter Polizei des Landrates Märkischer Kreis antritt.

Petra Fahrwinkel-Istel Neue Leiterin des Referats 404 »Aus- und Fortbildung der Polizei NRW«, MIK NRW



Ministerialrätin Petra Fahrwinkel-Istel ist neue Leiterin des Referats 404 »Aus- und Fortbildung der Polizei NRW« im MIK NRW.

Sie löst Ministerialrätin Tinnermann ab, die die Polizeiabteilung innerhalb des MIK NRW verlässt.

IMPRESSUM

Herausgeber

Ministerium für Inneres und Kommunales
des Landes Nordrhein-Westfalen
Friedrichstraße 62–80, 40217 Düsseldorf

Verantwortlich

Dieter Spalink,
Referat Öffentlichkeitsarbeit und
Online-Kommunikation

Redaktion

Ralf Hövelmann und Gordon Wenzek
Ministerium für Inneres und Kommunales NRW
Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Redaktion *Streife*
Friedrichstraße 62–80, 40217 Düsseldorf
Tel. (0211) 871-23 66
Fax (0211) 871-23 44

CN-PoINRW 07-221-2366

Internet: www.streife.polizei.nrw.de

E-Mail: streife@mik.nrw.de

ISSN 0585-4202

Schlussredaktion

pressto GmbH, Köln

Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe

Katerina Breuer
Jasmin Epping (MIK NRW)
Annelene Fichtner
Marc Holste (MIK NRW)
Guido Karl (MIK NRW)
Walter Liedtke
Michael Roggow (MIK NRW)
Marion Sautter (PP Bochum)
Andrea Schaub (PSK NRW)
Susanne Schimanski (MIK NRW)
Gordon Wenzek (MIK NRW)
Simone Bauer
Iris Wüster (PP Aachen)

Grafische Gestaltung und Satz

designiert Corporate Design, Düsseldorf
www.designiert.de

Druck

jva druck und medien, Geldern
Papier: Maxisilk

Die *Streife* erscheint im Zwei-Monats-Rhythmus
6 mal im Jahr. Beiträge zur Veröffentlichung
können direkt an die Redaktion gesandt werden.
An den abgedruckten Beiträgen behält sich
die *Streife* alle Rechte vor. Nachdruck aller Artikel,
auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe.
Kürzungen von Leserzuschriften behält sich die
Redaktion vor und bittet hierfür um Verständnis.
Für Manuskripte und Fotos, die unaufgefordert ein-
gesandt werden, wird keine Haftung übernommen.



Foto: Ralf Lueger

Streife wird herausgegeben vom
Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes
Nordrhein-Westfalen
www.streife.polizei.nrw.de /// ISSN: 0585-4202



POLIZEI
Nordrhein-Westfalen